

# 2016

## Geschäftsbericht

DEXIA KOMMUNALBANK DEUTSCHLAND AG



# GESCHÄFTSBERICHT 2016



## DEXIA KOMMUNALBANK DEUTSCHLAND IM ÜBERBLICK

### 1 Wesentliche Bilanzpositionen

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
<b>Aktiva</b>		
Kommunalkredite	14.510,9	15.730,2
Andere Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	6.004,3	5.926,5
Wertpapiere	7.750,2	9.353,0
<b>Passiva</b>		
Pfandbriefe	17.965,3	19.678,6
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	9.613,1	10.433,0
Eigenkapital	663,0	657,7
<b>Bilanzsumme</b>	<b>28.809,8</b>	<b>31.395,4</b>

### 2 Wesentliche GuV-Positionen

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Zins- und Provisionsüberschuss	-69,6	78,2
Verwaltungsaufwendungen (inkl. AfA)	-34,6	-35,6
Risikovorsorge inkl. Wertpapierergebnis	103,9	-142,3
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-0,2</b>	<b>-99,5</b>

### 3 Sonstige Angaben

	31.12.2016	31.12.2015
Mitarbeiter (Durchschnittszahl)	81	79
Cost-Income-Ratio in %	-49,7	45,6



DEXIA KOMMUNALBANK DEUTSCHLAND AG  
Charlottenstraße 82 | 10969 Berlin

Telefon (030) 25 598-0

Telefax

Allgemein (030) 25 598-200

Backoffice (030) 25 598-204

Treasury (030) 25 598-340

Internet [www.dexia.de](http://www.dexia.de)

HRB Berlin-Charlottenburg 36928

## INHALT

Dexia Kommunalbank Deutschland im Überblick .....	3
<b>BERICHT DES AUFSICHTSRATS .....</b>	<b>7</b>
<b>LAGEBERICHT .....</b>	<b>9</b>
Grundlagen .....	9
Wirtschaftsbericht .....	10
Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen .....	10
Geschäftsverlauf .....	14
Lage .....	16
Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf .....	22
Sonstige Angaben .....	23
Prognosebericht .....	24
Chancen- und Risikobericht .....	26
Risikomanagementsystem .....	26
Risiken .....	29
Zusammenfassende Darstellung der Risikosituation .....	36
Aufsichtsrechtliche Neuerungen .....	36
Internes Kontrollsystem und Risikomanagementsystem .....	37
<b>JAHRESABSCHLUSS .....</b>	<b>39</b>
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2016 .....	40
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2016 .....	42
Eigenkapitalveränderungsrechnung .....	44
Kapitalflussrechnung .....	44
Anhang .....	45
Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsgrundsätze .....	45
Erläuterungen zur Bilanz .....	46
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung .....	49
Sonstige Angaben .....	50
Organe der Bank .....	54
<b>VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER .....</b>	<b>55</b>
<b>BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS .....</b>	<b>56</b>





# BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und die Geschäftsführung der Bank laufend beraten und überwacht. Er hat sich vom Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Geschäftspolitik, grundsätzliche Fragen der Geschäftsführung, über die Lage der Gesellschaft sowie über bedeutsame Geschäftsvorfälle unterrichten lassen. Der Vorstand berichtete insbesondere über die Geschäftsstrategie und die daraus abgeleitete Risikostrategie, wichtige Finanzkennzahlen und die Entwicklung auf den relevanten Märkten. Darüber hinaus wurden dem Aufsichtsrat vierteljährlich im Rahmen der Risikoberichte entsprechend den Bestimmungen der MaRisk ausführlich die aktuelle Liquiditätssituation und Maßnahmen der Liquiditätssteuerung erläutert sowie über die Risikosituation und Maßnahmen des Risikocontrollings und der Risikosteuerung Bericht erstattet. Das Vergütungssystem des Unternehmens wurde turnusgemäß überprüft und über die Ergebnisse im Aufsichtsrat berichtet. Der Aufsichtsrat hat sich vergewissert, dass das Vergütungssystem des Unternehmens angemessen ist.

Der Aufsichtsrat war in alle wesentlichen Entscheidungen eingebunden und ausreichend hierüber informiert. Alle wichtigen Vorgänge wurden intensiv beraten und geprüft. Die Geschäfte, zu denen die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich ist, wurden überprüft, mit dem Vorstand besprochen und durch entsprechende Beschlüsse des Aufsichtsrats bestätigt. Sofern eine Beschlussfassung zwischen den Sitzungen notwendig wurde, sind die entsprechenden Beschlüsse im Umlaufverfahren eingeholt worden.

Im Berichtszeitraum fanden fünf Sitzungen des Aufsichtsrats mit ausführlicher mündlicher und schriftlicher Berichterstattung statt. Darüber hinaus berichtete der Vorstand dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats zwischen den einzelnen Sitzungen fortlaufend und regelmäßig über alle wesentlichen Entwicklungen im Unternehmen in schriftlicher und mündlicher Form. Der Vorsitzende des Vorstands stand mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats in regelmäßigem, engem Kontakt, um wichtige Fragen und Entscheidungen zu erörtern. Die jährlich zu aktualisierende Geschäfts- und Risikostrategie der Bank wurde in der letzten Sitzung des Jahres vom Gesamtaufsichtsrat eingehend behandelt.

Aufgrund der Neuerungen in § 25d Kreditwesengesetz (KWG), insbesondere für Institute von erheblicher Bedeutung, hat der Aufsichtsrat in 2016 eine Neuorganisation seiner Ausschüsse vorgenommen.

Als zusätzlicher Ausschuss wurde der Vergütungskontrollausschuss eingerichtet. Unter neuer Bezeichnung fortgeführt wurden der Nominierungsausschuss (bisher Präsidialausschuss),

der Risiko- und Kreditausschuss (bisher Kreditausschuss) und der Prüfungsausschuss (bisher Revisionsausschuss). Die Aufgaben der einzelnen Ausschüsse, welche den Gesamtaufsichtsrat bei seiner Tätigkeit unterstützen sollen, orientierten sich an den in § 25d KWG aufgeführten Vorgaben.

Im Berichtsjahr fanden zur Behandlung von Personal- und Vergütungsthemen eine Sitzung des Nominierungsausschusses und zwei Sitzungen des Vergütungskontrollausschusses statt.

Der Risiko- und Kreditausschuss traf sich zu vier Sitzungen und befasste sich mit zustimmungspflichtigen und vom Aufsichtsrat zur Kenntnis zu nehmenden Kreditbeschlüssen sowie der Festlegung von Adresslimiten. Er erörterte zudem mit dem Vorstand die für die Bank wesentlichen Themen zu Einzel- und Gesamtbankrisiken und des Kreditgeschäfts.

Der Revisionsausschuss hielt im Jahr 2016 vier Sitzungen ab. Inhaltlich lag der Schwerpunkt der Sitzungen auf:

- › der Prüfung des Jahresabschlusses,
- › Fragen der Rechnungslegung,
- › der Überwachung der Rechnungslegungsprozesse,
- › der Prüfung der Wirksamkeit des internen Revisionssystems,
- › der Überprüfung und Abstimmung des Prüfungsplans der Innenrevision im Berichtsjahr sowie
- › der Jahresberichterstattung des Compliance- und Geldwäschebeauftragten und des betrieblichen Datenschutzbeauftragten.

Die Ausschüsse berichteten über ihre Tätigkeit regelmäßig in den Sitzungen des Aufsichtsrats.

Darüber hinaus überprüft der Aufsichtsrat regelmäßig die Effizienz seiner eigenen Tätigkeit und die des Vorstands und beurteilt die Informationsversorgung durch den Vorstand im Rahmen der Corporate Governance und der regulatorischen Anforderungen an die Tätigkeit des Aufsichtsrats.

## Jahresabschluss 2016

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016 sind unter Einbeziehung der Buchführung durch die von der Hauptversammlung zu Abschlussprüfern gewählte Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft worden. Die Abschlussprüfer haben in dem von ihnen erteilten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erklärt, dass die Buchführung und der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln und dass der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss steht. Der Aufsichtsrat hat von dem Ergebnis der Prüfung zustimmend Kenntnis genommen.



Nach dem abschließenden Ergebnis der vom Aufsichtsrat vorgenommenen Prüfung des Jahresabschlusses, des Lageberichts und des Vorschlags für die Ergebnisverwendung sind Einwendungen nicht zu erheben. Den vom Vorstand vorgelegten Lagebericht und den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 hat der Aufsichtsrat gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Vorschlag des Vorstands zum Vortrag des Bilanzverlustes stimmt der Aufsichtsrat zu.

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat den Bericht gemäß § 312 AktG über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen vorgelegt. Dem Bericht des Vorstands und dem Ergebnis dieser Prüfung wurde seitens des Aufsichtsrats uneingeschränkt zugestimmt.

#### **Personelle Veränderungen**

Mit Wirkung zum 1. Juli 2016 wurde Dr. Dirk Hoffmann durch Jürgen Jung als Mitglied des Aufsichtsrats ersetzt.

Des Weiteren wurde Isabelle Bouvet zum 1. November 2016 als neues Aufsichtsratsmitglied für den ausscheidenden Aufsichtsratsvorsitzenden Claude Piret gewählt.

Es wurden

- › Benoit Debroise zum neuen Vorsitzenden des Aufsichtsrats und
- › Veronique Hugues zur stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats bestimmt.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank sowie dem Vorstand spricht der Aufsichtsrat für die im Jahr 2016 geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus.

Für den Aufsichtsrat

Paris, im März 2017



**Benoît Debroise**

Aufsichtsratsvorsitzender

# LAGEBERICHT

## GRUNDLAGEN

### Profil der Dexia-Gruppe

Die Dexia-Gruppe ist eine europäische Bankengruppe, die sich seit Ende 2011 in einer Phase des geordneten Abbaus ihrer Vermögenswerte befindet. Seit dem Abschluss einer Kapitalerhöhungsmaßnahme über 5,5 Milliarden Euro zum Ende des Jahres 2012 werden 94,4 % des Aktienkapitals der Gruppe von den Staaten Belgien und Frankreich gehalten.

Der Restrukturierungsplan der Dexia-Gruppe, der im Dezember 2012 von der Europäischen Kommission genehmigt wurde, hat zum Ziel, eine Insolvenz und Liquidation der Gruppe zu vermeiden, da diese angesichts der Größe der Gruppe das Potenzial hätten, den gesamten europäischen Bankensektor zu destabilisieren.

Als bedeutende Bank im Sinne der SSM-Rahmenverordnung unterliegt die Dexia-Gruppe seit dem 4. November 2014 der direkten Aufsicht der Europäischen Zentralbank im Rahmen des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism). Die Muttergesellschaft der Gruppe, die Dexia S.A., ist eine an der Euronext Brüssel notierte Aktiengesellschaft und Finanzholdinggesellschaft nach belgischem Recht.

Per 31. Dezember 2016 beschäftigte die Dexia-Gruppe 1.134 Mitarbeiter. Die Dexia Crédit Local ist das wichtigste operative Gruppenunternehmen der Dexia-Gruppe. Sie ist Begünstigte der von den Staaten Belgien, Frankreich und Luxemburg zur Umsetzung des Restrukturierungsplans bereitgestellten Refinanzierungsgarantie in Höhe von bis zu 85 Milliarden Euro. Die Dexia Crédit Local ist eine in Frankreich zugelassene Bank mit Niederlassungen in Irland, den USA, Spanien und Portugal sowie Tochtergesellschaften in Deutschland, Italien und Israel. Einige dieser Einheiten sind im Besitz von lokalen Banklizenzen.

Die Dexia-Gruppe hat sämtliche kommerziellen Aktivitäten eingestellt und konzentriert sich ausschließlich auf die Verwaltung ihrer verbliebenen Aktiva, hauptsächlich Kommunal- und Staatskredite, unter Wahrung der Interessen ihrer staatlichen Eigentümer und Garantiegeber. Hierzu hat die Gruppe drei Hauptziele formuliert:

- › Erhalt der Fähigkeit zur Refinanzierung der Aktiva über die gesamte Phase des geordneten Vermögensabbaus,
- › Erhalt der Kapitalbasis zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen,
- › Sicherstellung der operativen Kontinuität durch Bewahrung der notwendigen Expertise und Ressourcen sowie durch die angemessene Entwicklung der Informationssysteme.

Ungeachtet des unsteten Marktumfelds hat die Dexia-Gruppe ihre Refinanzierungsstruktur im Jahr 2016 optimieren können.

Trotz des hohen und volatilen Niveaus der von der Dexia-Gruppe zu stellenden Nettoposition zur Besicherung ihrer Derivatekontrahenten konnte das Refinanzierungsvolumen reduziert werden. Ursächlich hierfür war der Abbau des Kreditportfolios auf 146,5 Milliarden Euro per 31. Dezember 2016 (Vorjahr: 162,8 Milliarden Euro).

Der Rückgang des Refinanzierungsvolumens auf 655 Millionen Euro (Vorjahr: 15,9 Milliarden Euro) erlaubte der Dexia-Gruppe, ihre Abhängigkeit von der EZB-Refinanzierung, die aktuell teurer ist als die Refinanzierung am Kapitalmarkt, zu reduzieren. Als Konsequenz wurde die Refinanzierung der Gruppe einer erheblichen Strukturanpassung unterzogen. Die Dexia-Gruppe finanziert sich derzeit weit überwiegend durch die Ausgabe staatsgesicherter Schuldverschreibungen (31. Dezember 2016: 49 %) und die Aufnahme besicherter Finanzierungsmittel am Kapitalmarkt (31. Dezember 2016: 41 %).

Des Weiteren zählen der Erhalt der Kapitalbasis und die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu den Kernelementen des geordneten Vermögensabbaus der Dexia-Gruppe.

Der zunehmende Abzug der AFS-Reserve vom Eigenkapital gemäß den zeitlichen Vorgaben der EU-Eigenkapitalrichtlinie (Capital Requirements Directive IV – CRD IV) und die steigenden Dexia-spezifischen regulatorischen Anforderungen werden im Jahr 2017 erheblichen Druck auf die Solvabilitätskennzahlen der Dexia-Gruppe ausüben. Die Dexia-Gruppe hat daher Maßnahmen zur Verringerung der Kapitalanforderungen durchgeführt, um den Kapitalpuffer zu erhöhen. Diese auf die geplanten Aktiva-Verkäufe abgestimmten Maßnahmen führten zu einer Verringerung der AFS-Reserve und einem beträchtlichen Abbau von risikogewichteten Aktiva. Sie beziehen sich ferner auf die Veräußerung von Beteiligungen, die unmittelbar vom Eigenkapital abgezogen werden.

Unter Berücksichtigung dieser Effekte erreichte zum 31. Dezember 2016 die CET1-Quote einen Stand von 16,2 % (Vorjahr: 15,9 %) und die Gesamtkapitalquote von 16,8 % (Vorjahr: 16,3 %).



### Profil der Dexia Kommunalbank Deutschland

Die Dexia Kommunalbank Deutschland ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Dexia Crédit Local, der Hauptgesellschaft der Dexia-Gruppe. Sie gehört damit einer Bankengruppe an, die sich zu 94,4 % im Besitz der Staaten Belgien und Frankreich befindet. Mit ihrer Bilanzsumme von 28,8 Milliarden Euro zum 31. Dezember 2016 ist die Bank die größte Tochtergesellschaft der Dexia Crédit Local.

Die Dexia Kommunalbank Deutschland profitiert von

- › dem Letter of Support (Patronatserklärung) der Dexia Crédit Local, mit dem diese sich verpflichtet sicherzustellen, dass die Bank zu jeder Zeit ihren Verpflichtungen nachkommen und die Anforderungen der deutschen Bankenaufsicht erfüllen kann,
- › einer revolving Liquiditätsfazilität der Dexia Crédit Local über 500 Millionen Euro, die von der Bank bisher nicht in Anspruch genommen wurde, und
- › sonstiger technischer und organisatorischer Unterstützung durch die Dexia-Gruppe.

Gemäß dem von der Europäischen Kommission Ende Dezember 2012 genehmigten Plan zur Restrukturierung der Dexia-Gruppe ist für die Dexia Kommunalbank Deutschland ein geordneter Abbau der Vermögenswerte ohne Neukreditgeschäft vorgesehen. Angesichts des nicht geringen Anteils langfristiger Aktiva am gesamten Forderungsbestand der Bank liegt es auf der Hand, dass sich dieser Prozess über einen langjährigen Zeitraum erstrecken wird. Ein beschleunigter, aktiv betriebener Bestandsabbau durch vorfälligen Verkauf von Aktiva ist – mit Ausnahme der Nutzung von Marktopportunitäten in beschränktem Umfang – nicht geplant. In den nächsten zehn Jahren werden sich aufgrund natürlicher Fälligkeiten die Aktiva der Dexia Kommunalbank Deutschland kontinuierlich vermindern. Die Bilanzsumme wird sich voraussichtlich zum 31. Dezember 2021 auf 20,8 Milliarden Euro, die Deckungsmasse für Öffentliche Pfandbriefe auf 13,6 Milliarden Euro abgebaut haben. Für den Stichtag 31. Dezember 2026 lauten die entsprechenden Werte 13,9 Milliarden Euro bzw. 8,8 Milliarden Euro. Da für die nächsten Jahre von einem Anhalten des niedrigen Zinsniveaus an den Kapitalmärkten auszugehen ist, wurde bei diesen Projektionen unterstellt, dass in den Forderungen eingetragene Gläubigerkündigungsrechte nicht ausgeübt werden.

Angesichts der geänderten geschäftlichen Ausrichtung der Dexia-Gruppe liegt der Fokus der Geschäftsaktivitäten der Dexia Kommunalbank Deutschland auf der Verwaltung, Bewirtschaftung und Refinanzierung des umfangreichen Wertpapier- und Kreditportfolios mit folgenden Schwerpunkten:

- › Erhalt der operativen Stabilität und Vermeidung operativer Risiken in einem Umfeld zunehmender regulatorischer Ansprüche,
- › Optimierung des Refinanzierungsmix zur Sicherung vorteilhafter Refinanzierungskosten und zur Verbreiterung der Refinanzierungsbasis,
- › Bewahrung der Kostendisziplin sowohl bei den Personals als auch bei den Sachkosten.

## WIRTSCHAFTSBERICHT

### GESAMTWIRTSCHAFTLICHE UND BRANCHENBEZOGENE RAHMENBEDINGUNGEN

Das Jahr 2016, in der Geschichte der Dexia Kommunalbank Deutschland das 25. Geschäftsjahr, wurde dominiert von zwei Ereignissen, deren Auswirkungen auf Europa zum Teil erheblich sein werden:

Am 23. Juni 2016 stimmte in einer Volksbefragung eine Mehrheit von 51,9 % der Briten für den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union (EU). Mit dem Brexit-Votum entschied sich erstmals ein EU-Mitgliedsstaat, den vor 25 Jahren mit dem Vertrag von Maastricht begründeten Staatenbund zu verlassen. Anfang Oktober 2016 kündigte die neue Premierministerin Theresa May an, den Antrag auf EU-Austritt nach Artikel 50 des Vertrags von Lissabon spätestens bis zum Ende des 1. Quartals 2017 stellen zu wollen. Danach dürften recht bald die Verhandlungen über ein Abkommen aufgenommen werden, in dem die künftigen Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU sowie Einzelheiten des Austritts geregelt werden. Dieser Vertrag bedarf der Zustimmung des Europäischen Parlaments und einer qualifizierten Mehrheit der EU-Mitgliedsländer, um in Kraft treten zu können.

Im Januar 2017 konkretisierte May in einem Zwölf-Punkte-Plan die Vorstellungen ihrer Regierung über die Zukunft Großbritanniens nach dem Brexit. Als Ziel gab sie ein „truly global Britain“ außerhalb des europäischen Binnenmarkts und des Europäischen Wirtschaftsraums aus. Angestrebt wird ein umfangreiches Freihandelsabkommen zwischen der EU und Großbritannien als verlässlicher, in Freundschaft verbundener Partner. Besonders am Herzen liegt der britischen Regierung die souveräne Kontrolle über die künftige Zuwanderung und über die eigene Gesetzgebung jenseits der Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs.

Großbritannien verkörpert mit rund 13 % der Bevölkerung und 16 % des Bruttoinlandsprodukts einen gewichtigen Teil der EU. Da die genauen Austrittsmodalitäten noch nicht bekannt sind, fällt eine Abschätzung der Brexit-Folgen für die EU derzeit noch schwer. Es bleibt zu hoffen, dass es gelingt, eine faire und für beide Seiten akzeptable Auseinandersetzung zu finden, die die vielfältigen Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU-Staatengemeinschaft nicht unnötig beeinträchtigt.

Knapp sechs Monate nach der Brexit-Entscheidung, am 8. November 2016, wählte das amerikanische Volk Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA. In seiner Rede zum Amtsantritt im Januar 2017 bekräftigte er sein Regierungsprogramm, das unter der Maxime „America first“ vor allem der Rückgewinnung verlorener Arbeitsplätze, dem Schutz der Außengrenzen und der Konjunkturförderung durch Steuerenkungen und Ausbau der US-Infrastruktur dienen soll.

Trump vertritt eine neue Handelsphilosophie, die den nationalen Vorteil der USA über den freien Austausch von Waren und Dienstleistungen stellt. Seine skeptische Haltung zu den Werten der EU hat er wiederholt vorgetragen, den Brexit bezeichnete er als „großartige Sache“, die NATO als „obsolet“. Als erste Amtshandlung unterzeichnete er ein Dekret zum Ausstieg der USA aus dem Transpazifischen Freihandelsabkommen TPP, kündigte die zügige Neuverhandlung des NAFTA-Abkommens mit Mexiko und Kanada an und verhängte ein sofortiges Einreiseverbot für Staatsangehörige aus sieben mehrheitlich muslimischen Ländern. Damit schien die Hoffnung, dass die Wahlkampfparolen Trumps nach Amtsantritt durch gemäßigte Konzepte ersetzt würden, zunächst nicht aufzugehen.

Angesichts der offen protektionistischen und gegen den Freihandel gewandten Aussagen Trumps wuchs in Europa die Sorge um den Fortbestand der traditionell guten transatlantischen Handelsbeziehungen. Ende Januar 2017 kritisierte EU-Ratspräsident Donald Tusk in seinem Schreiben an 27 Staats- und Regierungschefs zur Zukunft der EU die „besorgniserregenden Aussagen der neuen amerikanischen Regierung“ als Teil euroskeptischer oder gar antieuropäischer Standpunkte in einer zunehmend multipolaren Welt. Als weitere Bedrohung für die EU beschrieb Tusk die wachsende nationalistische und fremdenfeindliche Stimmung in der Staatengemeinschaft sowie das schwindende Vertrauen in politische Integration und grundlegende Werte der freiheitlichen Demokratie. Er rief dazu auf, mit Mut, Entschlossenheit und Solidarität den Gegnern der europäischen Einheit entgegenzutreten und die Interessen der EU offensiv zu verteidigen. Voraussetzung hierfür seien unter anderem die Stärkung der

EU-Außenpolitik einschließlich Sicherung der Außengrenzen und Erhöhung der Verteidigungsausgaben sowie die Förderung von Wachstum, Investitionen und sozialer Eingliederung.

Unbeeindruckt von Brexit und Trump-Wahl beschleunigte sich das Wachstum des aggregierten realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Länder der Eurozone in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres mit einer Rate von 0,4 % im 3. Quartal und 0,5 % im 4. Quartal. Für das gesamte Jahr 2016 stieg die BIP-Wachstumsrate geringfügig auf 1,7 % (Vorjahr: 1,6 %).

Einmal mehr gelang es Deutschland, dessen exportorientierte Wirtschaft von dem niedrigen Eurokurs profitierte, überdurchschnittliche Ergebnisse zu erzielen:

- › Das Wirtschaftswachstum lag mit einem BIP-Zuwachs von 1,9 % (Vorjahr 1,7 %) erneut über dem Durchschnitt der Eurozone.
- › Die Beschäftigung erreichte im Dezember 2016 mit 43,5 Millionen Erwerbstätigen (Vorjahr: 43,3 Millionen Erwerbstätige) einen Zuwachs um 0,5 %, die Arbeitslosenquote sank zugleich auf 5,8 % (Vorjahr: 6,1 %).
- › Deutschland erzielte einen Budgetüberschuss von 0,6 % (Vorjahr: 0,7 %) des BIP und verringerte seinen Bruttoschuldenstand auf 68,1 % (Vorjahr: 71,2 %) des BIP.

Innerhalb der Eurozone zeichneten sich bei den BIP-Wachstumsraten der Mitgliedsstaaten nur geringfügige Veränderungen zum Vorjahr ab. Unter den anderen großen Eurostaaten erreichte Frankreich einen Wert von 1,3 % (Vorjahr: 1,3 %), Italien von 0,7 % (Vorjahr: 0,7 %) und Spanien von 3,2 % (Vorjahr: 3,2 %). ▶ 4

#### 4 Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

	Preisbereinigtes BIP-Wachstum*		Budgetüberschuss/-defizit*		Bruttoschuldenstand*		CDS-Spreads (5 Jahre)	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	in %	in %	in % des BIP	in % des BIP	in % des BIP	in % des BIP	in Basispunkten	in Basispunkten
<b>Länder der Eurozone</b>								
Belgien	1,2	1,5	-3,0	-2,5	107,0	105,8	33,4	32,5
Deutschland	1,9	1,7	0,6	0,7	68,1	71,2	21,8	12,9
Frankreich	1,3	1,3	-3,3	-3,5	96,4	96,2	37,0	26,4
Italien	0,7	0,7	-2,4	-2,6	133,0	132,3	157,2	97,2
Niederlande	1,7	2,0	-0,8	-1,9	63,0	65,1	27,6	15,9
Österreich	1,5	1,0	-1,5	-1,0	83,5	85,5	28,1	22,2
Portugal	0,9	1,6	-2,7	-4,4	130,3	129,0	274,0	170,5
Spanien	3,2	3,2	-4,6	-5,1	99,5	99,8	75,6	89,9
<b>Andere Länder</b>								
Japan	0,7	0,5	-5,0	-5,3	250,4	248,0	30,0	46,9
UK	1,9	2,2	-3,5	-4,3	89,2	89,1	31,1	19,1
USA	1,6	2,6	-4,6	-4,4	107,5	105,8	26,7	17,6

\* für 2016: Prognosen und vorläufige Ergebnisse

Quellen: Statistisches Bundesamt, Europäische Kommission



## 5 Ratings ausgewählter Länder

	Standard & Poor's		Moody's		Fitch	
	15.01.2017	15.01.2016	15.01.2017	15.01.2016	15.01.2017	15.01.2016
<b>Länder der Eurozone</b>						
Belgien	AA	AA	Aa3	Aa3	AA-	AA
Deutschland	AAA	AAA	Aaa	Aaa	AAA	AAA
Frankreich	AA	AA	Aa2	Aa2	AA	AA
Italien	BBB-	BBB-	Baa2	Baa2	BBB+	BBB+
Luxemburg	AAA	AAA	Aaa	Aaa	AAA	AAA
Niederlande	AAA	AAA	Aaa	Aaa	AAA	AAA
Österreich	AA+	AA+	Aa1	Aaa	AA+	AA+
Polen	BBB+	BBB+	A2	A2	A-	A-
Portugal	BB+	BB+	Ba1	Ba1	BB+	BB+
Spanien	BBB+	BBB+	Baa2	Baa2	BBB+	BBB+
Ungarn	BBB-	BB+	Baa3	Ba1	BBB-	BB+
<b>Andere Länder</b>						
UK	AA	AAA	Aa1	Aa1	AA	AA+
USA	AA+	AA+	Aaa	Aaa	AAA	AAA
Japan	A+	A+	A1	A1	A	A

Quelle: Bloomberg

Vergleichsweise wenig Bewegung gab es auch bei den Bonitätsbewertungen der europäischen Länder. Lediglich Großbritannien wurde vier Tage nach der Brexit-Entscheidung von Standard & Poor's und Fitch unter Verweis auf erwartete Wachstumseinbußen und weniger stabile politische Rahmenbedingungen mit einer größeren Ratingabsenkung bedacht (von AAA bzw. AA+ auf AA). Die Ratingagentur Moody's hatte das Land bereits im Jahr 2013 von Aaa auf Aa1 herabgestuft. Der europäische Club der „reinen“ AAA-Staaten, deren Anleihen von allen drei großen Agenturen mit der Höchstnote ausgestattet werden, besteht derzeit mit Dänemark, Deutschland, Niederlande, Luxemburg, Norwegen, Schweden und der Schweiz aus sieben Mitgliedern. > 5

Als weitere wichtige Ratingveränderungen verzeichnete das Berichtsjahr vier Absenkungen – Finnland auf Aa1/AA+ (Moody's und Fitch), Österreich auf Aa1 (Moody's), Belgien auf AA- (Fitch) und Polen auf BBB+ (Standard & Poor's) sowie zwei verbesserte Wertungen – Irland auf A3/A (Moody's und Fitch) und Ungarn auf BBB- bzw. Baa3 (Standard & Poor's, Fitch und Moody's).

Ferner senkte die kanadische Ratingagentur DBRS am 13. Januar 2017 die Einstufung Italiens von A (low) auf BBB (high), womit die letzte von der EZB zugelassene Ratingagentur das Single-A-Bewertungsniveau verließ. Für Investoren in italienische Staatsanleihen zieht dieser Schritt höhere Haircuts bei Wertpapierpensionsgeschäften mit der EZB oder anderen Geschäftspartnern und damit höhere Refinanzierungskosten nach sich.

Bereits Anfang Dezember 2016 hatte Moody's den Ausblick für das hauseigene Italien-Rating (Baa2) von stabil auf negativ

gesenkt. Begründet wurde dieser Schritt mit dem erwarteten zögerlichen Tempo bei Fiskal- und Wirtschaftsreformen nach dem Rücktritt von Premierminister Matteo Renzi und dem Risiko, dass sich der Abbau des hohen italienischen Bruttoschuldenstands (2016: 133 % des BIP) angesichts der verhaltenen Wachstumsperspektiven verzögert. Renzi war zurückgetreten, nachdem am 4. Dezember 2016 eine Mehrheit der italienischen Wähler das von ihm initiierte Referendum über eine Senatsreform abgelehnt hatte. In der Regierung unter dem neuen Premierminister Paolo Gentiloni herrscht seither Uneinigkeit, ob Neuwahlen anberaumt werden sollen oder eine Fortführung der bestehenden Drei-Parteien-Koalition bis zum Ende der Legislaturperiode im Frühjahr 2018 anzustreben ist. Im Januar 2017 wurde bekannt, dass die EU-Kommission von der italienischen Regierung für das Haushaltsjahr 2017 Einsparungen in Höhe von 3,4 Milliarden Euro verlangt, um die Defizitquote auf die geforderten 2,2 % des BIP zu drücken. Wirtschafts- und Finanzminister Pier Carlo Padoa-Schioppa sagte dies zu und kündigte „korrigierende Maßnahmen“ an.

Am 7. Juli 2016 stellte die Europäische Kommission in einer Pressemitteilung fest, dass die beiden iberischen Länder Spanien und Portugal voraussichtlich ihr „übermäßiges Defizit nicht innerhalb der empfohlenen Frist korrigieren“ werden. Tatsächlich verfehlte Spanien sowohl das Budgetdefizitziel von 4,2 % des BIP für das Jahr 2015 als auch das von 3 % für das Jahr 2016 erheblich. Die tatsächlichen Werte lagen bei 5,1 % (2015) bzw. 4,7 % (2016). Im Fall von Portugal wurde der Zielwert von 2,5 % für 2015 zwar ebenfalls verfehlt (tatsächlich 4,4 %), im laufenden Jahr hingegen das angepasste Ziel von weiterhin 2,5 % mit 2,3 % eingehalten.

Für das Nichteinhalten der 2015er-Defizitziele hätten nach den Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes Geldbußen von bis zu 0,2 % des BIP verhängt werden können, immerhin über 2 Milliarden Euro für Spanien und rund 200 Millionen Euro für Portugal. Die EU-Kommission sah jedoch hiervon ab unter Hinweis auf Konsolidierungserfolge beider Länder in den vergangenen Jahren und ihre Bereitschaft, zusätzliche Maßnahmen zur Defizitsenkung einzuleiten.

Insgesamt haben sich im Berichtsjahr die öffentlichen Finanzen des Euro-Währungsgebiets leicht verbessert. Das aggregierte Budgetdefizit ging auf 1,8 % (Vorjahr: 2,1 %) zurück, während der Bruttoschuldenstand auf 91,6 % (Vorjahr: 92,6 %) sank. Mitte Februar 2017 sagte die EU-Kommission für das Gesamtjahr 2017 eine weitere Verringerung des Budgetdefizits der Eurozone auf 1,4 % sowie des Bruttoschuldenstands auf 90,4 % voraus.

Zum Ende des Berichtsjahres kam nach langen Monaten des trägen Dümpelns um die 0%-Linie endlich Bewegung in die Inflationsrate der Eurozone. Der harmonisierte Verbraucherpreisindex der Eurozone (HVPI) sprang von 0,6 % (November 2016) auf 1,1 % (Dezember 2016), erreichte einen Monat später sogar 1,8 % und lag damit – gut zwei Jahre nach dem Start des Asset Purchase Programme (APP) – in etwa auf der EZB-Zielmarke von „unter, aber nahe 2 %“. Die von der EZB zur Messung der mittelfristigen Inflationserwartungen bevorzugte 5Y plus 5Y Forward Inflation Swap Rate (fünfjähriger inflationsindexierter Termin-Swapsatz in fünf Jahren), die am 11. Juli 2016 ihren historischen Tiefstand von 1,25 % markiert hatte, kletterte zum Jahresende 2016 auf 1,74 %. Der Inflationsschub wurde im Wesentlichen getrieben durch Basiseffekte aufgrund der im Vorjahresvergleich massiv verteuerten Energiepreise (+8,1 %). In einer Pressekonferenz am 19. Januar 2017 stellte EZB-Präsident Draghi klar, dass er das gestiegene Inflationsniveau noch nicht als nachhaltig ansehe und der Druck auf die um Energie- und Lebensmittelpreiseffekte bereinigte Kerninflationsrate weiterhin „verhalten“ sei.

Als wichtige Maßnahme zur Deflationsbekämpfung hatte der EZB-Rat auf seiner Sitzung vom 10. März 2016 ein umfangreiches Paket zur Leitzinssenkung und Ausweitung des Quantitative Easing mit folgenden Maßnahmen beschlossen:

- › Der Zinssatz für Hauptfinanzierungsgeschäfte wurde auf 0,00 % (zuvor 0,05 %), der für die Spitzenrefinanzierungsfazilität auf 0,25 % (zuvor 0,30 %) und der für die Einlagefazilität auf –0,40 % (zuvor –0,30 %) gesenkt.
- › Das Volumen der monatlichen Wertpapierankäufe im Rahmen des APP wurde von 60 auf 80 Milliarden Euro ausgeweitet.
- › Auf Euro lautende Investmentgrade-Anleihen von Unternehmen (ohne Banken) aus dem Euro-Währungsgebiet wurden in die Liste der Vermögenswerte aufgenommen, die für Ankäufe unter dem APP zugelassen sind.
- › Auflage einer neuen Reihe von vier längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRG II), die jeweils eine Laufzeit

von vier Jahren haben. Untergrenze für die Konditionen der Mittelaufnahme bei diesen Geschäften ist der Zinssatz für die Einlagefazilität.

Anfang Dezember 2016 beschloss der EZB-Rat, die Laufzeit des APP um weitere neun Monate bis zum 31. Dezember 2017 zu verlängern und den Pool der kaufbaren Anleihen zu erweitern, indem erstmals Titel mit einer Restlaufzeit von mindestens einem Jahr (zuvor mindestens zwei Jahren) und Titel mit einer Rendite unterhalb des EZB-Einlagensatzes einbezogen wurden. Zugleich kündigte Draghi an, dass ab April 2017 das bisherige monatliche Kaufvolumen der EZB von 80 Milliarden Euro auf 60 Milliarden Euro gesenkt wird. Er war jedoch sichtlich bemüht zu betonen, dass mit diesem Schritt keineswegs der Ausstieg aus der Politik des Quantitative Easing (Tapering) eingeleitet werde, sondern sowohl Dauer als auch Umfang des APP wieder ausgeweitet werden könnten, sollte die Inflationsentwicklung dies erfordern.

Zum Jahresende 2016 addierten sich die von der EZB unter dem APP erworbenen Wertpapierbestände auf 1.532,1 Milliarden Euro (Vorjahr: 649,9 Milliarden Euro), die sich wie folgt auf die vier Unterprogramme verteilen:

- › PSPP: 1.254,6 Milliarden Euro,
- › CBPP3: 203,5 Milliarden Euro,
- › CSPP: 51,1 Milliarden Euro,
- › ABSPP: 22,8 Milliarden Euro.

In dem – zunehmend von Politikern und Volkswirten kritisierten – Festhalten an ihrem expansiven geldpolitischen Kurs sah sich die EZB durch die Tatsache bestätigt, dass die Kreditvergabe in der Eurozone spürbar anzog. Die Zunahme der Kredite an Unternehmen erreichte mit 2,3 % im Jahresverlauf den stärksten Anstieg seit 2009. Auch legte das Wachstum der als Konjunkturindikator angesehenen Geldmenge M1 mit einer Rate von 8,8 % deutlich zu.

Zehnjährige Bundesanleihen, die Benchmark für europäische Staatsanleihen, rentierten zum 31. Dezember 2016 mit 0,21 % noch immer recht nahe dem am 8. Juli 2016 erreichten Allzeit-Renditetiefstand von –0,19 %, während zweijährige Bundestitel das Berichtsjahr mit einer Rendite von –0,77 % abschlossen.

Dagegen handelten im Berichtsjahr die zehnjährigen Renditen von Staatsanleihen der Euro-Peripheriestaaten trotz massiver EZB-Käufe in recht breiten Korridoren von 1,04 % bis 2,13 % (Italien), 0,88 % bis 1,83 % (Spanien) sowie 2,51 % bis 4,11 % (Portugal). Sie erreichten zum Jahresende 2016 einen Stand von 1,82 % (Italien), 1,38 % (Spanien) und 3,76 % (Portugal).

Neben der vergleichsweise schwachen Performance portugiesischer Staatsanleihen fiel die im Dezember 2016 einsetzende Ausweitung des Renditeabstands französischer Staatsanleihen (OATs) zu deutschen Bundesanleihen auf. Im Februar erreichte der Aufschlag zehnjähriger OAT-Renditen auf die





des deutschen Pendanten mit über 75 bp wieder ein zuletzt im Krisenjahr 2012 gesehenes Niveau. Hintergrund waren Sorgen über einen möglichen Sieg der nationalistischen EU-Gegnerin Marine Le Pen bei den anstehenden französischen Präsidentschaftswahlen. In Umfragen führte sie mit einem prognostizierten Stimmenanteil von über 25 % für den am 23. April 2017 stattfindenden ersten Wahlgang. Tatsächlich dürfte sie jedoch in der entscheidenden, zwei Wochen später folgenden Stichwahl nur geringe Chancen gegen einen der beiden voraussichtlichen Gegenkandidaten – den ehemaligen Wirtschaftsminister Emmanuel Macron oder den konservativen Francois Fillon – haben.

Anders als bei den Staatsanleihen bewegten sich die Zinssätze am Euro-Geldmarkt in ruhigen Bahnen und stets in Richtung Süden. Die Rendite des 3-Monats-Euribor fiel – nicht zuletzt angetrieben von der EZB-Leitzinssenkung im März 2016 – von –0,13 % am Jahresbeginn auf –0,32 % zum 31. Dezember 2016.

Die Entscheidung für einen Austritt Großbritanniens aus der EU quittierte das britische Pfund mit einem steilen Fall von 1,49 USD auf 1,23 USD zum Jahresende. Auch der Euro verlor nach seinem Jahreshoch von 1,15 USD im Februar 2016 kontinuierlich und konnte sich zum Jahresende mit einem Stand von 1,05 USD nur geringfügig von dem kurz nach der Trump-Wahl markierten Tief von 1,03 USD erholen.

Während an den Aktienmärkten der Euro Stoxx 50-Index und der Deutsche Aktienindex (DAX) ihre Brexit-getriebenen Verluste schon nach einigen Tagen nahezu ausgeglichen hatten und am Ende eine Jahresperformance von 0,7 % (Euro Stoxx 50-Index) bzw. 6,9 % (DAX) verbuchten, fielen bei den Bankaktien die Verluste stärker und die Erholung schwächer aus. Der Stoxx Europe 600-Bankenindex verlor in der Spitze beachtliche 22,3 %, bei den besonders betroffenen italienischen Bankaktien waren die Abschlüsse zeitweise sogar noch deutlich höher.

Italiens Banken leiden seit geraumer Zeit unter der Last notleidender Kredite, deren Gesamtvolumen mit rund 360 Milliarden Euro beziffert wird, etwa 16,4 % aller italienischen Bankdarlehen. Im April 2016 war auf Initiative der Regierung der Bankenrettungsfonds Atlante gegründet worden, um in Schwierigkeiten geratene Banken zu stützen. Bald stellte sich jedoch heraus, dass dessen Mittel und auch die des Nachfolgefonds Atlante 2 zur Lösung der Probleme nicht ausreichten. Im Mittelpunkt der italienischen Bankenkrise steht mit der Banca Monte dei Paschi di Siena (MPS) das drittgrößte Kreditinstitut des Landes, dessen Kapitalbedarf die EZB im Dezember 2016 auf 8,8 Milliarden Euro schätzte. Kurz darauf genehmigte die EU-Kommission vorübergehende Liquiditätshilfen des italienischen Staates für das Institut und erlaubte zudem, dass Italien für weitere sechs Monate Banken bei Bedarf Liquidität zur Verfügung stellen darf, sofern die EU-Beihilferegeln eingehalten werden. Sicher scheint zu sein, dass der Staat die Mehrheit der Anteile an

der MPS übernehmen und den Großteil der geforderten Kapitalerhöhung zeichnen wird.

Brexit und italienische Bankenkrise hinterließen ihre Spuren bei den Risikoaufschlägen für Bankenrefinanzierungen. Die vom iTraxx Senior Financials Europe-Index für 25 europäische Finanzinstitute berechnete durchschnittliche Prämie für fünfjährige Credit Default Swaps auf erstrangige unbesicherte Verbindlichkeiten erreichte im Juni 2016 einen Höchstwert von 135 bp, fiel aber bis zum 31. Dezember 2016 auf 94 bp zurück.

Das im Berichtsjahr platzierte Covered-Bond-Neuemissionsvolumen im Euro-Benchmark-Format (ab Emissionsvolumen von 500 Millionen Euro einschließlich Aufstockungen) lag mit knapp 126 Milliarden Euro (Vorjahr: 145 Milliarden EUR) deutlich unter dem Vorjahreswert. In der Länderwertung führte Deutschland mit einem Emissionsanteil von 19 % vor Frankreich (17 %) und Spanien (11 %).

Bei anhaltender EZB-Nachfrage im Rahmen des CBPP3-Programms verhartete der Renditeabstand deutscher Öffentlicher Pfandbriefe zur Swapkurve auf nahezu unverändertem Niveau. Gemäß dem iBoxx Öffentliche Pfandbriefe-Index notierte der durchschnittliche Asset Swaps spread zum Jahresende 2016 bei –8,0 bp (31. Dezember 2015: –7,3 bp).

Der Absatz Öffentlicher Pfandbriefe erhöhte sich zum 31. Dezember 2016 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 41,3 % auf 15,6 Milliarden Euro, während der Umlauf von 180,5 Milliarden Euro (31. Dezember 2015) auf 155,2 Milliarden Euro sank (–14,0 %).

## GESCHÄFTSVERLAUF

Im Einklang mit dem Ende Dezember 2012 von der Europäischen Kommission genehmigten Plan zur geordneten Restrukturierung der Dexia-Gruppe hat die Dexia Kommunalbank Deutschland im Berichtsjahr kein Neukreditgeschäft betrieben. Lediglich in einigen Fällen, in denen die Bank vertraglich zur Abgabe eines Prolongationsangebots verpflichtet war, wurden bestehende Kredite über insgesamt 15,4 Millionen Euro (Vorjahr: 68,2 Millionen Euro) verlängert. Sämtliche dieser Kredite werden von deutschen Kommunen garantiert und sind daher zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen geeignet.

Zum 30. Juni 2016 verfügte die Bank über 300 Millionen Euro an Certificates of Deposits der Dexia Crédit Local, die durch die Staaten Belgien (51,4 %), Frankreich (45,6 %) und Luxemburg (3,0 %) garantiert werden. Dieser Bestand wurde in der zweiten Jahreshälfte des Berichtsjahres durch Verkauf vollständig abgebaut.

Ferner wurden die im Zuge des Rückkaufangebots landesverbürgter Heta-Schuldtitel (Tender Offer II) erhaltenen



Nullkuponanleihen des Kärntner Ausgleichszahlungsfonds über nominal 399,8 Millionen Euro im 4. Quartal des Berichtsjahres verkauft (siehe auch Abschnitt Geschäftsverlauf – Forderungen gegen die Heta Asset Resolution AG).

Darüber hinaus hat die Bank im Berichtszeitraum Wertpapiere im Nennwert von 608,4 Millionen Euro (Vorjahr 2.073,0 Millionen Euro) veräußert, darunter japanische Staatsanleihen im Gegenwert von nominal 428,2 Millionen Euro.

Zur Refinanzierung des Aktivgeschäfts wurden Emissionen im Gesamtvolumen von 1.564,3 Millionen Euro (Vorjahr: 1.555,7 Millionen Euro) im Erstabsatz aufgelegt. Davon entfielen

- › 503,0 Millionen Euro auf Öffentliche Pfandbriefe und
- › 1.061,3 Millionen Euro auf aufgenommene Darlehen.

Als größte Einzeltransaktion im Emissionsgeschäft wurde am 8. Juni 2016 eine Pfandbriefemission über 500 Millionen Euro mit einer Laufzeit von 5,25 Jahren begeben. Die Anleihe wurde mit einem Re-offer Spread von +6 bp zur Swapkurve gepreist. 87 % der Anleger stammten aus Deutschland, der Rest entfiel auf Skandinavien (7 %), Großbritannien und Irland (3 %) sowie sonstige Länder (3 %).

Unbesicherte Inhaberschuldverschreibungen hat die Bank im Berichtszeitraum nicht begeben. ▶ [6](#)

#### **6 Entwicklung des Erstabsatzes (Inhaber- und Namenspapiere)**

in Mio. Euro	2016	2015
Öffentliche Pfandbriefe	503,0	528,0
Aufgenommene Darlehen	1.061,3	1.027,7
<b>Gesamt</b>	<b>1.564,3</b>	<b>1.555,7</b>

Zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken setzt die Bank derivative Geschäfte ein. Im Berichtsjahr wurden neue Derivategeschäfte im Nominalvolumen von 1.381,4 Millionen Euro (Vorjahr: 1.252,9 Millionen Euro) abgeschlossen.

Das zum 31. Dezember 2016 bestehende Volumen an Zins- und Zinswährungsswaps sowie Optionen ergibt sich aus Tabelle ▶ [7](#).

#### **7 Derivative Geschäfte**

Nominal in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Zins- und Zinswährungsswaps	51.348,4	56.291,1
Optionen	0,0	30,0
<b>Gesamt</b>	<b>51.348,4</b>	<b>56.321,1</b>

Das Verhältnis von Derivatevolumen zu Bilanzsumme lag mit 178,2 % (Vorjahr: 179,4 %) auf Vorjahresniveau.

Die Kreditäquivalenzbeträge der Zins- und Zinswährungsswaps nach der Marktbewertungsmethode gemäß Artikel 274 Capital Requirements Regulation (CRR) betragen zum Bilanzstichtag 1.547,0 Millionen Euro (Vorjahr: 1.532,9 Millionen Euro). Die Sicherheitsleistungen (Collateral) zur Besicherung von Derivateexposures beliefen sich per Saldo auf 3,8 Milliarden Euro (Vorjahr: 3,6 Milliarden Euro).

#### **Forderungen gegen die Heta Asset Resolution AG**

Im Bestand der Dexia Kommunalbank Deutschland befanden sich zum Jahresbeginn 2016 Forderungen in Höhe von 395 Millionen Euro gegen die österreichische Heta Asset Resolution AG (Heta), der Nachfolgesellschaft der Hypo Alpe Adria Bank International AG (HAA). Die Forderungen waren mit einer Ausfallbürgschaft des Bundeslandes Kärnten und der Kärntner Landesholding besichert.

Am 21. Januar 2016 veröffentlichte der Kärntner Ausgleichszahlungsfonds (KAF) ein Rückkaufangebot (Tender Offer I) gemäß § 2a des österreichischen Finanzmarktstabilisierungsgesetzes (FinStaG) an die Gläubiger von Heta-Forderungen, die durch eine gesetzliche Haftung des Bundeslandes Kärnten und der Kärntner Landesholding besichert waren.

Anfang März 2016 wurde das Angebot erweitert, indem nicht nachrangigen Heta-Gläubigern, die das bis zum 11. März 2016 laufende Rückkaufangebot annehmen wollten, gegen Zahlung ihres Erlöses von 75 % die Zeichnung einer Nullkupon-Inhaberschuldverschreibung der Republik Österreich mit einer Laufzeit von 18 Jahren angeboten wurde. In einer gemeinsamen Pressemitteilung erklärte eine große Heta-Gläubigergruppe (darunter die Dexia Kommunalbank Deutschland), das aus ihrer Sicht unzureichende Rückkaufangebot nicht annehmen zu wollen.

Am 14. März 2016 verkündete der KAF, dass das für eine Annahme notwendige Quorum von mindestens zwei Drittel der zustimmenden Gläubiger nicht erreicht wurde und daher das Rückkaufangebot gescheitert sei.

Am 18. Mai 2016 unterzeichneten die Republik Österreich und 72 Heta-Gläubiger (darunter die Dexia Kommunalbank Deutschland), die über landesverbürgte Heta-Schuldtitle von rund 4,9 Milliarden Euro verfügten, eine Absichtserklärung (Memorandum of Understanding) zur Beilegung der Heta-Auseinandersetzung.

Gegenstand der Absichtserklärung war die erneute Unterbreitung eines öffentlichen Rückkaufangebots für landesverbürgte Heta-Schuldtitle (Tender Offer II) durch den KAF, allerdings zu Konditionen, die eine deutliche Verbesserung gegenüber denen des im März 2016 gescheiterten Tender Offer I darstellten. Gesetzliche Grundlage von Tender Offer II war erneut § 2a des österreichischen FinStaG.



In den folgenden Monaten wurden die gesetzlichen, vertraglichen und technischen Voraussetzungen für Tender Offer II geschaffen, sodass am 6. September 2016 das neue Angebot durch den KAF veröffentlicht werden konnte. Das Angebot richtete sich an nicht nachrangige Heta-Gläubiger mit einem Forderungsvolumen von 10,0 Milliarden Euro sowie nachrangige Heta-Gläubiger mit einem Forderungsvolumen von 0,9 Milliarden Euro. Um rechtswirksam zu werden, benötigte es die Zustimmung von mindestens zwei Drittel aller Gläubiger sowie von jeweils 25 % der nicht nachrangigen und der nachrangigen Gläubigergruppe. Die Annahmefrist endete am 7. Oktober 2016.

Tender Offer II umfasste für nicht nachrangige Heta-Gläubiger, wie die Dexia Kommunalbank Deutschland, das Angebot einer Barzahlung in Höhe von 75 % des Nominalwertes ihrer Heta-Forderungen zuzüglich Zinsen bis zum 1. März 2015. Die empfangene Barzahlung konnte im Verhältnis 1:1 in von der Republik Österreich garantierte Nullkuponanleihen des KAF mit einer Laufzeit von 15,3 Jahren und einem Marktwert von 90 % ihres Nominalwertes eingetauscht werden.

Ferner war eine ab dem 1. Dezember 2016 beginnende sechsmonatige Stabilisierungsperiode vorgesehen, in der sich der KAF zum Rückkauf der Nullkuponanleihen zu einem vorgegebenen Renditeaufschlag zur Swapkurve verpflichtet. Dadurch sollte sichergestellt werden, dass die Halter der Nullkuponanleihen den Wert des Angebots von 90 % abzüglich Hedgekosten auch tatsächlich realisieren konnten.

Der KAF gab am 10. Oktober 2016 bekannt, dass Tender Offer II von einer überwältigenden Mehrheit der Heta-Gläubiger angenommen worden war. Die Zustimmungquote betrug insgesamt 98,71 %. Nicht nachrangige Gläubiger, darunter die Dexia Kommunalbank Deutschland, hatten sich zu 99,55 % und nachrangige Gläubiger zu 89,42 % beteiligt.

Durch die Teilnahme an Tender Offer II konnte die Dexia Kommunalbank Deutschland ihre bestehende Risikovorsorge auf Heta-Forderungen um 139,6 Millionen Euro verringern, wodurch der Bank ein außerordentlicher Ertrag in gleicher Höhe zufluss.

Die erhaltene Nullkuponanleihe des KAF über einen Nominalbetrag von 399,8 Millionen Euro wurde im 4. Quartal des Berichtsjahres veräußert.

## LAGE

### ERTRAGSLAGE

#### Zins- und Provisionsergebnis

Das Zinsergebnis des Jahres 2016 belief sich auf –67,4 Millionen Euro (Vorjahr: 80,8 Millionen Euro) und lag damit um 148,2 Millionen Euro unter dem Vorjahreswert.

Wesentlicher Grund für diese deutliche Verringerung waren die im Zinsergebnis enthaltenen negativen Ergebnisbeiträge in Höhe –106,4 Millionen Euro (Vorjahr: +29,6 Millionen Euro) aus der vorzeitigen Beendigung von derivativen Geschäften. Die Beendigung von derivativen Geschäften in dieser Größenordnung hatte die Dexia Kommunalbank Deutschland in ihrer Ad-hoc-Veröffentlichung vom 18. Mai 2016 und im Halbjahresfinanzbericht 2016 angekündigt (siehe auch Abschnitt Geschäftsverlauf – Gesamtausgabe zum Geschäftsverlauf).

Ohne Berücksichtigung der negativen Ergebnisbeiträge aus der vorzeitigen Beendigung von derivativen Geschäften betrug das Zinsergebnis 38,2 Millionen Euro. Im Zinsergebnis enthalten ist die auf 1,1 Millionen Euro (Vorjahr: 3,1 Millionen Euro) ermäßigte Bereitstellungprovision für die von der Dexia Crédit Local gestellte Liquiditätsfazilität. Ursächlich hierfür waren die Verringerung des Volumens der Liquiditätsfazilität im Oktober 2016 von 1 Milliarde Euro auf 500 Millionen Euro sowie verbesserte Konditionen.

Zur Senkung der Refinanzierungskosten trug unverändert die Nutzung von Wertpapierpensionsgeschäften im Interbankmarkt und über die Eurex-Repo-Handelsplattform bei, wodurch sich Wertpapiere erheblich günstiger als über Offenermarktgeschäfte mit der Deutschen Bundesbank refinanzieren ließen.

Wie im Vorjahr wurden auch im Berichtsjahr keine Handelsbuchgeschäfte abgeschlossen.

Die Bank weist für das Geschäftsjahr 2016 ein negatives Jahresergebnis aus. Daher konnte gemäß den Emissionsbedingungen das Genussrechtskapital für das Geschäftsjahr 2016 nicht bedient werden. Aufwendungen zur Bedienung des Genussrechtskapitals sind folglich im Zinsergebnis – wie auch im Vorjahr – nicht enthalten.

Das Provisionsergebnis von –2,2 Millionen Euro (Vorjahr: –2,6 Millionen Euro) enthält im Wesentlichen Aufwendungen für anteilige Verwaltungsgebühren für verbürgte Darlehen, gezahlte Depotgebühren und Provisionen für die Vermittlung von Kundeneinlagen.

Insgesamt ergab sich ein Zins- und Provisionsüberschuss in Höhe von –69,6 Millionen Euro (Vorjahr: 78,2 Millionen Euro). > 8

**8 Entwicklung wesentlicher GuV-Positionen**

	2016	2015	Veränderung
	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in %
Zinserträge	2.156,8	2.310,3	-6,6
Zinsaufwendungen	-2.224,2	-2.229,5	-0,2
Zinsüberschuss	-67,4	80,8	> -100,0
Provisionsergebnis	-2,2	-2,6	-18,6
<b>Zins- und Provisionsüberschuss</b>	<b>-69,6</b>	<b>78,2</b>	<b>&gt; -100,0</b>
Personalaufwand	-7,0	-6,8	2,4
Andere Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	-27,1	-28,3	-4,2
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-0,5	-0,5	0,3
Verwaltungsaufwand	-34,6	-35,6	-2,9
<b>Teilbetriebsergebnis</b>	<b>-104,2</b>	<b>42,6</b>	<b>&gt; -100,0</b>
Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen	0,1	0,3	-63,0
Risikovorsorge	32,8	-50,8	> -100,0
Wertpapierergebnis	71,1	-91,5	> -100,0
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-0,2</b>	<b>-99,5</b>	<b>-99,8</b>
Steueraufwand	0,0	0,0	0,0
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-0,2</b>	<b>-99,5</b>	<b>-99,8</b>

**Verwaltungsaufwand**

Bei einer zum Jahresende 2016 auf 81 gestiegenen Mitarbeiterzahl (Vorjahr: 78 Mitarbeiter) erhöhte sich der Personalaufwand um 2,4 % auf 7,0 Millionen Euro.

Am 12. Juli 2016 einigten sich die Tarifparteien im privaten und öffentlichen Bankgewerbe auf einen neuen Gehaltstarifvertrag mit einer Laufzeit von 33 Monaten (bis zum 31. Januar 2019). Dieser sieht eine Steigerung der Tarifgehälter um 3,7 % in drei Stufen ab Oktober 2016 vor, die sich anteilig auch im Anstieg der Personalkosten für 2016 widerspiegeln.

Der Sachaufwand in Höhe von 27,1 Millionen Euro (Vorjahr: 28,3 Millionen Euro) hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 4,2 % verringert.

Der Rückgang ist vor allem auf den Beitrag zum Restrukturierungsfonds (Bankenabgabe) der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) zurückzuführen. Zwar stieg dieser auf 16,4 Millionen Euro (Vorjahr: 15,8 Millionen Euro), jedoch machte die Bank von der Möglichkeit Gebrauch, 15 % (2,5 Millionen Euro) des Zahlungsbetrags durch Abgabe einer unwiderruflichen Zahlungsverpflichtung gegenüber der FMSA abzudecken und als sonstigen Vermögensgegenstand zu aktivieren. Nur die verbleibenden 13,9 Millionen Euro wurden somit als Sachaufwand gebucht.

Unter Berücksichtigung von Wertminderungen des Anlagevermögens (AfA) von 0,5 Millionen Euro (Vorjahr: 0,5 Millionen Euro) sank der gesamte Verwaltungsaufwand auf 34,6 Millionen Euro (Vorjahr: 35,6 Millionen Euro).

Aufgrund des hohen negativen Zinsergebnisses verschlechterte sich das Verhältnis von Verwaltungsaufwand zum Zinsergebnis (Cost-Income-Ratio) auf -49,7 % (Vorjahr: 45,6 %).

**Risikovorsorge**

Die Risikovorsorge des abgelaufenen Geschäftsjahres ist geprägt durch die Auflösung einer Einzelwertberichtigung über 68,4 Millionen Euro auf die vom Bundesland Kärnten verbürgten Darlehensforderungen gegen die Heta Asset Resolution AG (siehe auch Abschnitt Geschäftsverlauf – Forderungen gegen die Heta Asset Resolution AG).

Positiv wirkte sich ferner der Einmalertrag aus der Vereinnahmung eines bereits abgeschriebenen Rückzahlungsanspruchs von 9,4 Millionen Euro aus dem Genussschein eines deutschen Kreditinstituts aus, den die Bank im Jahr 2002 erworben hatte.

Belastet wurde die Risikovorsorge durch Verluste in Höhe von 3,9 Millionen Euro aus dem Verkauf von Wertpapieren. Zudem wurden der Vorsorgereserve gemäß § 340f HGB weitere 27,6 Millionen Euro zugeführt.

Insgesamt ergab sich eine saldierte Risikovorsorge in Höhe von 32,8 Millionen Euro (Vorjahr: -50,8 Millionen Euro).

Aus der verlustfreien Bewertung des Bankbuches resultierte kein Verpflichtungsüberschuss.



### Wertpapierergebnis

Das Wertpapierergebnis in Höhe von 71,1 Millionen Euro (Vorjahr: –91,5 Millionen Euro) enthält Zuschreibungen über 71,2 Millionen Euro auf die vom Bundesland Kärnten verbürgten Schuldverschreibungen der Heta Asset Resolution AG (siehe auch Abschnitt Geschäftsverlauf – Forderungen gegen die Heta Asset Resolution AG).

### Betriebsergebnis vor Steuern

Das Betriebsergebnis vor Steuern belief sich auf –0,2 Millionen Euro (Vorjahr: –99,5 Millionen Euro).

### Steuern

Aktive latente Steuern aus temporären Differenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz wurden nicht gebucht, da der voraussichtliche Ausgleich dieser Differenzen nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit absehbar ist.

### Jahresfehlbetrag

Der Jahresfehlbetrag beläuft sich auf –0,2 Millionen Euro (Vorjahr: –99,5 Millionen Euro). Er fiel damit erheblich besser aus als die im Geschäftsbericht 2015 veröffentlichte Prognosepanne von –15 Millionen Euro bis –25 Millionen Euro.

### Bilanzverlust

Unter Berücksichtigung der Entnahmen aus dem Genussrechtskapital verringerte sich der Bilanzverlust um 5,2 Millionen Euro auf –168,9 Millionen Euro (Vorjahr: –174,1 Millionen Euro).

## FINANZ- UND LIQUIDITÄTSLAGE

Der Ausweis der Öffentlichen Namenspfandbriefe verringerte sich im Berichtsjahr um 1,4 Milliarden Euro auf 13,5 Milliarden Euro (Vorjahr: 14,9 Milliarden Euro). Grund für den Rückgang waren planmäßige Fälligkeiten und die Ausübung von Schuldnerkündigungsrechten.

Der Ausweis von Inhaberpfandbriefen sank um 0,3 Milliarden Euro auf 4,5 Milliarden Euro (Vorjahr: 4,8 Milliarden Euro).

Der gesamte Ausweis an Pfandbriefen erreichte somit 18,0 Milliarden Euro (Vorjahr: 19,7 Milliarden Euro), was 62,4 % (Vorjahr: 62,7 %) der Bilanzsumme entspricht.

Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten blieben mit 4,3 Milliarden Euro (Vorjahr: 4,3 Milliarden Euro) auf Vorjahresniveau. » 9

### 9 Entwicklung wichtiger Passiv-Bilanzposten

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in %
Namenspfandbriefe	381,8	526,7	–27,5
Andere Verbindlichkeiten	4.301,9	4.329,0	–0,6
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	<b>4.683,7</b>	<b>4.855,7</b>	<b>–3,5</b>
Namenspfandbriefe	13.085,1	14.354,7	–8,8
Andere Verbindlichkeiten	5.311,2	6.104,0	–13,0
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>	<b>18.396,3</b>	<b>20.458,7</b>	<b>–10,1</b>
Öffentliche Pfandbriefe	4.498,4	4.797,1	–6,2
Sonstige Schuldverschreibungen	30,5	30,5	0,0
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>	<b>4.528,9</b>	<b>4.827,6</b>	<b>–6,2</b>
<b>Nachrangige Verbindlichkeiten</b>	<b>20,0</b>	<b>60,0</b>	<b>–66,7</b>
<b>Genussrechtskapital</b>	<b>43,9</b>	<b>49,3</b>	<b>–11,0</b>
Gezeichnetes Kapital	432,5	432,5	0,0
Rücklagen	399,4	399,4	0,0
Bilanzverlust	–168,9	–174,1	–3,0
<b>Eigenkapital</b>	<b>663,0</b>	<b>657,7</b>	<b>0,8</b>
<b>Sonstige Passiva</b>	<b>474,1</b>	<b>486,2</b>	<b>–2,5</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>28.809,8</b>	<b>31.395,4</b>	<b>–8,2</b>

Der Bestand an Wertpapierpensionsgeschäften verringerte sich auf 0,9 Milliarden Euro (Vorjahr: 1,2 Milliarden Euro), wovon 0,5 Milliarden Euro auf Geschäfte mit der Dexia Crédit Local und ihrer Filiale in Dublin entfielen.

Die Nutzung von Offenmarktkrediten der Deutschen Bundesbank war weiterhin rückläufig. Zum 31. Dezember 2016 nahm die Bank Offenmarktkredite im Umfang von nur noch 0,1 Milliarden Euro (Vorjahr: 1,6 Milliarden Euro) in Anspruch. Zu diesem Stichtag belief sich die verfügbare Kreditlinie der Dexia Kommunalbank Deutschland bei der Deutschen Bundesbank aus verpfändeten Wertpapieren auf 1.532 Millionen Euro. Zugleich befanden sich weitere unbelastete zentralbankfähige Wertpapiere mit einem Beleihungswert von 1,0 Milliarden Euro im Bestand der Bank.

Zum Ende des Berichtsjahres summierte sich der Bestand an besicherten Refinanzierungsmitteln in Form von Öffentlichen Pfandbriefen und anderen besicherten Mittelaufnahmen auf 19,0 Milliarden Euro, was 66,0 % (Vorjahr: 70,1 %) der Bilanzsumme entsprach.

Zum 31. Dezember 2016 unterhielt die Bank unbesicherte Verbindlichkeiten gegenüber der Muttergesellschaft Dexia Crédit Local in Höhe von 1,7 Milliarden Euro (Vorjahr: 0,0 Milliarden Euro).

Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gingen auf 5,3 Milliarden Euro (Vorjahr: 6,1 Milliarden Euro) zurück. Hierunter fiel im Wesentlichen der Bestand an Sicht- und Termineinlagen von Nichtbanken, der auf 4,9 Milliarden Euro (Vorjahr: 5,7 Milliarden Euro) gefallen ist. Den Kunden steht in diesem Geschäftsfeld ein breites Angebot von Einlagenprodukten zu marktgerechten Konditionen zur Verfügung.

Hinsichtlich der Fristengliederung der zum 31. Dezember 2016 ausstehenden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden wird auf die Darstellung im Anhang verwiesen.

Die Entwicklung der gesamten Refinanzierungsstruktur der Bank ergibt sich aus Tabelle [10](#).

Insgesamt war die Liquiditätssituation der Dexia Kommunalbank Deutschland aufgrund ihres hohen Bestands an deckungsfähigen und zentralbankfähigen Forderungen guter Bonität in Verbindung mit einem aktiven Einlagengeschäft weiterhin auskömmlich.

Die Bank ist unverändert in das zentrale Liquiditätsmanagement der Dexia-Gruppe eingebunden. Für ein weiteres Jahr wurde im Oktober 2016 die von der Dexia Crédit Local gewährte revolvingierende Liquiditätsfazilität mit einem von 1 Milliarde Euro auf 500 Millionen Euro reduzierten Volumen prolongiert. Die Fazilität wurde im Berichtsjahr, ebenso wie in den Jahren zuvor, nicht in Anspruch genommen.

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die von der Dexia Crédit Local am 28. Februar 2011 ausgestellte Patronatserklärung eine rechtsverbindliche Zusage enthält, mögliche Liquiditätsengpässe der Dexia Kommunalbank Deutschland auszugleichen.

Die Berechnung der Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio – LCR) erfolgt gemäß der CRR in Verbindung mit der Delegierten Verordnung zur LCR. Die Kennzahl berechnet das Verhältnis freier qualifizierter liquider Aktiva zu den nach vorgegebenen Regeln ermittelten Nettoliquiditätsabflüssen in der Einmonatsfrist nach dem Meldestichtag. Die im Berichtsjahr einzuhaltende Mindestquote lag bei 0,7; die Liquiditätsdeckungsquote der Dexia Kommunalbank Deutschland schwankte zwischen 0,99 und 1,46.

Die Ermittlung der aufsichtsrechtlichen nationalen Liquiditätskennzahl erfolgt weiterhin entsprechend der Liquiditätsverordnung (LiqV), wonach das Verhältnis zwischen den im ersten Laufzeitband verfügbaren Zahlungsmitteln (täglich oder in bis zu einem Monat fällig) und den während dieses Zeitraums abrufbaren Zahlungsverpflichtungen den Wert 1 nicht unterschreiten darf.

## 10 Entwicklung der Refinanzierungsstruktur

	31.12.2016		31.12.2015	
	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Öffentliche Pfandbriefe	17.596,3	64,1	19.270,0	64,5
Refinanzierungsgeschäfte mit der Deutschen Bundesbank	130,0	0,5	1.600,0	5,3
Wertpapierpensionsgeschäfte mit Kreditinstituten	493,2	1,8	592,3	2,0
Wertpapierpensionsgeschäfte (Eurex-Repo)	425,0	1,5	570,0	1,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.741,4	10,0	1.012,5	3,4
davon gegenüber Dexia-Gruppe (Repo & sonstige Verbindlichkeiten)	2.155,2	7,9	432,7	1,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.938,4	18,0	5.729,1	19,1
Sonstige (einschließlich Eigenmittel)	1.115,9	4,1	1.147,9	3,8
<b>Gesamt</b>	<b>27.440,2</b>	<b>100,0</b>	<b>29.921,8</b>	<b>100,0</b>



Im Berichtszeitraum bewegte sich die Liquiditätskennzahl gemäß § 2 LiqV zwischen den Werten 1,08 (Minimum) und 1,46 (Maximum) und betrug im Durchschnitt 1,30. > 11

#### 11 Liquiditätslage

	Minimum	Maximum	Durchschnitt
Liquiditätskennzahl	1,08	1,46	1,30

Darüber hinaus berechnet die Bank die risikounabhängige Verschuldungsquote (Leverage Ratio – LR) gemäß der CRR in Verbindung mit der Delegierten Verordnung zur LR. Diese Kennziffer stellt – vereinfacht ausgedrückt – das Verhältnis des regulatorischen Eigenkapitals eines Instituts zum Geschäftsvolumen dar. Sie betrug per 31. Dezember 2016 2,7 %.

Derzeit besteht für die Leverage Ratio keine verbindliche Untergrenze. Diese soll nach aktuellem Stand frühestens ab 2019 gelten und mindestens 3 % betragen. Die Bank erwartet, dass sie die Untergrenze zum Zeitpunkt der Einführung einhalten wird.

#### Pfandbriefumlauf und Pfandbriefdeckung

Der Gesamtbetrag der in Umlauf befindlichen Öffentlichen Pfandbriefe verminderte sich zum 31. Dezember 2016 auf 17,6 Milliarden Euro (Vorjahr: 19,3 Milliarden Euro). Zugleich sank der Bestand der zur Deckung verwendeten Werte in der Deckungsmasse auf 19,1 Milliarden Euro (Vorjahr: 21,0 Milliarden Euro).

Seit geraumer Zeit hält die Dexia Kommunalbank Deutschland eine nominale Überdeckungsquote (Verhältnis des Nominalwertes der Deckungsmasse zum Nominalwert des Pfandbriefumlaufs) von mindestens 8,15 % ein, ohne hierzu gesetzlich oder vertraglich verpflichtet zu sein. Zum Jahresende 2016 betrug die nominale Überdeckungsquote 8,40 % (Vorjahr: 8,59 %), die barwertige Überdeckungsquote (Verhältnis des Barwertes der Deckungsmasse zum Barwert des Pfandbriefumlaufs) 17,30 % (Vorjahr: 16,46 %).

Die Dexia Kommunalbank Deutschland folgt der Empfehlung des Verbands deutscher Pfandbriefbanken (vdp), die Regeln des vdp-Bonitätsdifferenzierungsmodells anzuwenden. Mit dem vdp-Bonitätsdifferenzierungsmodell hat der vdp ein Verfahren erarbeitet, das die Anrechnung von Staatsforderungen mit einem Non-Investmentgrade-Rating in der Deckungsrechnung durch ratingabhängige Abschläge begrenzt. Unter Berücksichtigung dieser Abschläge vermindert sich die nominale Überdeckungsquote zum 31. Dezember 2016 geringfügig auf 8,14 % (Vorjahr: 8,14 %), die barwertige Überdeckungsquote auf 17,03 % (Vorjahr: 16,01 %).

Die Struktur der Deckungsmasse unterlag nur geringen Änderungen. Der Anteil der Forderungen gegen Zentralstaaten verringerte sich auf 12,1 % (Vorjahr: 13,1 %), während der

Anteil der Forderungen gegen regionale Gebietskörperschaften auf 58,8 % (Vorjahr: 57,1 %) anstieg und der Anteil der Forderungen gegen örtliche Gebietskörperschaften mit 26,0 % (Vorjahr: 26,4 %) nahezu unverändert blieb. Forderungen gegen sonstige Schuldner machten 3,1 % (Vorjahr: 3,4 %) der Deckungsmasse aus. Der Anteil von Deckungsforderungen aus Deutschland an der gesamten Deckungsmasse lag mit 67,9 % (Vorjahr: 65,3 %) geringfügig über dem Vorjahreswert. In der weiteren Rangfolge folgten Forderungen aus Italien (12,8 %), Belgien (6,3 %) und Österreich (5,5 %).

Hinsichtlich der Fristengliederung der zum 31. Dezember 2016 ausstehenden Pfandbriefe wird auf die Darstellung im Anhang verwiesen.

Die Ratingagentur Standard & Poor's vergibt für die Öffentlichen Pfandbriefe der Dexia Kommunalbank Deutschland AG unverändert ein Rating von A (outlook stable).

Die Dexia Kommunalbank Deutschland hat im 1. Halbjahr 2016 die Ratingagentur Scope Ratings mit der erstmaligen Bewertung ihrer Öffentlichen Pfandbriefe beauftragt. Als Ergebnis hat die Ratingagentur am 4. Mai 2016 bekanntgegeben, dass sie den Öffentlichen Pfandbriefen der Dexia Kommunalbank Deutschland ein Rating von AA– (outlook stable) zuweist. Wesentliche Grundlage dieser Bewertung sind laut Scope Ratings die solide Kreditqualität der Deckungswerte, die in geringen erwarteten Ausfallraten zum Ausdruck kommt, sowie die verfügbare nominelle Überdeckung.

Die Dexia Kommunalbank Deutschland verfolgt bei der Gestaltung der Zusammensetzung ihrer Deckungsmasse für Öffentliche Pfandbriefe traditionell eine Politik der ruhigen Hand und Kontinuität. Seit vielen Jahren liegt die nominelle Überdeckungsquote über dem Zielwert von 8,15 % des Pfandbriefumlaufs bei nur geringen Änderungen der Schuldnerstruktur.

#### VERMÖGENSLAGE

Die Bilanzsumme der Dexia Kommunalbank Deutschland verringerte sich gegenüber dem Vorjahresultimo um 2,6 Milliarden Euro oder –8,2 % auf 28,8 Milliarden Euro (Vorjahr: 31,4 Milliarden Euro).

Bei den Forderungen an Kreditinstitute reduzierte sich aufgrund von Fälligkeiten der Bestand an Kommunalkrediten geringfügig auf 0,4 Milliarden Euro. Die anderen Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich im Wesentlichen durch einen Anstieg der in Form von Barzahlungen gegebenen Sicherheitsleistungen (Cash Collateral) zur Besicherung von Derivateexposures und Wertpapierpensionsgeschäften. > 12

**12 Entwicklung wichtiger Aktiv-Bilanzposten**

	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in %
Kommunalkredite	352,0	533,1	-34,0
Andere Forderungen	5.824,4	5.694,5	2,3
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>	<b>6.176,4</b>	<b>6.227,6</b>	<b>-0,8</b>
Hypothekendarlehen	37,5	40,6	-7,6
Kommunalkredite	14.159,0	15.197,1	-6,8
Andere Forderungen	187,7	232,1	-19,1
<b>Forderungen an Kunden</b>	<b>14.384,2</b>	<b>15.469,7</b>	<b>-7,0</b>
Von öffentlichen Emittenten	5.942,7	7.000,8	-15,1
Von anderen Emittenten	1.802,0	2.340,7	-23,0
Eigene Schuldverschreibungen	5,5	11,6	-52,9
<b>Anleihen und Schuldverschreibungen</b>	<b>7.750,2</b>	<b>9.353,0</b>	<b>-17,1</b>
<b>Sonstige Aktiva</b>	<b>499,1</b>	<b>345,0</b>	<b>44,7</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>28.809,8</b>	<b>31.395,4</b>	<b>-8,2</b>

Hauptsächlich planmäßige Fälligkeiten führten zu einem Rückgang der Forderungen an Kunden um 1,1 Milliarden Euro auf 14,4 Milliarden Euro (Vorjahr: 15,5 Milliarden Euro).

Hinsichtlich der Fristengliederung der zum 31. Dezember 2016 ausstehenden Forderungen gegenüber Kreditinstituten und Kunden wird auf die Darstellung im Anhang verwiesen.

Im Wesentlichen durch planmäßige Fälligkeiten schmolz der Bestand an Anleihen und Schuldverschreibungen um 1,6 Milliarden Euro auf 7,8 Milliarden Euro (Vorjahr: 9,4 Milliarden Euro).

Der Anteil des Bestands an Anleihen und Schuldverschreibungen an der Bilanzsumme belief sich auf 26,9 % (Vorjahr: 29,8 %), der Anteil der Darlehen an der Bilanzsumme auf 51,1 % (Vorjahr: 51,0 %).

Der gesamte Bestand an in- und ausländischen Forderungen gegen Schuldner der öffentlichen Hand (Staatskreditgeschäft) verminderte sich um 2,2 Milliarden Euro auf 20,5 Milliarden Euro (Vorjahr: 22,7 Milliarden Euro). Dies entsprach einem Anteil an der Bilanzsumme von 71,0 % (Vorjahr: 72,4 %).

**Eigenmittel**

Der für das Geschäftsjahr 2015 ausgewiesene Jahresfehlbetrag belief sich auf -99,5 Millionen Euro. Im Rahmen der Verlustverrechnung wurde auf Basis der vertraglichen Bedingungen das Genussrechtskapital mit 9,4 Millionen Euro in Anspruch genommen. Dadurch verminderte sich der Bilanzverlust 2015 auf -174,1 Millionen Euro. Dieser wurde

am 24. März 2016 festgestellt und auf neue Rechnung vorgetragen.

In der nachfolgenden Tabelle > 13 ist die Entwicklung der Eigenmittel dargestellt, wie sie von der Bank im Rahmen des Common Reportings (CoRep) per 31. Dezember 2016 an die Bankaufsichtsbehörden gemeldet wurde. Aufgrund des zu diesem Zeitpunkt noch nicht festgestellten Jahresabschlusses basieren die Zahlen auf einem Kernkapitalbetrag, der ausgehend von einem unterjährigem Verlust von -3,9 Millionen Euro errechnet wurde.

Auf dieser Grundlage errechnete sich per 31. Dezember 2016 ein deutlich erhöhtes hartes Kernkapital (Common Equity Tier 1 oder CET1) von 653,5 Millionen Euro (Vorjahr: 588,8 Millionen Euro).

Im 4. Quartal 2015 wurde die Bank von der EZB informiert, dass sie künftig verpflichtet ist, auf der Grundlage des Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) eine harte Kernkapitalquote (CET1-Quote) von mindestens 8% zuzüglich des jeweils geforderten Kapitalerhaltungspuffers einzuhalten (zusammen 8,625% zum 31. Dezember 2016).

Die gemäß der CRR gemeldete CET1-Quote erreichte 22,2 % (Vorjahr: 17,3 %), die Gesamtkapitalquote stieg auf einen Stand von 23,2 % (Vorjahr: 18,7 %). Beide Kapitalquoten liegen weiterhin deutlich über den gesetzlichen Anforderungen sowie den ergänzend von der EZB verlangten SREP-Anforderungen.

Die Kapitalrendite der Dexia Kommunalbank Deutschland belief sich per 31. Dezember 2016 auf -0,01 % (Vorjahr: -0,3 %).





**13 Entwicklung der Eigenmittel**

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Gezeichnetes Kapital	432,5	432,5
Rücklagen	399,4	399,4
Verlustvortrag	-174,1	-84,1
Unterjähriger Verlust	-3,9	-158,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	-0,4	-0,2
<b>Kernkapital</b>	<b>653,5</b>	<b>588,8</b>
Genussrechtskapital	4,9	17,2
Nachrangige Verbindlichkeiten	6,0	14,6
Anrechenbare Vorsorgereserven gem. § 340f HGB	5,0	6,1
Anrechenbarer Wertberichtigungsüberschuss	11,5	10,3
<b>Ergänzungskapital</b>	<b>27,4</b>	<b>48,2</b>
<b>Gesamt</b>	<b>680,9</b>	<b>637,0</b>

Der für das Geschäftsjahr 2016 insgesamt ausgewiesene Jahresfehlbetrag beträgt -0,2 Millionen Euro. Mit Feststellung des Jahresabschlusses durch Vorstand und Aufsichtsrat wird im Rahmen der Verlustverrechnung auf Basis der vertraglichen Vereinbarungen das Genussrechtskapital mit 5,4 Millionen Euro in Anspruch genommen. Dadurch wird sich zum 31. Dezember 2016 ein von -174,1 Millionen Euro auf -168,9 Millionen Euro verringerter Bilanzverlust ergeben.

Unter Berücksichtigung dieser Effekte beläuft sich das harte Kernkapital (CET1) per 31. Dezember 2016 auf 662,7 Millionen Euro (Vorjahr: 657,5 Millionen Euro). Über zusätzliches Kernkapital (Additional Tier 1 Capital) verfügt die Bank nicht. Das Ergänzungskapital (Tier 2 Capital) wird sich auf 27,4 Millionen Euro (Vorjahr: 46,3 Millionen Euro) vermindern. Aufgrund der Anrechnungsmodalitäten wird der Ausweis des regulatorisch anerkannten Genussrechtskapitals auf 4,9 Millionen Euro und der nachrangigen Darlehen auf 6,0 Millionen Euro sinken. Als weitere Bestandteile des Ergänzungskapitals ergeben sich anrechenbare Vorsorgereserven nach § 340f HGB und ein anrechenbarer Wertberichtigungsüberschuss von zusammen 16,5 Millionen Euro.

Die gemäß CRR berechnete harte Kernkapitalquote (CET1-Quote) wird 22,5 % (Vorjahr: 19,3 %), die Gesamtkapitalquote 23,5 % (Vorjahr: 20,6 %) erreichen.

**GESAMTAUSSAGE ZUM GESCHÄFTSVERLAUF**

Zusammenfassend ist zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Dexia Kommunalbank Deutschland Folgendes festzustellen:

- › Die Bilanzsumme hat sich planmäßig um 8,3 % auf 28,8 Milliarden Euro (Vorjahr: 31,4 Milliarden Euro) verringert.
- › Neukreditgeschäft wurde nur in Form eines geringen Volumens an Kreditprolongationen (15,4 Millionen Euro) getätigt.

- › Die Gewinn- und Verlustrechnung schloss mit einem Jahresfehlbetrag von -0,2 Millionen Euro (Vorjahr: -99,5 Millionen Euro) ab.
- › Das bilanzielle Kernkapital erhöhte sich auf 662,7 Millionen Euro. Die Kernkapitalquote lag bei 22,5 % (Vorjahr: 19,3 %).
- › Die Liquiditätslage der Dexia Kommunalbank Deutschland war bei aktivem Einlagengeschäft weiterhin auskömmlich.
- › Die Beschäftigtenzahl erhöhte sich zum Stichtag 31. Dezember 2016 auf 81 Mitarbeiter (Vorjahr: 78 Mitarbeiter).

Die Ertragssituation der Bank war im Berichtsjahr geprägt durch außerordentliche Erträge über 139,6 Millionen Euro aus der Annahme des Rückkaufangebots landesverbürgter Heta-Schuldtitle (Tender Offer II) (siehe auch Abschnitt Geschäftsverlauf – Forderungen gegen die Heta Asset Resolution AG). Diese außerordentlichen Erträge bewegten sich in der Prognose-spanne von 130 Millionen Euro bis 140 Millionen Euro.

In ihrer Ad-hoc-Veröffentlichung vom 18. Mai 2016 und im Halbjahresfinanzbericht 2016 hatte die Bank angekündigt, dass sie – falls die Heta-Umtauschtransaktion mit dem erwarteten Ergebnis abgeschlossen werden kann – die Aufhebung schwebender Finanzgeschäfte und gegebenenfalls weitere Maßnahmen beabsichtigt, die zusammen zu einem Ergebnisausweis in der Größenordnung zwischen -15 Millionen Euro bis -25 Millionen Euro führen werden.

Tatsächlich hat die Dexia Kommunalbank Deutschland im Geschäftsjahr 2016 aus der vorzeitigen Beendigung von derivativen Geschäften negative Ergebnisbeiträge in Höhe -106,4 Millionen Euro erzielt. Ferner wurde eine Vorsorgereserve gemäß § 340f HGB über 27,6 Millionen Euro gebildet. Zusammen haben diese Maßnahmen zu einer Ergebnisbelastung von 134,0 Millionen Euro geführt.

Der Vorstand sah sich hierzu verpflichtet, um die barwertige Kapitalbasis der Bank zu stärken im Interesse einer fortlaufenden Einhaltung von bankaufsichtsrechtlich geforderten Standards und von Standards der Rechnungslegung.



Das Jahresergebnis fiel somit deutlich besser aus als das prognostizierte Ergebnis.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass im Berichtszeitraum

- › die Vermögenssituation der Bank gestärkt wurde und
- › die Ertragsituation ausgeglichen war,
- › während sich die Finanzsituation stabil entwickelte.

Für ihr großes Engagement spricht der Vorstand allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seinen Dank und seine Anerkennung aus. Unser Dank gilt auch dem Betriebsrat und dem Sprecherausschuss für leitende Angestellte für die konstruktive Zusammenarbeit.

## SONSTIGE ANGABEN

### BEZIEHUNGEN ZU VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Der Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG schließt mit der folgenden Erklärung:

„Unsere Gesellschaft erhielt bei jedem im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung und wurde durch die im Bericht angegebenen getroffenen oder unterlassenen Maßnahmen nicht benachteiligt. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zugrunde, die uns zum Zeitpunkt der berichtspflichtigen Vorgänge bekannt waren.“

### MITARBEITER

Zum 31. Dezember 2016 beschäftigte die Dexia Kommunalbank Deutschland 81 Mitarbeiter (Vorjahr: 78 Mitarbeiter). [› 14](#) Insgesamt haben im Berichtszeitraum acht Mitarbeiter die Bank verlassen, während elf neue Mitarbeiter eingestellt wurden.

#### 14 Personalkennzahlen

	Männlich	Weiblich	Gesamt
<b>Mitarbeiter insgesamt</b>	<b>43</b>	<b>38</b>	<b>81</b>
<b>Mitarbeiter in Teilzeit</b>	<b>1</b>	<b>17</b>	<b>18</b>
<b>1. Alter</b>			
Bis 29 Jahre	3	1	4
30 – 39 Jahre	17	11	28
40 – 49 Jahre	11	12	23
50 – 59 Jahre	11	12	23
60 Jahre und älter	1	2	3
<b>2. Betriebszugehörigkeit</b>			
Unter 5 Jahre	17	9	26
5 – 10 Jahre	11	10	21
11 – 20 Jahre	12	14	26
Über 20 Jahre	3	5	8

### Vergütungspolitik

Die Vergütungspolitik der Dexia Kommunalbank Deutschland leistet einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Unternehmensziele der Bank. Durch ein attraktives und wettbewerbsfähiges Vergütungssystem unterstützt die Bank Motivation und Bindung ihrer Mitarbeiter. Aufgrund der Übernahme der Vergütungsrichtlinien der Dexia-Gruppe (Group Remuneration Policy) sind gruppeneinheitliche Standards bei der Ausgestaltung des Vergütungssystems sichergestellt.

Die Gesamtvergütung setzt sich aus fixen und variablen Vergütungskomponenten zusammen. Die Bank beschäftigte zum 31. Dezember 2016 40 Mitarbeiter im Tarifbereich, deren Fixgehälter in Anlehnung an den Tarifvertrag für das private Bankgewerbe in seiner jeweiligen Fassung festgelegt werden. Die 41 Mitarbeiter im außertariflichen Bereich erhalten individuell verhandelte Fixgehälter.

Auf der Grundlage der bereits am 2. Dezember 2015 mit dem Betriebsrat abgeschlossenen Betriebsvereinbarung über die leistungsorientierte variable Vergütung wurde mit Wirkung vom 1. Februar 2016 eine im Wesentlichen gleichlautende Vereinbarung mit dem Sprecherausschuss der leitenden Angestellten verabschiedet.

Die variable Vergütung der Bank honoriert Engagement und besondere Leistungen der Mitarbeiter im vorangegangenen Geschäftsjahr und versteht sich daher als Anreizsystem. Die Höhe der variablen Vergütung wird auf der Grundlage eines auf die Tätigkeit des Mitarbeiters abgestimmten Zielbonus anhand einer individuellen Beurteilung bestimmter Kompetenzen und der Erreichung qualitativer und quantitativer Ziele ermittelt. Das Gesamtbudget für die variable Vergütung wird in einem formalisierten Prozess durch den Vorstand festgelegt und orientiert sich an der Risikotragfähigkeit, der Ertragslage und der nachhaltigen Planung der Bank. Die Höhe des Gesamtbudgets steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Aufsichtsrats. Die Auszahlung erfolgt nur, wenn die Ertragslage der Bank dies unter Berücksichtigung von § 7 Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV) und § 45 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6 KWG zulässt. Die variable Vergütung erfolgt in voller Höhe als Barzahlung, ein aktienbasiertes Vergütungsmodell besteht nicht.

Über Höhe und Auszahlung einer variablen Vergütung des Vorstands für das vorangegangene Geschäftsjahr wird auf Basis vereinbarter Ziele, der individuellen Leistung sowie der Geschäftsentwicklung im Rahmen der ersten Aufsichtsratssitzung eines Jahres entschieden.

Unter Einhaltung der Vergütungsrichtlinien der Dexia-Gruppe, wonach die variable Vergütung eines Mitarbeiters höchstens 30 % seines Fixgehalts ausmachen darf, zahlte die Bank im Mai 2016 für das Geschäftsjahr 2015 einen Gesamtbetrag an variablen Vergütungen über 388.000 Euro an insgesamt 69 Personen (einschließlich Vorstand).



### Investitionen in die Zukunft

Im 2. Halbjahr 2016 gab die Bank eine umfangreiche Mitarbeiterbefragung in Auftrag, um Mitarbeiterbindung und Mitarbeiterzufriedenheit zu messen. Die vertrauliche Befragung wurde von einem externen Beratungsunternehmen durchgeführt und beinhaltete Fragen zu den Themen Mitarbeiterzufriedenheit, Identifikation und Verbundenheit mit der Bank, Vergütung und sonstige Rahmenbedingungen, Unternehmenskommunikation, Führungskultur sowie Zusammenarbeit mit der eigenen Führungskraft und dem Vorstand. Die Ergebnisse der Befragung fielen überwiegend positiv aus.

So wurde die Frage nach der allgemeinen Zufriedenheit auf einer Skala von 1 (schlechtester Wert) bis 10 (bester Wert) mit einem Durchschnittswert von 7,03 bewertet. Die aus der Umfrage erhaltenen positiven wie auch kritischen Ergebnisse und Äußerungen wurden in einer Mitarbeiterversammlung vorgestellt, innerhalb der Abteilungen diskutiert und mit den Führungskräften und dem Betriebsrat zur Entwicklung sinnvoller Folgemaßnahmen erörtert.

Die Bank bietet allen Mitarbeitern die Möglichkeit, an individuellen Entwicklungsmaßnahmen teilzunehmen. Dazu gehören interne und externe Qualifizierungsangebote in den Bereichen Fach-, Methoden- und Führungskompetenz.

Das im Februar 2013 begonnene zweijährige fachspezifische Traineeprogramm wurde inhaltlich überarbeitet und auf 18 Monate verkürzt. Es wird im April 2017 mit zwei neuen Trainees in den Abteilungen Backoffice und Regulierung & Portfoliomanagement fortgeführt.

### Soziales

Die krankheitsbedingte Abwesenheitszeit der Mitarbeiter hat sich auf durchschnittlich 15,8 Tage pro Mitarbeiter (Vorjahr: 18,7 Tage pro Mitarbeiter) verringert.

Im Berichtsjahr wurden umfangreiche Mindeststandards zum Thema Gesundheit etabliert. Dazu gehören unter anderem interne Schulungen sowie Präventionsmaßnahmen aus den Bereichen Stressprophylaxe, Zeitmanagement und Arbeitsorganisation. Hinzu kommen weitere Vorsorgemaßnahmen, zum Beispiel die regelmäßige Überprüfung aller Arbeitsplätze auf Ergonomie und Arbeitssicherheit sowie die Durchführung eines Gesundheitstags.

Der Aufsichtsrat der Dexia Kommunalbank Deutschland hat folgende Geschlechterquoten festgelegt, deren Erreichen bis zum 30. Juni 2017 angestrebt wird:

- › Anteil weiblicher (männlicher) Mitglieder im Aufsichtsrat: 33 % (67 %),
- › Anteil weiblicher (männlicher) Mitglieder im Vorstand: 50 % (50 %).

Innerhalb der dem Vorstand direkt unterstellten Führungsebene (Abteilungsleiter und deren Stellvertreter) soll in den Jahren 2016 und 2017 nach einem Beschluss des Vorstands

der Anteil weiblicher Mitarbeiter nicht unter 30 % fallen. Zum Jahresende 2016 lag diese Quote bei 36,8 % (Vorjahr: 40,0 %) und damit leicht unter dem Vorjahreswert.

## PROGNOSEBERICHT

Für das Geschäftsjahr 2017 erwartet die Bank die folgenden Entwicklungen:

- › Die Bilanzsumme wird sich zum 31. Dezember 2017 auf rund 23,9 Milliarden Euro verringern.
- › Zum 31. Dezember 2017 erreicht das Kernkapital der Bank voraussichtlich einen Stand von rund 664,6 Millionen Euro.
- › Die Kernkapitalquote wird zum Jahresende 2017 voraussichtlich rund 24,1 % betragen und damit weiterhin deutlich über den gesetzlichen Anforderungen liegen.
- › Die Bank wird voraussichtlich einen höchstens einstelligen Millionenbetrag als Jahresfehlbetrag ausweisen.
- › Die Liquiditätslage der Dexia Kommunalbank Deutschland wird weiterhin auskömmlich bleiben.

Zusammenfassend rechnen wir somit für das Geschäftsjahr 2017 der Dexia Kommunalbank Deutschland mit einer insgesamt stabilen Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Im 4. Quartal 2016 wurde die Bank von der EZB informiert, dass sie künftig verpflichtet ist, auf der Grundlage des SREP eine CET1-Quote von mindestens 5,125 % zuzüglich des jeweils geforderten Kapitalerhaltungspuffers einzuhalten (zusammen 6,375 % zum 31. Dezember 2017).

Folgende Annahmen liegen der Prognose zugrunde:

Da wir von einem Anhalten des niedrigen Zinsniveaus an den Kapitalmärkten ausgehen, haben wir unterstellt, dass in den Aktivpositionen eingebettete Gläubigerkündigungsrechte nicht ausgeübt werden, während in den Passivpositionen eingebettete Gläubigerkündigungsrechte stets ausgeübt werden.

Neukreditgeschäft wird – mit Ausnahme eines geringen Volumens an Kreditprolongationen – weiterhin nicht getätigt. Aufgrund des erwarteten Jahresfehlbetrags kann gemäß den Emissionsbedingungen das Genussrechtskapital nicht bedient werden.

Bei den Personalaufwendungen gehen wir von einer insgesamt stabilen, auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2016 liegenden Größenordnung aus. Hingegen wird der Sachaufwand erneut erheblich durch die Bankenabgabe belastet, deren Höhe nicht wesentlich unterhalb des Vorjahresbetrags liegen dürfte.

Als Risikokosten wurden Standardkosten auf der Basis durchschnittlicher Ausfälle der Vergangenheit angesetzt.

In Bezug auf die Finanzlage erwarten wir keine wesentlichen Veränderungen. Die in der Deckungsmasse befindlichen Werte und die zentralbankfähigen Wertpapiere der Bank außerhalb der Deckung, die zusammen den weitaus größten Teil der Aktiva ausmachen, werden weiterhin über Öffentliche Pfandbriefe, Wertpapierpensionsgeschäfte und – in nur noch geringem Umfang – Offenmarktkredite der Deutschen Bundesbank refinanziert.

Der Bestand an unbesicherten Refinanzierungsmitteln, der im Wesentlichen aufgenommene Schuldscheindarlehen sowie Einlagen von kommunalen Kunden und anderen Anlegern umfasst, wurde seit dem Jahresbeginn 2017 bewusst schrittweise zurückgeführt. Er belief sich am 17. Februar 2017 auf 4,1 Milliarden Euro. Ursächlich für diese Entwicklung ist die Entscheidung, einen größeren Teil des Einlagengeschäfts durch Einlagen der Muttergesellschaft Dexia Crédit Local zu ersetzen. Es ist jedoch geplant, dass die Bank weiterhin mit ihren verschiedenen Einlageprodukten am Geldmarkt aktiv sein wird.

Ferner ist beabsichtigt, die Laufzeit der im Oktober 2017 auslaufenden, von der Dexia Crédit Local bereitgestellten revolvingierenden Liquiditätsfazilität über 500 Millionen Euro erneut um ein Jahr zu verlängern. Mit einer Inanspruchnahme der Liquiditätsfazilität rechnet die Bank weiterhin nicht.

Wir erwarten außerdem, dass das von Standard & Poor's vergebene Rating von A (stabiler Ausblick) und das von Scope Ratings vergebene Rating von AA– (stabiler Ausblick) für unsere Öffentlichen Pfandbriefe auch für das laufende Geschäftsjahr Bestand haben werden. Wir streben weiterhin eine nominale Überdeckungsquote von mindestens 8,15 % an, ohne hierzu gesetzlich oder vertraglich verpflichtet zu sein.

Hinsichtlich des Kreditportfolios der Bank rechnen wir nicht mit Belastungen, die aus dem Ausfall von Kreditnehmern aus dem Staats- und Bankensektor resultieren könnten. Auch aus dem bestehenden Restportfolio von Finanzierungen kommunalnaher Unternehmen und dem einen verbliebenen Engagement in der Projektfinanzierung erwarten wir keine Belastungen.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung in der Eurozone deuten die Frühindikatoren auf eine Fortsetzung des insgesamt soliden Wirtschaftswachstums hin. In ihrer im Februar dieses Jahres veröffentlichten Winterprognose rechnet die Europäische Kommission für das Jahr 2017 mit einem BIP-Wachstum im Eurogebiet von 1,6 %, verbunden mit einer weiter steigenden Beschäftigung und rückläufigen, wenngleich noch vergleichsweise hohen Arbeitslosigkeit. Als Haupttreiber dieser Entwicklung sieht die EU-Kommission unverändert den privaten Verbrauch sowie ein maßvolles Investitionswachstum. Als Risikofaktoren werden die Folgen des Austritts Großbritanniens aus der EU, eine schnellere Verschärfung der Geldpolitik in den Vereinigten Staaten und die möglichen Folgen des hohen und weiter wachsenden Schuldenstands Chinas erwähnt.

Hinsichtlich der rechtlichen und organisatorischen Verhältnisse der Dexia Kommunalbank Deutschland rechnen wir mit keinen Veränderungen.

In ihrer Presseerklärung vom 23. Februar 2017 hat die Dexia-Gruppe darauf hingewiesen, dass ihr konsolidierter Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 nach den Rechnungslegungsvorschriften aufgestellt wurde, die auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung aufbauen. Dies erfordert eine Reihe von Annahmen, die dem Geschäftsplan zur Restrukturierung der Dexia-Gruppe zugrunde liegen und nachfolgend dargelegt werden.

- › Der Geschäftsplan baut auf Marktdaten per Ende September 2012 auf. Die ihm zugrunde liegenden makroökonomischen Annahmen werden im Rahmen der Überprüfung des gesamten Plans halbjährlich angepasst.
- › Die auf der Grundlage von Daten per Ende September 2012 durchgeführten Aktualisierungen, die vom Management Board der Dexia-Gruppe am 16. November 2016 verabschiedet wurden, berücksichtigen insbesondere einen auf aktuellen Marktkonditionen aufbauenden Refinanzierungsplan. Sie schließen ferner Auswirkungen regulatorischer Veränderungen ein, wie zum Beispiel jene aus der endgültigen Fassung der Capital Requirements Directive IV (CRD IV) und der Implementierung des ab 2018 geltenden International Financial Reporting Standards 9 (IFRS 9).
- › Der überarbeitete Geschäftsplan beinhaltet Veränderungen des ursprünglichen Geschäftsplans, die zu erheblichen Anpassungen gegenüber dem zunächst angenommenen Verlauf des Vermögensabbaus führen, ohne gegenwärtig dessen Grundlagen infrage zu stellen.
- › Der Geschäftsplan unterstellt die Aufrechterhaltung der Banklizenzen der verschiedenen Einheiten und des Ratings der Dexia Crédit Local S. A.
- › Der Plan vertraut ferner auf ein stabiles Refinanzierungsprogramm, das abhängig ist von der Investorennachfrage nach Schuldverschreibungen, die von den Staaten Belgien, Frankreich und Luxemburg garantiert werden, und von der Fähigkeit der Dexia-Gruppe, besicherte Mittel aufzunehmen.
- › In diesem Zusammenhang profitierte die Refinanzierungsstruktur der Gruppe seit Genehmigung des Restrukturierungsplans im Dezember 2012 von einem erhöhten besicherten und garantierten Refinanzierungsvolumen zu beträchtlich geringeren Kosten und mit längeren Laufzeiten als im Geschäftsplan vorgesehen. Dies versetzte die Gruppe in die Lage, die Refinanzierung über Zentralbanken zu vermindern und die im Jahr 2012 eingeführten außerordentlichen Refinanzierungsmechanismen vollständig zurückzuführen. Durch ein umsichtiges Liquiditätsmanagement baute die Gruppe Liquiditätsreserven auf, um sich für den Fall steigender Cash-Collateral-Anforderungen zur Besicherung von Derivateexposures zu wappnen. Diese Reserven beliefen sich zum 31. Dezember 2016 auf 18,2 Milliarden Euro.



Während der Dauer des geordneten Vermögensabbaus verbleiben jedoch Unsicherheiten hinsichtlich der Umsetzung des Geschäftsplans:

- › Die Umsetzung ist insbesondere Unsicherheiten aus Entwicklungen auf dem Gebiet der Rechnungslegung und der Regulierung ausgesetzt.
- › Aufgrund der seit Eintritt in den geordneten Vermögensabbau bestehenden Finanzstruktur der Dexia-Gruppe ist nicht sichergestellt, dass bestimmte regulatorische Kennzahlen im Zeitablauf eingehalten werden können.
- › Die Gruppe bleibt ferner sensitiv gegenüber der Entwicklung des makroökonomischen Umfelds und gegenüber Marktparametern einschließlich Währungskursen, Zinssätzen und Credit Spreads, deren Schwankungen den Geschäftsplan beeinflussen können. Eine ungünstige Entwicklung dieser Parameter könnte mit der Zeit insbesondere die Liquiditätsposition der Gruppe und ihre Solvabilität beeinträchtigen
  - › durch steigende Cash-Collateral-Anforderungen zur Besicherung von Derivateexposures (ein Absinken der langfristigen Zinsen um 10 bp zieht eine Erhöhung der Cash-Collateral-Anforderungen um rund 1 Milliarde Euro nach sich) oder
  - › durch Auswirkungen auf die Bewertungen von Aktiva, Passiva und OTC-Derivaten, deren Wertveränderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung gebucht werden und Änderungen der AFS-Reserve und der regulatorischen Eigenmittel der Gruppe nach sich ziehen können.
- › Sofern die Nachfrage nach staatsgarantierten Anleihen zurückginge, könnte die Dexia-Gruppe schließlich gezwungen sein, kostspieligere Refinanzierungsquellen in Anspruch zu nehmen, was einen direkten Einfluss auf die in dem ursprünglichen Geschäftsplan unterstellte Profitabilität hätte.

Aufgrund der Zugehörigkeit der Bank zur Dexia-Gruppe gelten diese Aussagen der Dexia-Gruppe mittelbar auch für die Dexia Kommunalbank Deutschland.

## CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

### RISIKOMANAGEMENTSYSTEM

Die Dexia Kommunalbank Deutschland unterhält ein Risikosteuerungs- und Risikocontrollingsystem zur Identifikation, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation der wesentlichen Risiken und damit verbundenen Risikokonzentrationen, welches kontinuierlich weiterentwickelt wird.

Als Teil der Dexia-Gruppe übernimmt die Dexia Kommunalbank Deutschland – sofern angemessen und sinnvoll – die einheitlichen Definitionen, Richtlinien und Verfahren der Dexia-Gruppe zur Messung von Risiken. Dies ermöglicht eine konsistente Einbindung der Bank in das Risikomanagement der Dexia-Gruppe.

Im Rahmen des jährlich stattfindenden Risikoinventurprozesses wurden alle mit dem Geschäft der Bank verbundenen quantifizierbaren und nicht quantifizierbaren Risiken identifiziert und anschließend auf ihre möglichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage der Bank beurteilt. Hierbei wurden mögliche Auswirkungen auf das Pfandbriefgeschäft zusätzlich analysiert. In diesen regelmäßig einmal jährlich durchgeführten Prozess werden alle relevanten Organisationseinheiten der Bank einbezogen. Als wesentliche Risiken wurden

- › Adressenausfallrisiken (einschließlich Länderrisiken),
  - › Marktpreisrisiken (einschließlich Zinsrisiken und Spreadrisiken),
  - › Liquiditätsrisiken und Refinanzierungsrisiken sowie
  - › operationelle Risiken (einschließlich Rechtsrisiken)
- eingestuft. Ausgehend von der Geschäftsstrategie sowie den Ergebnissen der Risikoinventur hat der Vorstand eine mit der Geschäftsstrategie konsistente Risikostrategie sowohl für die Gesamtbank als auch für das Pfandbriefgeschäft festgelegt. Die Risikostrategie legt die risikopolitischen Leitlinien (Risikokultur, Risikoappetit und Risikobereitschaft) fest und definiert die Ziele der Risikosteuerung und die jeweiligen Maßnahmen zur Risikobegrenzung.

Die risikopolitischen Leitlinien und Strukturen sind im Organisationshandbuch dargelegt, das allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über das bankinterne Intranet zur Verfügung steht. Es bildet die Grundlage für ein einheitliches Management aller wesentlichen Risikoarten der Dexia Kommunalbank Deutschland.

Die Abteilung Risikocontrolling stellt den Entscheidungsträgern die erforderlichen Informationen zur Steuerung der Risiken zur Verfügung. Sie setzt die vom Vorstand vorgegebene Risikostrategie um und überwacht insbesondere Kreditrisiken, Marktrisiken, Liquiditätsrisiken und operationelle Risiken. Weiterhin obliegt dem Risikocontrolling die Weiterentwicklung der Methoden zur Messung und Bewertung von Risiken. Die Abteilung Risikocontrolling ist gemäß Geschäftsverteilungsplan dem Marktfolgevorstand unterstellt.

Das Risikokontroll- und Risikomanagementsystem der Bank wird anlassbezogen und im Rahmen des jährlichen Prüfungsplans durch die Innenrevision auf seine Angemessenheit geprüft.

Wesentliche Elemente der Gesamtbankrisikosteuerung sind das Risikotragfähigkeitskonzept (Einjahreshorizont) und der Kapitalplanungsprozess (Vierjahreshorizont) nach den Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement von Banken (MaRisk) sowie die Kennzahlen Portfolio Present Value und Portfolio Market Value.

Wesentliche Einzelrisiken werden zusätzlich gesondert erfasst, analysiert, bewertet und begrenzt.

### Risikotragfähigkeitskonzept

Die Risikotragfähigkeit wird einzelinstitutsspezifisch (Stand-alone) sowohl nach dem Going-Concern-Ansatz als auch nach dem Liquidationsansatz ermittelt. Bestehende Unterstützungsmaßnahmen, wie zum Beispiel die Patronatserklärung oder die revolvingierende Liquiditätsfazilität der Dexia Crédit Local, werden nicht berücksichtigt.

Dabei nutzt die Bank je nach Ansatz unterschiedliche Konfidenzniveaus – beim Going-Concern-Ansatz legt sie ein Konfidenzniveau von 95,0 %, beim Liquidationsansatz von 99,9 % zugrunde. Der Betrachtungszeitraum beträgt grundsätzlich zwölf Monate (rollierend). Risikoreduzierende Diversifikationseffekte zwischen den einzelnen Risikoarten werden nur innerhalb der Risikoart Marktpreisrisiken berücksichtigt. Für die interne Risikosteuerung stellt die Going-Concern-Sichtweise die vorrangige Betrachtung dar, die Liquidations-sichtweise ist eine ergänzende Betrachtung.

Das Risikodeckungspotenzial wird basierend auf den regulatorischen Eigenmitteln und dem geplanten Ergebnis für den definierten Betrachtungszeitraum festgelegt. Dabei wird das Risikodeckungspotenzial um den Teil der regulatorischen Eigenmittel reduziert, der zur Erfüllung der bankaufsichtsrechtlichen Mindesteigenkapitalanforderungen notwendig ist.

Bei der Berechnung der zu unterlegenden Risikobeträge fließen alle Risiken in die Risikotragfähigkeitsberechnung ein, die in der Risikoinventur als wesentlich gekennzeichnet wurden und sinnvoll mit Risikodeckungspotenzial unterlegt werden können. Falls ein neues quantifizierbares wesentliches Risiko in der Risikoinventur identifiziert wird, ist dieses bei der Risikotragfähigkeitsermittlung der Bank zu berücksichtigen. Für unwesentliche Risiken besteht grundsätzlich keine Verpflichtung zur Berücksichtigung in der Risikotragfähigkeit, sie erfolgt aber in Einzelfällen. Risikobeträge werden derzeit für das Adressenausfallrisiko (Kreditrisiko und CVA), das Marktpreisrisiko (Zins-, Basis- und Spreadrisiko), das Refinanzierungsrisiko und das operationelle Risiko ermittelt. Bei allen Risikoarten wird zur Ermittlung des Risikobetrags ein Value-at-Risk-Verfahren unter Zugrundelegung verschiedener

Annahmen verwendet. Zusätzlich werden Modellrisiken berücksichtigt.

Weitere latente Risiken werden berücksichtigt, indem nur ein Teil des gesamten Risikodeckungspotenzials auf die oben genannten Risikoarten verteilt wird. > **15**

Obgleich bei der Risikoinventur als wesentliche Risiken identifiziert, werden Liquiditätsrisiken im engeren Sinne nicht in das Risikotragfähigkeitskonzept der Bank einbezogen, da eine Unterlegung dieses Risikos mit Eigenmitteln nicht sinnvoll ist. Zur Steuerung des Liquiditätsrisikos bestehen bei der Dexia Kommunalbank Deutschland gesonderte Verfahren.

Da operationelle Risiken nicht durch kurzfristige Maßnahmen gesteuert werden können, wird für sie kein separates Limit vergeben. Das Limit entspricht daher dem Risikobeitrag und wird vom verfügbaren Risikodeckungspotenzial abgezogen.

Im Rahmen der methodischen Weiterentwicklung des Risikotragfähigkeitssystems wurden im Geschäftsjahr 2016 folgende wesentliche Änderungen des Risikotragfähigkeitskonzepts vorgenommen:

- › Weiterentwicklung des integrierten Tools zur Marktpreisrisikomessung,
- › Beschränkung der Unterlegung des Marktpreisrisikos auf Positionen, die einem handelsrechtlich relevanten Marktpreisrisiko unterliegen,
- › Erweiterung der LGD-Methodik auf die Bestimmung des Kreditrisikobeitrags,
- › Neuallokation der Risikolimits (Erhöhung für Kreditrisiken, Reduzierung für Marktpreisrisiko und Refinanzierungsrisiko) sowie
- › Anpassungen aufgrund von Validierungsergebnissen (zum Beispiel Anpassung des Modellrisikoaufschlags).

Bezogen auf den Going-Concern-Ansatz ist die Risikotragfähigkeit zum 31. Dezember 2016 gegeben. > **16** Aufgrund der oben genannten methodischen Änderungen sind die Vorjahreszahlen nicht vollumfänglich vergleichbar.

#### **15** Prämissen für die Ermittlung der Risikotragfähigkeit

	Risikoart	Erläuterungen zu den Risikomessverfahren
Kreditrisiko	Allgemeines Kreditrisiko	Ermittlung eines Value at Risk anhand des Gordy-Modells mit einer Granularitätsanpassung (Hirschman-Herfindahl-Index).
	CVA-Charge	Berechnung nach der aufsichtsrechtlichen Standardmethode (Artikel 384 CRR).
Marktpreisrisiko		Umfasst das Zins-, Basis- und Spreadrisiko. Value at Risk basierend auf einer historischen Simulation über alle Positionen im Umlaufvermögen und im Treuhändermitverschluss.
Fundingrisiko		Konservative Schätzung der kumulierten Liquiditätslücke für den Jahreshorizont und Schließung mit erhöhten Refinanzierungsaufschlägen.
Operationelles Risiko		Statistischer Ansatz basierend auf einer historischen Simulation über alle Schadensfälle seit der Schadensaufzeichnung.



**16 Risikotragfähigkeit in der Going-Concern-Sichtweise im Normalszenario**

Risikodeckungspotenzial	Verfügbares Risikodeckungspotenzial		Bereitgestelltes Risikodeckungspotenzial	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
in Mio. Euro				
Anrechenbare Eigenmittel	680,9	637,0		
Eigenmittelanforderungen	-253,7	-277,5		
<b>Freie anrechenbare Eigenmittel</b>	<b>427,2</b>	<b>359,5</b>		
Horizont $\Delta$ anrechenbare Eigenmittel	4,2	29,1		
Horizont $\Delta$ Eigenmittelanforderungen	-36,8	-21,7		
Weitere Bestandteile des Risikodeckungspotentials	-25,0	30,4		
<b>Gesamt</b>	<b>369,6</b>	<b>397,3</b>	<b>332,6</b>	<b>357,6</b>

90 % des verfügbaren Risiko-  
deckungspotentials**Risikopotenzial**

	Limit vom bereitgestellten Risikodeckungspotenzial		Auslastung	
	in Mio. Euro		in %	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Kreditrisiko & CVA-Charge	125,5	83,9	70,3	102,5
Marktpreisrisiko	78,4	117,4	38,5	79,1
Fundingrisiko	109,8	134,2	91,6	71,0
Operationelles Risiko	18,9	22,1		
<b>Gesamt</b>	<b>332,6</b>	<b>357,6</b>	<b>71,5</b>	<b>82,8</b>

Zusätzlich bestehen Risikosteuerungsinstrumente in Form von Einzelberichten zu allen relevanten Risikoarten, die detailliert die wesentlichen Risikotreiber und deren Veränderung im Zeitablauf darstellen. Damit stellen sie wichtige Informationen für das interne Risikomanagement sowohl auf Gesamtbank- als auch auf Einzelrisikoebene zur Verfügung.

Ferner führt die Bank regelmäßig im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung Stresstests für alle wesentlichen Risikoarten unter Einbeziehung aller relevanten Positionen durch.

**Portfolio Present Value und Portfolio Market Value**

Eine weitere wichtige Steuerungsgröße ist der Portfolio Present Value (PPV), der täglich ermittelt und an die Entscheidungsträger berichtet wird. Hierzu werden die Barwerte sämtlicher zinstragender bilanzieller und außerbilanzieller Positionen zusammengefasst und durch andere Aktiva sowie mit diesen im Zusammenhang stehenden Bilanzpositionen ergänzt. Der PPV stellt eine Indikation über die Entwicklung des Portfoliowertes unter Annahme des Going Concern dar. Das Verhältnis von PPV zu Kernkapital betrug zum Jahresende 1,54. Ergänzt wird der PPV durch den Portfolio Market Value (PMV), der zusätzlich die Credit Spreads der Aktiv- und Passivpositionen berücksichtigt und somit ein Liquidations-szenario darstellt, sowie durch den Szenario-PPV, der darüber hinaus die Annahme erhöhter Kosten zur Schließung von Refinanzierungslücken berücksichtigt.

**Stresstests**

Stressszenarien sind ein wichtiger Bestandteil des Risikomanagementprozesses der Bank, um Risikokonzentrationen und mögliche Eigenkapitalunterdeckungen aufzuzeigen. Sie schaffen Transparenz über die Auswirkungen außergewöhnlicher, aber plausibler Ereignisse.

Für die Risikoarten Marktpreis- und Liquiditätsrisiko kalkuliert die Bank die nach MaRisk erforderlichen Stresstests auf täglicher Basis.

Daneben werden vierteljährlich historische Stresstests für sämtliche Einzelrisikoarten (Kreditrisiko, Marktpreisrisiko, Refinanzierungsrisiko und operationelles Risiko) durchgeführt. Ferner liegt ein besonderes Augenmerk auf den hypothetischen Gesamtbankstresstests, denen das Szenario „Staatsschuldenkrise“ sowie das Szenario „schwerer konjunktureller Abschwung“ zugrunde gelegt werden.

Die Ergebnisse dieser Stresstests werden bei der Gesamtbeurteilung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt mit der Folge, dass sie Grundlage für die Ergreifung von Maßnahmen zur verstärkten Risikoüberwachung sein können.

**Risikomanagement Pfandbriefgeschäft**

Als Pfandbriefbank gelten für die Dexia Kommunalbank Deutschland die Regelungen des Pfandbriefgesetzes. Dieses fordert ein geeignetes Risikomanagementsystem (§ 27 Pfandbriefgesetz) zur Überwachung sämtlicher mit dem Pfandbriefgeschäft verbundenen Risiken.



Neben der Sicherstellung der gesetzlichen Anforderungen an die Pfandbriefüberdeckung berechnet die Bank nach dem dynamischen Ansatz gemäß § 5 Abs. 1 bzw. § 6 Abs. 2 der Pfandbrief-Barwertverordnung Stressszenarien für Zins- und Währungsrisiken. Bei drohender Unterschreitung einer barwertigen Überdeckung von 2 % sind unverzüglich Maßnahmen zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zu ergreifen. Seit geraumer Zeit hält die Bank eine nominale Überdeckungsquote (Verhältnis des Nominalwertes der Deckungsmasse zum Nominalwert des Pfandbriefumlaufs) von mindestens 8,15 % ein, ohne hierzu gesetzlich oder vertraglich verpflichtet zu sein.

Das Adressenausfallrisiko der Deckungsmasse wird mit einem Limitsystem begrenzt. Der Schwerpunkt des Deckungsportfolios liegt auf qualitativ hochwertigen Aktiva mit Bewertungen innerhalb des Ratingintervalls AAA bis A+. Darüber hinaus wird der Anteil an Deckungswerten mit einem Non-Investmentgrade-Rating limitiert.

Während auf Gesamtbankebene das Fremdwährungsrisiko grundsätzlich durch Derivatetransaktionen abgesichert ist, sind die den Fremdwährungspositionen zugehörigen Derivate nicht in der Deckungsmasse enthalten. Somit bestehen auf der Ebene der Deckungsmasse offene Fremdwährungspositionen, die jedoch durch Limite begrenzt werden. Darüber hinaus werden diverse Cashflow-Analysen zur Überwachung des Liquiditätsrisikos durchgeführt sowie die Risikokonzentration auf Kreditnehmerebene überwacht.

## RISIKEN

### ADRESSENAUSFALLRISIKEN

Das Adressenausfallrisiko beschreibt das Risiko, dass ein Kreditnehmer oder Kontrahent seine Verpflichtungen gegenüber der Dexia Kommunalbank Deutschland ganz oder teilweise nicht erfüllen kann.

Zur Begrenzung von Adressenausfallrisiken werden vom Vorstand in Abstimmung mit der Dexia-Gruppe für sämtliche Kontrahenten Kreditlinien und Kreditkompetenzregelungen festgelegt. Gleiches gilt für Clearinghäuser und zentrale Gegenparteien.

Die Dexia Kommunalbank Deutschland hat sämtliche Kreditlinien (bis auf Geldmarkt- und Derivatelimite) für das Eingehen neuer Risiken eingefroren. Zudem werden alle Kontrahenten gesondert überwacht, die aufgrund definierter Kriterien (unter anderem Abwertung eines Ratings um vier Stufen bzw. Rating erreicht den Non-Investmentgrade-Bereich) auf der Überwachungsliste der Bank geführt werden.

Eine angemessene Aufbau- und Ablauforganisation zur Steuerung von Adressenausfallrisiken ist durch die marktunabhängige Kreditanalyse und Kreditbearbeitung gewährleistet.

Um das Adressenausfallrisiko und die damit verbundenen Risikokonzentrationen zu begrenzen, werden die nachfolgenden Maßnahmen durchgeführt:

- › Kreditlinienüberwachung,
- › Überwachung des Kreditausfallrisikos,
- › Verfahren zur Risikofrüherkennung,
- › Berichterstattung über externe und interne Ratingänderungen sowie
- › Portfoliosteuerung und -überwachung auf Basis des Kreditrisikoberichts und der Ergebnisse der Risikotragfähigkeitsrechnung inklusive Stressszenarien.

Über das Adressenausfallrisiko und die zu seiner Begrenzung ergriffenen Maßnahmen wird regelmäßig an den Vorstand und den Aufsichtsrat berichtet.

Der Abschluss von Derivategeschäften setzt voraus, dass mit dem Kontrahenten ein Deutscher Rahmenvertrag oder ein ISDA-Rahmenvertrag rechtsverbindlich abgeschlossen wurde. Eine weitere Voraussetzung ist das Vorliegen einer rechtsverbindlich abgeschlossenen, den Standards der Bank entsprechenden Sicherheitenvereinbarung (CSA). Die Höhe der ausgetauschten Sicherheitsleistungen (Collateral) wird täglich überwacht. Eine ausführliche Information über Höhe und Struktur der geleisteten Sicherheiten erfolgt wöchentlich in der Vorstandssitzung. Zum 31. Dezember 2016 bestand für die Bank eine Nettozahlerposition in Höhe von 3,8 Milliarden Euro (Vorjahr: 3,6 Milliarden Euro).

Die Berechnung der Kreditlinienauslastungen wird täglich vom Risikocontrolling bereitgestellt und überwacht. Eventuelle Überschreitungen von Kreditlinien werden dem Vorstand umgehend angezeigt, der über geeignete Maßnahmen zu entscheiden hat. Im Berichtszeitraum kam es aufgrund von Marktwertschwankungen zu 65 Überschreitungen einzelner Kreditnehmer im Derivateportfolio, welche unverzüglich zurückgeführt wurden.

Rund 61,3 % (Vorjahr: 59,1 %) des Kreditportfolios der Bank entfallen auf deutsche Schuldner, gefolgt von Schuldnern aus Italien (15,2 %) und Belgien (6,5 %).

Ferner sind rund 92,4 % der Aktiva der Bank deckungsfähig, zum Teil zusätzlich zentralbankfähig bzw. repofähig. 96,4 % aller Aktiva weisen per 31. Dezember 2016 ein internes Rating von BBB – (Investment Grade) oder besser auf. Für alle Kundengruppen bestehen adäquate Risikoklassifizierungssysteme (Ratings). Das Portfoliomanagement fokussiert sich aufgrund der Struktur der bestehenden Geschäfte auf eine regional diversifizierende und bonitätsklassenbezogene Steuerung. Insbesondere ausländische Forderungen aus Darlehen und Wertpapieren unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung auf bestehende Chancen und Risiken und sich daraus ergebende strategische Handlungsalternativen.



Das Forderungsvolumen (unter Berücksichtigung von Kreditrisikominderungstechniken) der Bank je Forderungsklasse, und zwar getrennt nach externem und internem Rating auf

Basis der CoRep-Melddaten per 31. Dezember 2016, ist in den Tabellen > 17 und > 18 dargestellt.

#### 17 Gesamtexposure nach externem Rating

Forderungsklasse	Externes Rating	Risikoposition		Durchschnittliches Risikogewicht
		31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	in %
Zentralstaaten oder Zentralbanken	AAA bis AA-	14.331,4	15.528,4	0,0
	A+ bis A-	245,2	232,1	20,0
	BBB+ bis BBB-	-	-	-
	BB+ bis BB-	326,9	-	0,0
	B+ bis B-	-	-	-
	kein Rating	-	-	-
Regionale oder lokale Gebietskörperschaften	AAA bis AA-	-	-	-
	A+ bis A-	-	-	-
	BBB+ bis BBB-	61,8	64,9	20,0
	BB+ bis BB-	-	-	-
	B+ bis B-	-	-	-
	kein Rating	-	-	-
Öffentliche Stellen	AAA bis AA-	343,5	448,5	20,0
	A+ bis A-	-	-	-
	BBB+ bis BBB-	-	-	-
	BB+ bis BB-	-	-	-
	B+ bis B-	-	-	-
	kein Rating	108,5	117,8	100,0
Multilaterale Entwicklungsbanken	AAA bis AA-	267,0	265,2	0,0
	A+ bis A-	-	-	-
	BBB+ bis BBB-	-	-	-
	BB+ bis BB-	-	-	-
	B+ bis B-	-	-	-
	kein Rating	-	-	-
Institute	AAA bis AA-	24,5	-	0,3
	A+ bis A-	40,4	17,1	50,0
	BBB+ bis BBB-	-	-	-
	BB+ bis BB-	-	-	-
	B+ bis B-	-	-	-
	kein Rating	119,9	96,2	2,0
Unternehmen	AAA bis AA-	14,1	3,5	20,0
	A+ bis A-	-	-	-
	BBB+ bis BBB-	-	-	-
	BB+ bis BB-	-	-	-
	B+ bis B-	-	-	-
	kein Rating	157,1	182,8	100,0
Ausgefallene Positionen	CCC+ und darunter	0,0	220,2	100,0
	kein Rating	-	-	-
Sonstige Posten	AAA bis AA-	85,4	90,1	0,0
	A+ bis A-	92,8	92,8	0,0
	BBB+ bis BBB-	-	-	-
	BB+ bis BB-	25,1	25,1	0,0
	B+ bis B-	-	-	-
	kein Rating	219,8	578,8	100,0
<b>Gesamt</b>		<b>16.463,2</b>	<b>17.963,4</b>	-



**18** Gesamtexposure nach internem Rating

Forderungsklasse	Internes Rating	Risikoposition		Durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit	Durchschnittliche Verlustquote bei Ausfall	Durchschnittliches Risikogewicht	Durchschnittlicher erwarteter Verlust
		31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro				
Zentralstaaten und Zentralbanken	AAA bis AA-	1.487,5	1.652,5	-	5,1	-	-
	A+ bis A-	109,8	638,7	0,1	20,0	16,8	0,0
	BBB+ bis BBB-	3.505,1	3.168,9	0,2	26,8	42,4	0,1
	BB+ bis BB-	-	421,4	-	-	-	-
	B+ bis B-	-	-	-	-	-	-
Institute	AAA bis AA-	231,3	377,3	0,0	3,0	1,8	0,0
	A+ bis A-	626,6	773,5	0,1	14,3	13,9	0,0
	BBB+ bis BBB-	807,1	683,6	0,3	15,6	31,3	0,0
	BB+ bis BB-	238,1	413,7	1,4	6,1	20,3	0,1
	B+ bis B-	25,9	67,0	4,6	0,5	1,6	0,0
Unternehmen	AAA bis AA-	-	-	-	-	-	-
	A+ bis A-	-	7,5	-	-	-	-
	BBB+ bis BBB-	36,7	32,9	0,4	27,9	45,4	0,1
	BB+ bis BB-	-	-	-	-	-	-
	B+ bis B-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen	AAA bis AA-	2,5	0,1	-	5,0	-	-
	A+ bis A-	50,3	57,5	0,1	30,3	20,1	-
	BBB+ bis BBB-	4,1	0,3	0,2	33,3	27,6	-
	BB+ bis BB-	-	-	-	-	-	-
	B+ bis B-	-	-	-	-	-	-
<b>Gesamt</b>		<b>7.125,1</b>	<b>8.295,0</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>

Neben dem Internal-Rating-Based-Ansatz (IRB-Ansatz) gemäß den Artikeln 142 ff. CRR verwendet die Bank zur Ermittlung des Gesamtanrechnungsbetrags für Adressenausfallrisiken auch den Kreditrisiko-Standardansatz gemäß den Artikeln 111 ff. CRR. Die Ermittlung von Positionswerten nach dem IRB-Ansatz erfolgt für Kredite an Zentralregierungen und Zentralbanken, Institute und Unternehmen. Sofern die Bank für Kreditnehmer keine eigenständigen Ratingsysteme implementiert hat, für die die Nutzungsvoraussetzungen für den IRB-Ansatz erfüllt sind, wird für diese Adressenausfallrisikopositionen in Übereinstimmung mit der CRR der Kreditrisiko-Standardansatz verwendet. Dabei handelt es sich insbesondere um Kredite an inländische und ausländische kommunale sowie kommunalnahe Unternehmen. Deutsche Bundesländer und deren Gemeinden werden dauerhaft von der Anwendung des IRB-Ansatzes unter Anwendung des Artikels 150 CRR ausgenommen.

Als Unternehmen der Dexia-Gruppe verwendet die Bank die einheitlichen Ratingverfahren der Dexia-Gruppe. Dies beinhaltet auch die regelmäßige Validierung der eingesetzten Verfahren und Modelle. Weitergehende Informationen hinsichtlich der eingesetzten Ratingmodelle, der Modellannahmen und Verfahrensprämissen können dem jährlichen Risikobericht der Dexia-Gruppe entnommen werden.

Die auf Basis der internen Risikoklassifizierungsverfahren ermittelten Ratings und damit in Zusammenhang stehenden

Ausfallwahrscheinlichkeiten (PDs) und Verlustraten im Falle einer Leistungsstörung (LGDs) bilden einen integralen Bestandteil der Genehmigungs-, Überwachungs- und Steuerungsprozesse der Bank.

Die Quantifizierung der Adressenausfallrisiken im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung erfolgt anhand eines Kreditausfallmodells (CVaR, Gordy-Modell). Die Ergebnisse werden einer detaillierten Plausibilitäts- und Entwicklungsanalyse unterzogen.

#### Kreditexposure gegenüber öffentlichen Stellen und Finanzinstituten

Das nominale Kreditexposure bzw. die Kreditrisikoäquivalenzbeträge der Dexia Kommunalbank Deutschland gegenüber Kreditnehmern gegliedert nach Ländern ist in der Tabelle [19](#) dargestellt.

Wesentliche Risiken im Zusammenhang mit der Entscheidung Großbritanniens, die EU zu verlassen (Brexit), bestehen für die Bank nicht. Im Bestand der Dexia Kommunalbank Deutschland befanden sich zum Jahresende Forderungen gegenüber in Großbritannien ansässigen Banken oder Tochtergesellschaften in Höhe von 129,0 Millionen Euro bzw. Niederlassungen internationaler Finanzinstitute in Höhe von 42,6 Millionen Euro. Daneben hält die Bank auf britische Pfund lautende Anleihen europäischer Staaten über



**19 Kredit-Exposure gegenüber öffentlichen Stellen und Finanzinstituten per 31.12.2016\***

Land	Staat	Unterstaatliche Stellen	Sonstige	Gesamt	In der Deckungsmasse für Öffentliche Pfandbriefe (nominal)	Darlehen	Wertpapiere	Durchschnittliche gew. Restlaufzeit
	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Jahren
Belgien	–	1.304,7	213,6	<b>1.518,4</b>	1.196,3	1.438,3	45,0	8,8
Deutschland	128,4	13.397,4	816,4	<b>14.342,3</b>	12.967,5	12.273,7	1.821,2	10,8
Frankreich	–	14,4	159,7	<b>174,0</b>	12,0	–	48,7	6,0
Großbritannien	–	–	129,0	<b>129,0</b>	–	–	84,8	4,3
Italien	3.133,5	301,0	126,3	<b>3.560,7</b>	2.452,3	–	3.488,4	12,1
Japan	–	245,2	–	<b>245,2</b>	232,7	–	245,2	20,3
Österreich	69,5	1.016,0	–	<b>1.085,5</b>	1.047,4	1.032,8	52,7	6,1
Polen	109,8	–	–	<b>109,8</b>	–	–	109,8	3,3
Portugal	463,1	50,0	313,5	<b>826,6</b>	522,5	225,3	601,4	9,4
Spanien	18,8	–	430,7	<b>449,5</b>	78,8	–	449,4	6,7
USA	–	373,8	42,6	<b>416,4</b>	226,5	–	373,8	11,8
Supranational	–	–	267,1	<b>267,1</b>	191,2	–	267,1	7,6
Sonstige	90,5	101,2	67,5	<b>259,2</b>	183,3	101,2	157,4	2,1
<b>Gesamt</b>	<b>4.013,5</b>	<b>16.803,7</b>	<b>2.566,6</b>	<b>23.383,7</b>	<b>19.110,5</b>	<b>15.071,2</b>	<b>7.744,9</b>	

\* Repo- und Derivattransaktionen sind mit ihrem Kreditäquivalenzbetrag berücksichtigt; Darlehen und Wertpapiere mit ihrem Buchwert; Ausnahme Deckungsstock.

80,0 Millionen britische Pfund, deren Wechselkursrisiko vollständig durch Fremdwährungsswaps abgesichert ist.

**Risikoversorge**

Im Rahmen der regelmäßigen (mindestens quartalsweise) sowie anlassbezogenen Kreditüberwachung wird der Forderungsbestand auf die Werthaltigkeit der bestehenden Rückzahlungs- bzw. Zinsansprüche überprüft. Eine anlassbezogene Überprüfung erfolgt bei Kenntnisnahme negativer Informationen (Frühwarnindikatoren) über den Kreditnehmer, die beispielsweise zur Aufnahme des Kreditnehmers auf die Überwachungsliste der Bank führen. Objektive Hinweise, die darüber hinaus zur Notwendigkeit einer Wertberichtigung führen können, sind der bonitätsbedingte Ausfall oder Verzug bei Zins- oder Tilgungszahlungen von mehr als 90 Tagen.

**MARKTPREISRISIKEN**

Das Marktpreisrisiko umfasst folgende wesentliche Unterkategorien:

- › Zinsänderungsrisiken (inklusive Basisrisiken),
- › Credit-Spread-Risiken und
- › Fremdwährungsrisiken.

Das Zinsänderungsrisiko bezeichnet das Verlustpotenzial bei zinsabhängigen Positionen, die durch eine Veränderung des Zinsniveaus oder der Zinsstruktur für den Portfoliowert der Bank entstehen.

Die Absicherung von Zinsänderungsrisiken erfolgt grundsätzlich durch den Abschluss von Zinsswaps. Limite begrenzen das verbleibende Zinsänderungsrisiko. Die Steuerung und Überwachung des Zinsänderungsrisikos erfolgt auf Portfolio- und auf Gesamtbankebene.

Als zentrale Steuerungsgrößen der Zinsänderungsrisiken stehen dem Management zwei auf Basis der Marktwertmethode ermittelte risikorelevante Kennziffern zur Verfügung: der Basis Point Value (BPV bzw. PV01) sowie der Value at Risk (VaR). Der BPV beschreibt die potenzielle Barwertveränderung des Gesamtportfolios bei einer parallelen Änderung der Zinssätze aller Fristigkeiten um 100 Basispunkte bzw. der PV01 bei einem Anstieg von 1 Basispunkt pro definiertem Laufzeitband.

Beim Value at Risk (VaR) wird der maximal erwartete Verlust innerhalb eines festgelegten Haltezeitraums bei einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit berechnet. Die Bank ermittelt täglich den VaR auf der Basis eines Konfidenzniveaus von 99,0 % und einer Haltedauer von zehn Tagen. Die Bank hat unterschiedliche Subportfolios angelegt, und zwar das langfristige Teilportfolio Balance Sheet Management (BSM) und das kurzfristige Teilportfolio Cash & Liquidity Management (CLM).

Für kurzfristige als auch langfristige Zinsänderungsrisiken bestehen verschiedene Limitierungen in Bezug auf +/- 100 BPV sowie VaR. Darüber hinaus sind die für das BSM festgelegten Laufzeitbereiche des Zinsänderungsrisikos (PV01) limitiert. Die Zinssensitivitäten der Credit Spreads werden täglich gemessen. Eine separate Limitierung erfolgt nicht.

Die Limite stellen sich zum 31. Dezember 2016 wie folgt dar:

› [20](#)

#### [20](#) Limite zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken

in Mio. Euro	Value at Risk (99 %, 10 Tage)	+/- 100 bp
Cash & Liquidity Management	1,5	15,0
Local Balance Sheet Management	–	5,0
<b>Gesamt</b>	<b>2,5</b>	<b>–</b>

Auf der Grundlage der genannten Annahmen ergaben sich folgende Werte: › [21](#) und › [22](#)

#### [21](#) Limitauslastung für Cash & Liquidity Management

in Mio. Euro	Value at Risk (99 %, 10 Tage)	+ 100 bp	– 100 bp
Durchschnitt	0,3	6,2	–6,2
Minimum	0,1	–1,0	–12,7
Maximum	1,1	12,7	1,0
Letzter Handelstag	0,2	5,6	–5,6

#### [22](#) Limitauslastung für Local Balance Sheet Management

in Mio. Euro	Value at Risk (99 %, 10 Tage)	+ 100 bp	– 100 bp
Durchschnitt	0,3	–2,2	2,3
Minimum	0,1	–4,4	–0,2
Maximum	1,0	0,2	4,7
Letzter Handelstag	0,3	–2,6	2,8

Die für die Steuerung von Zinsänderungsrisiken verantwortliche Abteilung Treasury wird täglich über die Entwicklung des Zinsänderungsrisikos und die Limitauslastung informiert. Dem in monatlichen Sitzungen tagenden Asset-Liability-Management-Komitee der Bank obliegt die strategische Zinsrisikosteuerung.

Credit Spreads drücken den Renditeaufschlag für ausfallrisikobehaftete Anleihen aus. Die Bewertungseffekte aus Veränderungen der Credit Spreads werden in der Bank regelmäßig gemessen. Auf Portfolioebene werden Credit-Spread-Risiken nicht limitiert. Eine Begrenzung des Credit-Spread-Risikos findet im Risikotragfähigkeitssystem statt.

Die Bank hält einen hohen Bestand an europäischen Staatsanleihen, die in den vergangenen Jahren zum Teil erhöhten Spreadrisiken unterlagen. Im Berichtsjahr weiteten sich die Risikoprämien insbesondere für Forderungen gegen staatliche Stellen der Euro-Peripheriestaaten Italien, Portugal und

Spanien leicht aus. Eine Ausweitung der Risikoaufschläge dieser Anleihen wirkt sich tendenziell negativ auf die Risikolage der Bank aus.

Das Fremdwährungsrisiko ergibt sich aus negativen Wertänderungen infolge von Wechselkursschwankungen von Fremdwährungen. Die Bank sichert Fremdwährungsrisiken grundsätzlich mithilfe von Cross Currency Swaps ab. Am 31. Dezember 2016 bestanden keine nicht abgesicherten Fremdwährungspositionen. Bestehende Basisrisiken (currency basis spread risks) werden regelmäßig überwacht, sind aber nicht limitiert.

#### LIQUIDITÄTSRISIKEN

Die Liquiditätsrisiken lassen sich in folgende Unterkategorien unterteilen:

- › Liquiditätsrisiko (im engeren Sinne),
- › Refinanzierungsrisiko und
- › Marktliquiditätsrisiko.

Als Liquiditätsrisiko wird die Gefahr bezeichnet, dass die Bank ihren gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht oder nicht vollständig nachkommen kann.

Als wichtiges Instrument der Liquiditätssteuerung wird täglich eine Liquiditätsvorausschau erstellt, die einen Überblick über die Liquiditätsbewegungen gibt. Darüber hinaus ermittelt das Risikocontrolling die kurzfristigen Liquiditätsrisiken, indem die definierte Liquiditätsreserve dem kumulierten Liquiditätsbedarf des folgenden Monats gegenübergestellt wird (Liquiditätsposition). Diese Liquiditätsposition wird täglich auch unter verschiedenen Stressszenarien (institutseigener Stress, marktweiter Stress, kombinierter Stress) gemäß MaRisk BTR 3.2 bestimmt. Die Berechnungen erstrecken sich auf die Zeiträume Spot/next (für den übernächsten Werktag), eine Woche und einen Monat.

Neben der absoluten Liquiditätsposition zeigt die Tabelle › [23](#) das Verhältnis zwischen der Reserve und der Liquiditätslücke in den verschiedenen Liquiditätsszenarien auf.

Als Liquiditätsreserve werden innerhalb der ersten Woche nicht genutzte Eurex-Repo-fähige und EZB-fähige Wertpapiere, die als hochliquide Anlagen klassifiziert sind, angesetzt. Jenseits des Wochenzeitraums werden freie Eurex-Repo-fähige oder EZB-fähige Wertpapiere in die Reserve eingerechnet. Weiterhin berücksichtigt die Bank bei der Ermittlung der Gesamtreserve zur Deckung etwaig auftretender Liquiditätslücken unterschiedliche Haircuts (EZB- und Stress-Haircuts) und Annahmen zur Pfandbriefüberdeckung.

Die geringste Liquiditätsposition (Reserve plus Liquiditätslücke) für die Zeiträume Spot/next, eine Woche und einen Monat wird täglich berichtet.



**23 Liquiditätsszenarien gemäß MaRisk BTR 3.2 per 31.12.2016**

	Horizont	Datum	Reserve	Liquiditätslücke	Liquiditätsposition	Reserve / Liquiditätslücke
			in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in %
<b>Normalszenario</b>	Spot/next	03.01.2017	2.812,8	-314,0	2.498,8	895,7
	1 Woche	07.01.2017	2.812,5	-495,5	2.317,0	567,6
	1 Monat	31.01.2017	3.902,2	-2.108,9	1.793,4	185,0
<b>Institutseigenes Stressszenario</b>	Spot/next	03.01.2017	3.773,6	-983,2	2.790,4	383,8
	1 Woche	07.01.2017	3.773,2	-1.138,8	2.634,4	331,3
	1 Monat	31.01.2017	4.864,6	-2.907,6	1.957,0	167,3
<b>Marktweites Stressszenario</b>	Spot/next	03.01.2017	3.126,2	-407,3	2.718,9	767,5
	1 Woche	07.01.2017	3.125,8	-722,2	2.403,6	432,8
	1 Monat	31.01.2017	4.172,3	-2.593,1	1.579,2	160,9
<b>Kombiniertes Stressszenario</b>	Spot/next	03.01.2017	4.046,1	-1.076,5	2.969,7	375,9
	1 Woche	07.01.2017	4.045,8	-1.365,5	2.680,3	296,3
	1 Monat	31.01.2017	4.997,2	-3.391,9	1.605,3	147,3

Für die Ermittlung der Liquiditätslücke werden Ablauffiktionen (Verweildauern) von unbesicherten Einlagen kommunaler Kunden und anderer Anleger in den Szenarien unterstellt. Weiterhin werden anteilige Inanspruchnahmen der von der Dexia Kommunalbank Deutschland gegebenen Garantien und Liquiditätslinien sowie Liquiditätsabflüsse aus der erhöhten Zahlung von Barsicherheiten simuliert.

Die Messung des langfristigen Liquiditätsrisikos erfolgt monatlich durch die Gegenüberstellung von Liquiditätsbedarf bzw. Liquiditätsüberschuss (Gap) und Liquiditätsreserven der unterschiedlichen Laufzeitbänder in einem Zeitraum von fünf Werktagen nach dem jeweiligen Monatsultimo bis zu 50 Jahren. Weiterhin wird monatlich eine kurzfristige (90 Tage) sowie eine langfristige (zehn Jahre) Liquiditätsvorausschau erstellt. Zusätzlich hat die Bank Szenarien für Prognosezeiträume bis zwölf Monate implementiert, die sich an den für die Liquiditätsmessung bis zu einem Monat genutzten Szenarien orientieren.

Das Refinanzierungsrisiko beschreibt das Risiko, benötigte liquide Mittel nur zu erhöhten Refinanzierungskosten beschaffen zu können.

Das Risiko erhöhter Belastungen der zukünftigen Ertragslage aufgrund struktureller Liquiditätsinkongruenzen (Liquidity Gaps) erfasst die Bank durch regelmäßige Analysen der Laufzeitinkongruenzen zwischen Aktiv- und Passivpositionen sowohl auf Ebene der Gesamtbank als auch auf Ebene der Deckungsmasse. Die auf diesen Analysen beruhenden Simulationen machen deutlich, welche Effekte auf die zukünftige Ertragslage zu erwarten sind, falls sich die Refinanzierungskosten erhöhen. Eine Limitierung der Laufzeitinkongruenz des Gesamtportfolios besteht nicht. Eine Messung der Laufzeitinkongruenzen und eine Analyse zur Ableitung gegebenenfalls zu ergreifender Maßnahmen erfolgt monatlich im Rahmen des Asset-Liability-Management-Komitees.

Ferner wird das Refinanzierungsrisiko im Risikotragfähigkeitskonzept durch ein Limit begrenzt. Zur Entwicklung der Refinanzierungsstruktur siehe auch Abschnitt Finanz- und Liquiditätslage.

Die Liquiditätssituation der Bank präsentierte sich bei einem anhaltend hohen Bestand an deckungsfähigen und zentralbankfähigen Forderungen guter Bonität in Verbindung mit einem aktiven Einlagengeschäft weiterhin auskömmlich. Hierdurch besteht weiterhin die Möglichkeit, sich ergebende Chancen für einen ausgewogenen Refinanzierungsmix und vorteilhafter Refinanzierungsbedingungen zu nutzen.

Marktliquiditätsrisiken bezeichnen das Risiko, Geschäfte aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder bei Marktstörungen nicht oder nur mit Verlusten glattstellen zu können.

Der Going-Concern-/Held-to-Maturity-Ansatz der Dexia Kommunalbank Deutschland unterstellt, dass – sofern keine dauerhafte Wertminderung erkennbar ist – Positionen bis zur Endfälligkeit gehalten und somit Marktliquiditätsrisiken nicht bewertungsrelevant werden. Alle Wertpapiere der Bank sind daher im Anlagebuch gebucht. Das Handelsbuch weist keine Bestände auf.

Die Dexia Kommunalbank Deutschland betrachtet Marktliquiditätsrisiken als nicht wesentlich. Jedoch erfolgt die Einbeziehung der täglichen Überwachung der Liquidierbarkeit und Refinanzierungsfähigkeit der Vermögenswerte (im Besonderen der gehaltenen Wertpapiere) im Zuge des Liquiditätsrisikomanagements und werden in entsprechenden Stressszenarien gewürdigt.

## OPERATIONELLE RISIKEN

Die Bank definiert das operationelle Risiko als das Risiko von direkten oder indirekten Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, von Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten und finanzielle oder nicht finanzielle Auswirkungen haben. Diese Definition beinhaltet insbesondere Rechtsrisiken, Personalrisiken, Systemrisiken der IT, aber auch Reputationsrisiken und Risiken im Zusammenhang mit Auslagerungen und Projekten.

Oberstes Ziel des Managements operationeller Risiken ist es, Verluste, die aus operationellen Schadensfällen resultieren können, zu minimieren, bestandsgefährdende Risiken zu vermeiden sowie wesentliche operationelle Risiken im Rahmen des mindestens jährlich durchzuführenden Risk Control and Self Assessments (RCSA) zu identifizieren und zu überwachen. Hierzu gehören ebenso die kontinuierliche Verbesserung bestehender Verfahren und Überprüfung möglicher Maßnahmen zur Komplexitätsreduktion bzw. Automatisierung bestehender Prozesse und Kontrollen.

Als melderelevante Vorfälle gelten operationelle Ereignisse, die einen unerwarteten Verlust oder einen Gewinn von mehr als 1.000 Euro verursacht haben. Fälle mit erheblichen nicht finanziellen Auswirkungen werden ebenfalls berücksichtigt und mittels einer Ratingskala klassifiziert.

Zur Erfassung, Bewertung, Überwachung und Historisierung von operationellen Risiken nutzt die Bank eine konzernweit eingesetzte IT-Anwendung. Im Falle von eingetretenen Schäden sind die beteiligten Stellen aufgefordert, die betroffenen Geschäftsprozesse zu analysieren, den Schaden zu beziffern und Vorschläge zu deren künftigen Vermeidung zu erarbeiten. Im Rahmen eines Eskalationsprozesses werden der Gesamtvorstand sowie die Innenrevision unverzüglich über eingetretene Schadensfälle informiert.

In dem vierteljährlich tagenden Operational Risk & Information Security Committee werden die aufgetretenen Schadensfälle und Risiken mit dem Vorstand, Vertretern der IT, der IT- und Informationssicherheitsbeauftragten, dem Compliance-Officer und der Innenrevision der Bank erörtert. Die gemeldeten Schadensfälle werden durch das Operational Risk Management (Risikocontrolling) erfasst. Im Jahr 2016 wurden insgesamt acht Fälle gemeldet.

Im jährlich durchgeführten RCSA werden mittels Risikoinventuren die operationellen Risiken in den verschiedenen Prozessen identifiziert und analysiert sowie die Kontrollen zur Begrenzung der Risiken überprüft. Mögliche Maßnahmen zur Reduzierung des Risikos werden diskutiert und, sofern sinnvoll, Maßnahmenpläne vereinbart, deren Umsetzung vom Operational Risk Management überwacht wird. Die

Ergebnisse der einzelnen RCSAs werden nach Abschluss des RCSA-Prozesses dem Vorstand präsentiert.

Bei der Durchführung von Projekten setzt die Bank ein geeignetes Projektrisikomanagement ein, um mögliche Ereignisse oder Situationen mit negativen Auswirkungen (Schäden) auf das Projektergebnis insgesamt oder auf einzelne Planungsgrößen, wie Leistungsumfang, Kosten und Zeit, zu identifizieren und durch das Einleiten von geeigneten Maßnahmen abzuwehren oder zumindest zu minimieren. Die Überwachung der gesamten Projektrisiken erfolgt in der Bank durch das monatlich tagende Project Management Office Committee.

Weiterhin hat die Bank Prozesse eingerichtet, mit denen sie die Auslagerungsaktivitäten gemäß § 25b KWG bzw. Änderungen in Bezug auf neue Prozesse, neue Produkte oder Märkte steuert und überwacht. Es wurden keine materiellen Risiken identifiziert.

Im Bereich der IT-Infrastruktur und der Ablauforganisation sind zur Risikobegrenzung und Risikovermeidung Notfallpläne und Maßnahmenkataloge vorhanden. Darüber hinaus verfügt die Bank im Rahmen der Vorsorgeplanung zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs in Krisensituationen über ein Notfallrechenzentrum.

In Bezug auf bestehende Rechtsrisiken der Bank ist darauf hinzuweisen, dass in vier Fällen Gerichtsverfahren rechtshängig sind, welche von der Dexia Kommunalbank Deutschland in den Jahren 2006 und 2007 gewährte variabel verzinsten Darlehen betreffen, deren Verzinsung an die Wechselkursentwicklung des Schweizer Franken zum Euro gekoppelt ist. Es handelt sich hierbei um ein Darlehensvolumen mit einem Restkapitalstand von 9,4 Millionen Euro per 31. Dezember 2016. Dieses Volumen verteilt sich auf wenige Darlehensnehmer. Die Dexia Kommunalbank Deutschland ist den Ansprüchen entgegengetreten, die in diesen Verfahren gegen sie erhoben werden. Drei der vier Fälle wurden zwischenzeitlich erstinstanzlich vollumfänglich und der vierte Fall nur zum Teil zugunsten der Dexia Kommunalbank Deutschland entschieden. Aktuell befinden sich zwei der vier Rechtsstreitigkeiten im Berufungsverfahren. In den anderen beiden Fällen ist das Berufungsverfahren bereits abgeschlossen; ein Fall wurde vom Berufungsgericht zugunsten und der andere zulasten der Bank entschieden. Gegen beide Berufungsentscheidungen wird momentan das Revisionsverfahren angestrengt. In zwei weiteren Fällen sind Klagen von Genussscheingläubigern gegen die Dexia Kommunalbank Deutschland mit Streitwerten, die sich insgesamt im niedrigen einstelligen Millionenbereich bewegen, anhängig. Bei den beiden Klägern handelt es sich zum einen um eine Beteiligungsgesellschaft und zum anderen um deren Gesellschafter-Geschäftsführer. Bezüglich der Klage mit dem weit aus größeren Streitwert wurde in einem ersten, noch nicht rechtskräftigen Urteil im März 2017 hinsichtlich des weit



überwiegenden Streitgegenstands zugunsten der Dexia Kommunalbank Deutschland entschieden. Lediglich hinsichtlich einer geringen Teilforderung war die Sache noch nicht entscheidungsreif und wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden. Die Bank ist unter Berücksichtigung der in vergleichbaren Fällen bereits ergangenen Rechtsprechung zuversichtlich, dass die Klagen vollumfänglich und endgültig abgewiesen werden.

## ZUSAMMENFASSEND DER RISIKOSITUATION

Mit der Umsetzung des überarbeiteten Plans zur Restrukturierung der Dexia-Gruppe vom 28. Dezember 2012 wurde für die Gruppe – und damit auch für die Dexia Kommunalbank Deutschland – ein nachhaltig stabiler Rahmen für die weitere Geschäftstätigkeit geschaffen.

Eine erhebliche Verbesserung der Risikosituation der Bank folgte im Berichtsjahr aus der Einigung in Bezug auf die Rückzahlung der Gesamtforderung der Bank gegen die Heta Asset Resolution AG (siehe auch Abschnitt Geschäftsverlauf – Forderungen gegen die Heta Asset Resolution AG).

Dagegen haben sich die Credit Spreads bei Forderungen gegen staatliche Stellen der Euro-Peripheriestaaten Italien, Portugal und Spanien leicht erhöht, was sich tendenziell negativ auf die Risikolage der Bank auswirkte. Das gesamte nominale Kreditexposure gegenüber diesen Staaten hat sich im Berichtszeitraum von 5.036 Millionen Euro auf 4.837 Millionen Euro reduziert.

Neben der natürlichen Amortisation des Darlehens- und Wertpapierportfolios führte der Verkauf verschiedener Bank- und Länderanleihen zu einem Abbau von Risikoaktiva. Insgesamt hält die Bank einen auf 3,6 % des Kreditportfolios verringerten Bestand an Aktiva, denen ein Non-Investment-grade-Rating zugewiesen wird (Vorjahr: 5,1 %).

Die Auslastung der Risikotragfähigkeit im Going-Concern-Ansatz hat sich auf 71,5 % (Vorjahr: 82,8 %) reduziert. Dies ist im Wesentlichen auf den Rückgang des Marktpreisrisikos zurückzuführen. Die Höhe der weiteren Risiken hat sich im Berichtsjahr nur unwesentlich geändert. Das bereitgestellte Risikodeckungspotenzial reduzierte sich leicht um 24,9 Millionen Euro vor allem infolge der steigenden Mindestkapitalanforderungen und des abgeschmolzenen Ergänzungskapitals.

Die Liquiditätssituation der Bank präsentierte sich bei einem anhaltend hohen Bestand an deckungsfähigen und zentralbankfähigen Forderungen guter Bonität in Verbindung mit einem aktiven Einlagengeschäft weiterhin auskömmlich.

Die Eigenmittel der Bank erhöhten sich auf 680,9 Millionen Euro (Vorjahr: 637,0 Millionen Euro). Dies ist im Wesentlichen auf den von der Bank aufgelösten Teil der Wertberichtigung auf ihre Gesamtforderung gegen die Heta Asset Resolution AG zurückzuführen. Die CET1-Quote stieg auf 22,2 % (Vorjahr: 17,3 %), die Gesamtkapitalquote auf 23,2 % (Vorjahr: 18,7 %). Beide Kapitalquoten liegen deutlich über den regulatorischen Anforderungen.

Mit Feststellung des Jahresabschlusses durch Vorstand und Aufsichtsrat wird sich durch die Inanspruchnahme des Genussrechtskapitals ein reduzierter Bilanzverlust ergeben. Unter Berücksichtigung dieser Effekte wird sich das CET1 per 31. Dezember 2016 auf 662,7 Millionen Euro (Vorjahr: 657,5 Millionen Euro) erhöhen. Die gemäß CRR berechnete CET1-Quote wird dann 22,5 % erreichen, die Gesamtkapitalquote einen Stand von 23,5 %.

Es haben sich nach dem Bilanzstichtag keine Entwicklungen ergeben, die zu einer geänderten Darstellung der Risikosituation Anlass geben würden.

## AUFSICHTSRECHTLICHE NEUERUNGEN

Am 12. Januar 2016 ist die EU-Verordnung zur Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften und der Weiterverwendung von als Sicherheit erhaltenen Wertpapieren (SFTR) in Kraft getreten. In 2016 waren für die Bank hieraus zunächst nur Informationspflichten umzusetzen.

Mit Veröffentlichung des technischen Durchführungsstandards zu den Liquiditätsmeldungen gemäß Artikel 415 der CRR wurde die Additional Liquidity Monitoring Metrics (ALMM)-Meldung begründet. Sie verlangt zusätzliche Parameter für die Liquiditätsüberwachung und wird seit April 2016 monatlich gemeldet.

Erstmals per 30. Juni 2016 waren für die Bank aufsichtsrechtliche Finanzinformationen (Fin-Rep) quartalsweise nach dem Simplified-Ansatz zu melden. Die FinRep-Meldung fordert granulare Angaben zur Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, zu außerbilanziellen Geschäften, erhaltenen Sicherheiten, Wertberichtigungen und zur Risikovorsorge.

Seit dem 3. Juli 2016 gilt in Deutschland (und Europa) ein neues Marktmissbrauchsrecht. Das Erste Gesetz zur Novellierung von Finanzmarktvorschriften aufgrund europäischer Rechtsakte (1. FiMaNoG) sowie die Marktmissbrauchsverordnung (MAR, (EU) Nr. 596/2014) bilden seit diesem Zeitpunkt den Rechtsrahmen für Insidergeschäfte, die unrechtmäßige Offenlegung von Insiderinformationen, Marktmanipulation und Marktmissbrauch. Die EU hat diesen Rechtsrahmen als Reaktion auf die Finanzkrise im Bereich des Kapitalmarktrechts vorgegeben, um die Stabilität der Märkte und den Schutz der Anleger zu verbessern. Die Bank hat ihre internen Regelungen und Prozessabläufe an die Anforderungen des neuen Marktmissbrauchsrechts angepasst.

Der Common Reporting Standard (CRS) schreibt Finanzinstituten vor, Konten zu melden, die direkt oder indirekt von Kontoinhabern gehalten werden, die in einem CRS-Staat steueransässig sind. Die Bank hat alle notwendigen Maßnahmen getroffen, um die Meldungen ab 2017 durchführen zu können.

Die Delegierte Verordnung zur Besicherung nicht geclearter OTC-Derivate (EMIR-Besicherungs-RTS) ist am 15. Dezember 2016 veröffentlicht worden. Ab dem 1. März 2017 gelten damit für neu abgeschlossene, nicht clearingpflichtige OTC-Derivate neue Besicherungspflichten.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat am 19. Februar 2016 das Konsultationspapier (02/2016) zur fünften Novelle der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) veröffentlicht. Mit einer finalen Veröffentlichung wird im 1. Quartal 2017 gerechnet. Die Bank wird nach Veröffentlichung mittels einer Gap-Analyse konkrete Maßnahmen ableiten und umsetzen.

Vor allem vor dem Hintergrund der am 21. Dezember 2015 von der European Banking Authority (EBA) veröffentlichten Leitlinien für eine solide Vergütungspolitik (EBA-Guidelines) werden die Vorgaben an die Vergütungssysteme weiterentwickelt. Der überarbeitete Entwurf der InstitutsVergV vom 19. Januar 2017 berücksichtigt das Feedback der Praxis aus dem Konsultationsverfahren. Die InstitutsVergV soll zum 1. März 2017 in Kraft treten.

## INTERNES KONTROLLSYSTEM UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM

### Informationsmanagement

Sämtliche risikobezogenen Informationen werden zentral im Risikomanagement erfasst, im Rahmen des Berichtswesens systematisch verarbeitet und den Entscheidungsträgern täglich – bei Bedarf auch untertäglich – zur Verfügung gestellt. Die zuständigen Mitarbeiter haben durch das DV-System ebenfalls Zugang zu den Analyseergebnissen. Ein funktionsfähiger, ziel- und empfängergerechter Informationsfluss sorgt bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Dexia Kommunalbank Deutschland für ein hohes Maß an Risikobewusstsein.

### Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

Ziel des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems ist es, die Einhaltung der Rechnungslegungsstandards und -vorschriften sicherzustellen und die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung einschließlich korrekter Abschlussinformationen zu gewährleisten.

Die Abteilung Rechnungswesen ist verantwortlich für das Hauptbuch und die regelmäßige Überwachung und Anpassung der Rechnungslegung an gesetzliche sowie regulatorische Änderungen. Für die Bestandsführung der Bankgeschäfte in den Nebenbüchern und die technische Abwicklung ist die Abteilung Backoffice zuständig. Die Bewertung von Finanzinstrumenten erfolgt durch die Abteilung Risikocontrolling, die Bewertung von Kreditrisiken obliegt der Kreditabteilung. Diese Informationen werden dem Abschlusserstellungsprozess folgend weiterverarbeitet. Die Verantwortlichkeiten sind im Organisationshandbuch geregelt. Es liegen Stellenbeschreibungen für sämtliche mit dem Rechnungslegungsprozess betraute Mitarbeiter vor. Sie sind der Marktfolge zugeordnet. Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar.

Das Kontrollsystem der Dexia Kommunalbank Deutschland besteht einerseits in Form von organisatorischen Regelungen und integrierten DV-gestützten Kontrollen. Darüber hinaus sind außerhalb der DV-gestützten Kontrollen weitere regelmäßige und einzelfallabhängige Kontrollen installiert.

Die Dexia Kommunalbank Deutschland setzt die Software SAP ERP bzw. SAP-kompatible Module als integrierte Gesamtbanklösung ein. Damit werden ein ununterbrochener Datenfluss gewährleistet und Übertragungen in andere DV-Anwendungen bzw. manuelle Eingriffe weitgehend





vermieden. Mittels eines anhand der Zuständigkeiten ausgerichteten Zugriffs- und Berechtigungskonzepts bestehen Kontrollen, um unbefugte Eingriffe in den Rechnungslegungsprozess zu verhindern. Weiterhin sind die Funktionen bei der Erfassung der Geschäfte der im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess beteiligten Bereiche klar voneinander getrennt. Die Geschäfte werden von den Marktteilungen im Nebenbuch erfasst und dann vom Backoffice im Wege des Vier-Augen-Prinzips geprüft und freigegeben (Deal Certainty Policy). Die weiteren Zwischen- und Endergebnisse der Verarbeitung der erfassten Daten werden mittels Abstimmungen mit Zeitreihenanalysen und Soll-Ist-Vergleichen analysiert, durch eine enge Abstimmung zwischen Risikocontrolling und Rechnungswesen auf Plausibilität geprüft und gegebenenfalls einzelfallbezogen betrachtet.

Die Abteilung Rechnungswesen ist in den Neue-Produkte-Prozess eingebunden. Dadurch wird sichergestellt, dass eine regelkonforme und ordnungsgemäße Rechnungslegung von neuen nicht routinemäßigen Geschäftsvorfällen erfolgt.

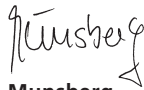
Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der Innenrevision mit wechselnden Prüfungsschwerpunkten überwacht.

Im Rahmen des Managementinformationssystems erfolgt eine zeitnahe Berichterstattung in Form von handelsrechtlichen Monatsabschlüssen an die Geschäftsleitung. Der Vorstand unterrichtet mindestens quartalsweise den Aufsichtsrat und seine Ausschüsse regelmäßig über die aktuelle Geschäftsentwicklung. Außerdem erfolgt eine zeitnahe Information bei besonderen Ereignissen.

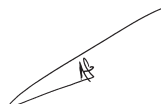
Berlin, den 13. März 2017

Dexia Kommunalbank Deutschland AG

Der Vorstand



**Munsberg**



**Fritsch**



# JAHRESABSCHLUSS 2016 DER DEXIA KOMMUNALBANK DEUTSCHLAND AG



## JAHRESBILANZ DER DEXIA KOMMUNALBANK DEUTSCHLAND AG ZUM 31. DEZEMBER 2016

### 24 Aktiva

	in Euro	in Euro	31.12.2016 in Euro	31.12.2015 in Tsd. Euro
<b>1. Barreserve</b>				
a) Kassenbestand		861,06		2
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		246.055.805,52		60.466
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	246.055.805,52			(60.466)
c) Guthaben bei Postgiroämtern		0,00	246.056.666,58	0
<b>2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind</b>				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00			0
b) Wechsel		0,00	0,00	0
<b>3. Forderungen an Kreditinstitute</b>				
a) Hypothekendarlehen		0,00		0
b) Kommunalkredite		351.955.410,15		533.144
c) andere Forderungen		5.824.463.037,88	6.176.418.448,03	5.694.492
darunter: täglich fällig	5.079.109.095,44			(4.594.931)
gegen Beleihung von Wertpapieren	0,00			(0)
<b>4. Forderungen an Kunden</b>				
a) Hypothekendarlehen		37.520.720,01		40.597
b) Kommunalkredite		14.158.961.286,57		15.197.067
c) andere Forderungen		187.692.421,51	14.384.174.428,09	232.057
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren	0,00			(0)
<b>5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00			(0)
ab) von anderen Emittenten	0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	0,00		(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	5.942.750.323,82			7.000.752
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	4.451.527.859,62			(4.947.053)
bb) von anderen Emittenten	1.802.002.224,07	7.744.752.547,89		2.340.672
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	976.411.183,79			(1.503.431)
c) eigene Schuldverschreibungen		5.450.563,07	7.750.203.110,96	11.574
Nennbetrag	5.419.000,00			(11.350)
<b>6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>			0,00	0
<b>6a. Handelsbestand</b>			0,00	0
<b>7. Beteiligungen</b>			0,00	0
darunter: an Kreditinstituten	0,00			(0)
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00			(0)
<b>8. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>			0,00	0
darunter: an Kreditinstituten	0,00			(0)
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00			(0)
<b>9. Treuhandvermögen</b>			0,00	0
darunter: Treuhandkredite	0,00			(0)
<b>10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch</b>			0,00	0
<b>11. Immaterielle Anlagewerte</b>				
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		281.541,01		156
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00	281.541,01	0
<b>12. Sachanlagen</b>			4.653.528,03	4.970
<b>13. Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital</b>			0,00	0
<b>14. Sonstige Vermögensgegenstände</b>			2.641.179,43	8.401
<b>15. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		174.429.120,24		194.157
b) andere		70.927.935,38	245.357.055,62	76.852
<b>16. Aktive latente Steuern</b>			0,00	0
<b>17. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung</b>			0,00	0
<b>18. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>			0,00	0
<b>Summe der Aktiva</b>			<b>28.809.785.957,75</b>	<b>31.395.360</b>

**25 Passiva**

	in Euro	in Euro	31.12.2016 in Euro	31.12.2015 in Tsd. Euro
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		0,00		0
b) begebene Öffentliche Namenspfandbriefe		381.786.139,65		526.734
c) andere Verbindlichkeiten		4.301.906.478,09	4.683.692.617,74	4.329.013
darunter: täglich fällig	893.745.526,55			(873.917)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und Öffentliche Namenspfandbriefe	0,00			(0)
	0,00			(0)
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		0,00		0
b) begebene Öffentliche Namenspfandbriefe		13.085.052.105,57		14.354.739
c) Spareinlagen				
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	0,00			0
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	0,00	0,00		0
d) andere Verbindlichkeiten		5.311.236.044,97	18.396.288.150,54	6.104.004
darunter: täglich fällig	1.052.719.816,78			(1.347.979)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und Öffentliche Namenspfandbriefe	0,00			(0)
	0,00			(0)
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>				
a) begebene Schuldverschreibungen				
aa) Hypothekendarlehen	0,00			0
ab) Öffentliche Pfandbriefe	4.498.421.416,89			4.797.143
ac) sonstige Schuldverschreibungen	30.465.901,36	4.528.887.318,25		30.465
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		0,00	4.528.887.318,25	0
darunter: Geldmarktpapiere	0,00			(0)
<b>3a. Handelsbestand</b>			0,00	0
<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>			0,00	0
darunter: Treuhandkredite	0,00			(0)
<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>			283.848.513,80	276.283
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		13.647.648,01		16.151
b) andere		163.498.002,80	177.145.650,81	187.972
<b>6a. Passive latente Steuern</b>			0,00	0
<b>7. Rückstellungen</b>				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		0,00		0
b) Steuerrückstellungen		276.801,42		277
c) andere Rückstellungen		12.783.085,27	13.059.886,69	5.496
<b>8.</b>			0,00	0
<b>9. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>			20.000.000,00	60.000
<b>10. Genusrechtskapital</b>			43.897.260,85	49.338
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	43.897.260,85			(22.371)
<b>11. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>			0,00	0
<b>12. Eigenkapital</b>				
a) Eingefordertes Kapital				
Gezeichnetes Kapital	432.500.000,00			432.500
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	0,00	432.500.000,00		0
b) Kapitalrücklage		348.684.911,98		348.685
c) Gewinnrücklagen				0
ca) gesetzliche Rücklage	0,00			0
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	0,00			0
cc) satzungsmäßige Rücklagen	0,00			0
cd) andere Gewinnrücklagen	50.702.270,07	50.702.270,07		50.702
d) Bilanzverlust		-168.920.622,98	662.966.559,07	-174.142
<b>Summe der Passiva</b>			<b>28.809.785.957,75</b>	<b>31.395.360</b>
<b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		43.051.797,79		47.333
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00	43.051.797,79	0
<b>2. Andere Verpflichtungen</b>				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		-	-	8.077



## GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER DEXIA KOMMUNALBANK DEUTSCHLAND AG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS ZUM 31. DEZEMBER 2016

### 26 Aufwendungen

			01.01.–31.12.2016	01.01.–31.12.2015
	in Euro	in Euro	in Euro	in Tsd. Euro
<b>1. Zinsaufwendungen</b>			2.224.195.961,11	2.229.516
<b>2. Provisionsaufwendungen</b>			2.676.382,81	3.117
<b>3. Nettoaufwand des Handelsbestands</b>			0,00	0
<b>4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	6.014.024,99			5.856
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>1.028.027,53</u>	7.042.052,52		979
darunter: für Altersversorgung	180.875,10			(172)
b) Andere Verwaltungsaufwendungen		<u>27.114.740,08</u>	34.156.792,60	28.316
darunter: Jahresbeitrag zum Restrukturierungsfonds	13.909.144,57			(15.805)
<b>5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>			454.272,81	453
<b>6. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>			8.306,47	8
<b>7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>			–	50.761
<b>8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>			–	91.510
<b>9. Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>			0,00	0
<b>10.</b>			0,00	0
<b>11. Außerordentliche Aufwendungen</b>			0,00	0
<b>12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>			0,00	0
<b>13. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 6 ausgewiesen</b>			15.148,72	15
<b>14. Aufgrund einer Gewinnngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne</b>			0,00	0
<b>15. Jahresüberschuss</b>			0,00	0
<b>Gesamt</b>			<b>2.261.506.864,52</b>	<b>2.410.531</b>

**27 Erträge**

	in Euro	in Euro	01.01.–31.12.2016 in Euro	01.01.–31.12.2015 in Tsd. Euro
<b>1. Zinserträge aus</b>				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		1.861.150.306,84		1.982.628
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>295.616.215,05</u>	2.156.766.521,89	327.696
<b>2. Laufende Erträge aus</b>				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		0,00		0
b) Beteiligungen		0,00		0
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>0,00</u>	0,00	0
<b>3. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>			0,00	0
<b>4. Provisionserträge</b>			522.924,18	473
<b>5. Nettoertrag des Handelsbestands</b>			0,00	0
<b>6. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>			32.815.825,20	0
<b>7. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>			71.080.618,99	–
<b>8. Sonstige betriebliche Erträge</b>			101.021,27	259
<b>9.</b>			0,00	0
<b>10. Außerordentliche Erträge</b>			0,00	0
<b>11. Erträge aus Verlustübernahme</b>			0,00	0
<b>12. Jahresfehlbetrag</b>			219.952,99	99.475
<b>Gesamt</b>			<b>2.261.506.864,52</b>	<b>2.410.531</b>
<b>1. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b>			– 219.952,99	– 99.475
<b>2. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr</b>			<u>– 174.141.801,86</u>	– 84.113
			– 174.361.754,85	– 183.587
<b>3. Entnahmen aus der Kapitalrücklage</b>			<u>0,00</u>	0
			– 174.361.754,85	– 183.587
<b>4. Entnahmen aus Gewinnrücklagen</b>				
a) aus der gesetzlichen Rücklage		0,00		
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		0,00		
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen		0,00		
d) aus anderen Gewinnrücklagen		<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	0
			– 174.361.754,85	– 183.587
<b>5. Entnahmen aus Genusssrechtskapital</b>			<u>5.441.131,87</u>	9.446
			– 168.920.622,98	– 174.141
<b>6. Einstellungen in Gewinnrücklagen</b>				
a) in die gesetzliche Rücklage				
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen				
c) in satzungsmäßige Rücklagen				
d) in andere Gewinnrücklagen			<u>0,00</u>	0
			– 168.920.622,98	– 174.141
<b>7. Wiederauffüllung des Genusssrechtskapitals</b>			<u>0,00</u>	0
<b>Bilanzverlust</b>			<b>– 168.920.622,98</b>	<b>– 174.141</b>



## EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG

### 28 Eigenkapitalveränderung

in Mio. Euro	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklagen	Gewinnrücklagen	Bilanzgewinn/ Bilanzverlust	Eigenkapital
<b>Stand am 31.12.2014</b>	<b>432,5</b>	<b>348,7</b>	<b>50,7</b>	<b>-84,1</b>	<b>747,8</b>
Ausgabe von Anteilen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gezahlte Dividenden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Übrige Veränderungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,0	0,0	0,0	-99,5	-99,5
Entnahmen aus Genussrechtskapital	0,0	0,0	0,0	9,4	9,4
<b>Stand am 31.12.2015</b>	<b>432,5</b>	<b>348,7</b>	<b>50,7</b>	<b>-174,1</b>	<b>657,7</b>
Ausgabe von Anteilen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gezahlte Dividenden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Übrige Veränderungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,0	0,0	0,0	-0,2	-0,2
Entnahmen aus Genussrechtskapital	0,0	0,0	0,0	5,4	5,4
<b>Stand am 31.12.2016</b>	<b>432,5</b>	<b>348,7</b>	<b>50,7</b>	<b>-168,9</b>	<b>663,0</b>

## KAPITALFLUSSRECHNUNG

### 29 Kapitalflussrechnung

in Mio. Euro	2016	2015
<b>Periodenergebnis</b>	<b>-0,2</b>	<b>-99,5</b>
Im Periodenergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten aus operativer Tätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen	-110,9	155,4
Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	7,3	1,1
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	7,9	0,0
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen	0,1	-0,3
Sonstige Anpassungen	67,4	-80,8
<b>Zwischensumme</b>	<b>-28,5</b>	<b>-24,1</b>
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus laufender Geschäftstätigkeit		
Forderungen an Kunden	1.117,3	1.041,4
Forderungen an Kreditinstitute	-75,0	-387,9
Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen)	532,6	210,6
Andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-5,8	-10,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-2.018,8	-1,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-126,6	-4.963,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	-289,4	-230,8
Andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-3,1	15,9
Erhaltene Zinsen	2.209,5	2.347,6
Gezahlte Zinsen	-2.281,1	-2.266,8
Ertragsteuerzahlungen	0,0	-0,2
<b>Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<b>-968,8</b>	<b>-4.269,7</b>
Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	1.801,5	5.575,5
Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	0,0	0,0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-606,9	-1.300,1
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-0,3	-0,3
<b>Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>1.194,4</b>	<b>4.275,2</b>
Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen	0,0	0,0
Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital	-40,0	0,0
<b>Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-40,0</b>	<b>0,0</b>
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	185,6	5,5
Zahlungsmittelfonds am Anfang der Periode	60,5	55,0
<b>Zahlungsmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>246,1</b>	<b>60,5</b>

## ANHANG

### BILANZIERUNGS-, BEWERTUNGS- UND UMRECHNUNGSGRUNDSÄTZE

Der Jahresabschluss wurde nach den maßgeblichen Vorschriften des Handelsgesetzbuchs, des Aktiengesetzes und des Pfandbriefgesetzes sowie nach der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Jahresbilanz (Bilanz) und Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) entspricht den Formblättern der RechKredV und enthält auch die für Pfandbriefbanken vorgeschriebenen Posten.

Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 werden grundsätzlich die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 angewandt.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der § 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§ 340 ff. HGB).

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert zuzüglich anteiliger Zinsen angesetzt. Der Unterschied zwischen Ausgabe- und Nennbetrag ist als Rechnungsabgrenzung ausgewiesen. Allen erkennbaren Einzelrisiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen.

Die den Finanzanlagen zugeordneten Wertpapierbestände werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Agio- und Disagiobeträge werden über die Laufzeit der Papiere verteilt im Zinsertrag verrechnet.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden unter Berücksichtigung von Kurssicherungsinstrumenten nach dem strengen Niederstwertprinzip zu dem fortlaufend ermittelten Durchschnittswert oder dem gegebenenfalls niedrigeren Tageskurs des Bilanzstichtags bei Beachtung des Wertaufholungsgebots bewertet. Sofern bei Wertpapieren zum Bilanzstichtag keine liquiden Preise über externe Marktdatenanbieter verfügbar waren, wurden die Marktwerte der Wertpapiere unter Anwendung von eigenen Bewertungsmodellen ermittelt. Bei den Bewertungsmodellen handelt es sich um marktübliche Discounted-Cashflow-Verfahren, wobei explizit emittenten- und assetklassenspezifische Zinskurven und Risikoaufschläge (Credit Spreads) berücksichtigt wurden.

Werden derivative Finanzinstrumente mit Grundgeschäften in einer Bewertungseinheit (Mikrohedge) zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken zusammengefasst, wird die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung sowohl prospektiv als auch retrospektiv ermittelt. Dies geschieht in Form der Sensitivitätsanalyse (prospektiv) bzw. der kumulativen Dollar-offset-Methode (retrospektiv). Das Verfahren zur Messung der

retrospektiven Effektivität wurde im Vorjahr von der Regressionsanalyse auf die kumulative Dollar-offset-Methode umgestellt. Die Umstellung der Methodik zur Messung der Effektivität hatte keine Auswirkungen auf den Bestand an Bewertungseinheiten. Gegenläufige Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft bleiben nach § 254 HGB unberücksichtigt (Einfrierungsmethode). Die darüber hinausgehenden Wertänderungen unterliegen unter Beachtung des Wertaufholungsgebots dem Imparitätsprinzip über die Bildung von Rückstellungen.

Zinserträge und -aufwendungen der sichernden Swapgeschäfte in Bewertungseinheiten werden mit den Zinserträgen und -aufwendungen der jeweiligen gesicherten Position verrechnet, somit wird das Zinsergebnis der gesamten Bewertungseinheit in dem entsprechenden Posten der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Im Berichtsjahr wurden 50,2 Millionen Euro Zinsaufwendungen (Vorjahr: 60,2 Millionen Euro) und 0,5 Millionen Euro Zinserträge (Vorjahr: 2,2 Millionen Euro) saldiert.

Close-Out-Ausgleichszahlungen werden grundsätzlich im Zinsergebnis erfasst. Bei gleichzeitiger, in einem engen wirtschaftlichen Verhältnis stehender Veräußerung bzw. vorzeitiger Rückzahlung eines Grundgeschäfts werden die Ausgleichszahlungen mit dem Veräußerungs- bzw. Rückzahlungsergebnis in der Risikovorsorge verrechnet.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen sind entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer mit den um lineare planmäßige Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten angesetzt. Neben den planmäßigen Abschreibungen wurde von der Vereinfachungsregel nach § 6 Abs. 2a EStG für geringwertige Wirtschaftsgüter Gebrauch gemacht.

Latente Steuern werden gemäß § 274 HGB nach dem bilanzpostenorientierten Temporary-Konzept als Vergleich zwischen dem Ansatz nach der Handelsbilanz und nach der Steuerbilanz ermittelt. Vom bilanziellen Wahlrecht zum Ansatz aktiver latenter Steuern wird kein Gebrauch gemacht.

Die im Zusammenhang mit echten Pensionsgeschäften übertragenen Wertpapiere werden einschließlich der wirtschaftlichen Erfolge entsprechend der ursprünglich zugeordneten Kategorie bilanziert und bewertet. Gleichzeitig wird eine Verbindlichkeit in Höhe des vereinbarten für die Übertragung erhaltenen Betrags passiviert. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem vereinbarten Rücknahmebetrag und dem erhaltenen Betrag wird in die Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig im Zinsergebnis berücksichtigt. Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Der für die übernommenen Wertpapiere gezahlte Betrag wird als Forderung gegenüber dem Pensionsgeber bilanziert. Die Zuschlags- bzw. Abschlagsbeträge auf die Pensionsgeschäfte werden jeweils zeitanteilig über die Laufzeit des Pensionsgeschäfts abgegrenzt.



Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag zuzüglich anteiliger Zinsen passiviert. Der Unterschied zwischen Nenn- und Ausgabebetrag wird in die Rechnungsabgrenzung eingestellt. Für Steuern, ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften werden Rückstellungen in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet.

Die Pensionsrückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß § 253 Abs. 2 HGB in Verbindung mit der Rückstellungsabzinsungsverordnung angesetzt. Für die Berechnung wurden die Richttafeln 2005 G von Prof. Klaus Heubeck sowie ein Rechnungszins von 4,01 % p. a. verwendet. Die Versorgungszusage ist durch eine Rückdeckungsversicherung in entsprechender Höhe gedeckt. Es erfolgt eine Saldierung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB. Die versicherungsmathematischen Annahmen Gehaltstrend, Fluktuation oder Rententrend waren irrelevant, da die Pensionszusagen (Kapitalzusagen) aufgrund von Entgeltumwandlungen per Einmalzahlung erfolgten. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beträgt im Geschäftsjahr 2016 0,0 Millionen Euro.

Erhaltene und gezahlte Upfront-Payments aus Swaps werden unter den passiven bzw. den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und zeitanteilig im Zinsertrag bzw. -aufwand vereinnahmt.

Die Bewertung der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden und außerbilanziellen Geschäfte erfolgt auf der Basis des § 256a HGB in Verbindung mit § 340h HGB. Die Umrechnung erfolgt zum Devisenkassamittelkurs des Bilanzstichtags. Dies gilt auch für die Zugangsbewertung. Bei allen Fremdwährungsposten handelt es sich um währungskursgesicherte Positionen, bei denen kein Wechselkursrisiko besteht (besondere Deckung). Die Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung werden netto im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Die Bank nimmt eine verlustfreie Bewertung des Bankbuches auf Basis der Stellungnahme des Bankenfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. vom 30. August 2012 (IDW RS BFA 3) vor. Das Bankbuch umfasst alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzgeschäfte außerhalb des Handelsbestands (einschließlich der Wertpapiere der Liquiditätsreserve und der Wertpapiere des Anlagebestands). Ein Handelsbuch führt die Bank nicht. Die Bewertung des Bankbuches erfolgt mittels der periodischen (GuV-orientierten) Betrachtungsweise unter Berücksichtigung angemessener zukünftiger Verwaltungs- und Risikokosten. Die Risikokosten sind aus aufsichtsrechtlichen Vorgaben für das Meldewesen (Standardrisikokosten) abgeleitet.

Dabei wird ausgehend von dem derzeitigen Refinanzierungsmix eine künftige Refinanzierung über Termineinlagen, Geldaufnahmen bei der EZB und durch Pensionsgeschäfte unterstellt. Betrags- und Laufzeitinkongruenzen werden unter Verwendung fristenadäquater Geld- und Kapitalmarktzinssätze zum Abschlussstichtag fiktiv geschlossen, wobei die Finanzierungswirkung des Eigenkapitals Berücksichtigung findet. Bei Vorliegen eines Verpflichtungsüberschusses wird dieser nach dem Imparitätsprinzip im Wege einer Drohverlustrückstellung berücksichtigt und unter der Risikovorsorge erfolgswirksam erfasst.

## ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

### Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind im Rahmen von Offenmarktgeschäften und echten Pensionsgeschäften durch Wertpapiere und Darlehen in Höhe von 813,8 Millionen Euro besichert.

### Börsenfähige Wertpapiere

Wertpapiere mit einem Nominalvolumen von 6.620,5 Millionen Euro werden wie Anlagevermögen bewertet, da sie nicht als Liquiditätsreserve dienen und teilweise als Deckung für begebene Öffentliche Pfandbriefe dienen. Auf Wertpapiere des Anlagevermögens mit einem Buchwert von 708,2 Millionen Euro und einem beizulegenden Zeitwert von 667,1 Millionen Euro wurden keine Abschreibungen auf den Niederstwert vorgenommen. Es liegt keine dauerhafte Wertminderung vor, da es sich um Kursschwankungen handelt, von denen erwartet wird, dass sie sich bis zur Fälligkeit des Papiers wieder ausgleichen werden und die Papiere bis zur Fälligkeit gehalten werden können. > 33

### Entwicklung des Anlagevermögens

Die Sachanlagen beinhalten im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude in Höhe von 3,9 Millionen Euro und Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 0,7 Millionen Euro. > 34

### Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten als wesentlichen Posten unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen im Zusammenhang mit der Bankenabgabe (2,5 Millionen Euro).

### Aktive latente Steuern

Unterschiedliche Wertansätze bei Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie Darlehen und Rückstellungen führen zu temporären Differenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz und somit zu latenten Steuern. Diese aktiven latenten Steuern sind mit einem Steuersatz von 30,2 % bewertet. Unter Ausübung des Wahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB hat die Dexia Kommunalbank Deutschland auf den Ansatz verzichtet, da der voraussichtliche Ausgleich dieser Differenzen nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit absehbar ist.



**30** Fristengliederung nach Restlaufzeiten

in Mio. Euro	Forderungen an Kreditinstitute	Forderungen an Kunden	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
Bis 3 Monate	5.277,2	99,9	2.558,0	3.268,4
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	115,7	816,8	1.251,5	2.164,3
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	165,2	2.163,9	190,4	3.692,6
Mehr als 5 Jahre	130,5	11.072,5	166,5	8.974,8
Zinsen	487,8	231,1	517,3	296,2
<b>Gesamt</b>	<b>6.176,4</b>	<b>14.384,2</b>	<b>4.683,7</b>	<b>18.396,3</b>

**31**

in Mio. Euro	Im Folgejahr fällig werdend
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	585,8
Begebene Schuldverschreibungen	1.011,7

**32** Forderungen/Verbindlichkeiten an/gegenüber verbundene/-n Unternehmen/Beteiligungen

in Mio. Euro	Gesamt	Darunter an/gegenüber verbundene/-n Unternehmen	Darunter an/gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
Forderungen an Kreditinstitute	6.176,4	1.332,1*	–
Forderungen an Kunden	14.384,2	–	–
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.750,2	53,9	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.683,7	2.211,5*	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	18.396,3	–	–
Verbriefte Verbindlichkeiten	4.528,9	–	–
Nachrangige Verbindlichkeiten	20,0	20,0*	–

\* enthält ausschließlich unverbriefte Forderungen bzw. Verbindlichkeiten.

**33** Börsenfähige Wertpapiere

in Mio. Euro	Gesamt	Börsenfähig	Börsennotiert	Nicht börsennotiert	Betrag, der nicht mit dem Niederstwertprinzip bewerteten börsenfähigen Wertpapiere
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.750,2	7.750,2	6.270,1	1.480,2	708,2

**34** Anlagespiegel

in Mio. Euro	Anschaffungskosten				Kumulierte Abschreibungen				Restbuchwert	
	01.01.2016	Zugänge Geschäfts- jahr	Abgänge Geschäfts- jahr	31.12.2016	01.01.2016	Zugänge Geschäfts- jahr	Abgänge Geschäfts- jahr	31.12.2016	01.01.2016	31.12.2016
Immaterielle Vermögensgegenstände	23,0	0,2	0,0	23,2	–22,9	–0,1	0,0	–23,0	0,2	0,3
Sachanlagen	16,2	0,1	–0,8	15,5	–11,2	–0,4	0,8	–10,9	5,0	4,7
Wertpapiere des Anlagevermögens	7.770,0	Veränderungen saldiert			91,8	Veränderungen saldiert			7.678,2	6.604,5
				6.604,5				0,0		



## Rechnungsabgrenzungsposten

### 35 Rechnungsabgrenzungsposten Aktiv

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Emissionsdisagio aus Schuldverschreibungen	8,2	10,3
Agio aus Forderungen	166,2	183,8
<b>Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft insgesamt</b>	<b>174,4</b>	<b>194,2</b>

### 36 Rechnungsabgrenzungsposten Passiv

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Damnum aus Forderungen	8,2	9,1
Agio aus Schuldverschreibungen	5,5	7,0
<b>Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft insgesamt</b>	<b>13,6</b>	<b>16,2</b>

### Forderungen/Verbindlichkeiten in Fremdwährung

In den Aktiva sind Fremdwährungsposten im Gegenwert von 1.493,8 Millionen Euro und in den Passiva von 25,1 Millionen Euro enthalten.

### Bewertungseinheiten

Die Bank hat Bewertungseinheiten in Form von Mikrohedg-Beziehungen ausschließlich zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken gebildet, in die die nachfolgenden Posten bzw. Transaktionen einbezogen wurden. > 37 Aufgrund des Abschlusses von Zinsswaps werden diese Grundgeschäfte in variable Transaktionen umgewandelt. Die Bewertungseinheit wird durch weitestgehende Übereinstimmung der wesentlichen Parameter von Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft hergestellt. Da sich die Wertänderungen der korrespondierenden Geschäfte über die Laufzeit fast vollständig ausgleichen, ist nur in Höhe des nicht abgesicherten Teils eine Rückstellung zu bilden. Diese beträgt zum Bilanzstichtag 9,0 Millionen Euro. Für die Überwachung der Effektivität der gebildeten Mikrohedg-Beziehungen werden im Rahmen der nicht zinsstrukturierten Produkte Sensitivitätsanalysen und die kumulative Dollar-offset-Methode verwendet, bei denen die Wertveränderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft gegenübergestellt werden.

### Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen unrealisierte Verluste aus besonders gedeckten Devisentermingeschäften (275,3 Millionen Euro).

### Pensionsrückstellungen

Pensionsrückstellungen in Höhe von 0,0 Millionen Euro wurden gemäß § 246 (2) Satz 2 HGB mit Ansprüchen aus Rückdeckungsversicherungen in Höhe von 0,0 Millionen Euro verrechnet.

### Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind im Fall des Konkurses oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuerstatten. Eine vorzeitige Rückzahlung ist ausgeschlossen. Die Zinsaufwendungen für alle nachrangigen Verbindlichkeiten betragen 2,3 Millionen Euro.

Tabelle > 38 zeigt die nachrangigen Verbindlichkeiten, die 10 % des Gesamtausweises übersteigen.

### 38 Nachrangige Verbindlichkeiten

in Mio. Euro	Zinssatz in %	Fälligkeit
10,0	4,7	30.05.2018
10,0	4,7	26.09.2018

Aus dem Bestand von 20,0 Millionen Euro sind 6,0 Millionen Euro aufgrund der Übergangsbestimmungen des Artikels 484 Abs. 5 CRR als Ergänzungskapital den Eigenmitteln anzurechnen. Es gelten die Bedingungen für nachrangige Schuldscheindarlehen. Eine Umwandlung in Kapital oder in eine andere Schuldform ist vertraglich nicht festgeschrieben.

### Genussrechtskapital

Das Genussrechtskapital setzt sich, nach der Herabsetzung der Rückzahlungsansprüche, aus Inhabergenussrechten in Höhe von 17,2 Millionen Euro und Namensgenussrechten in Höhe von 26,7 Millionen Euro zusammen. Davon sind zum Bilanzstichtag 4,9 Millionen Euro aufgrund der Übergangsbestimmungen des Artikels 484 Abs. 5 CRR als Ergänzungskapital den Eigenmitteln anzurechnen.

### 37 Bewertungseinheiten

in Mio. Euro	Grundgeschäft	Art der Bewertungseinheit	Gesichertes Risiko	Abgesichertes Risiko
Vermögensgegenstände	1.003,8	Mikrohedg	Zinsänderungsrisiko	292,6

Aufgrund der Emissionsbedingungen wird im Falle eines Bilanzverlustes das Genussrechtskapital nicht verzinst. Daher sind für das abgelaufene Geschäftsjahr keine Aufwendungen angefallen. Die Ermittlung der Beteiligung der Genussscheingläubiger am Verlust ist aufgrund der verschiedenen Genussrechtsbedingungen nach unterschiedlichen Berechnungsmethoden vorzunehmen. Die Verlustquote der Namensgenussscheininhaber am Jahresfehlbetrag berechnet sich aus dem Verhältnis des Rückzahlungsanspruchs zur Summe aus gezeichnetem Kapital, Rücklagen und gesamtem Genussrechtskapital. Bei den Inhabergenussscheinen wird die Quote der Beteiligung am Bilanzverlust einschließlich Verlustvortrag aus dem Verhältnis der jeweiligen Rückzahlungsansprüche zur Summe des Eigenkapitals gemäß § 10 KWG berechnet. Dabei wurden jeweils Nominalkapitalbeträge bzw. beim Ansatz des Genussrechtskapitals die um die Verlustbeteiligung aus dem Vorjahr verminderten Beträge zugrunde gelegt. Der Jahresfehlbetrag bzw. der Bilanzverlust wurde vor Berücksichtigung der Verlustbeteiligung ermittelt. Bei der Berechnung wurde auf die Verhältnisse zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 abgestellt. Die Rückzahlungsansprüche der Genussscheingläubiger verminderten sich im Geschäftsjahr 2016 um 5,4 Millionen Euro auf 43,9 Millionen Euro. > [39](#)

### Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 432,5 Millionen Euro. Es ist eingeteilt in 432.500.000 vinkulierte Namensaktien zu 1,00 Euro.

### Kapital-/Gewinnrücklagen

Die Kapitalrücklage beläuft sich auf 348,7 Millionen Euro. Die Gewinnrücklage beträgt am Jahresende 2016 50,7 Millionen Euro.

### Frei verfügbare Rücklagen

Der Bilanzverlust zum 31. Dezember 2016 beträgt – 168,9 Millionen Euro. Im Berichtsjahr bestanden keine gesetzlichen, satzungsgemäßen oder gemäß Gesellschaftsvertrag bestehenden Ausschüttungssperren.

### Pensionsgeschäfte

Der Buchwert der in Pension gegebenen Vermögensgegenstände beträgt 427,8 Millionen Euro.

## ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

### Negative Zinsen

Im Zinsertrag sind negative Zinsen aus Forderungen in Höhe von 35,5 Millionen Euro (Vorjahr: 2,5 Millionen Euro) und im Zinsaufwand sind negative Zinsen aus Verbindlichkeiten in Höhe von 45,8 Millionen Euro (Vorjahr: 6,3 Millionen Euro) enthalten.

### Bezüge der Organmitglieder

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands im Berichtsjahr beliefen sich auf 0,7 Millionen Euro. An die Mitglieder des Aufsichtsrats wurden im Geschäftsjahr 2016 0,05 Millionen Euro gezahlt.

### Honorare der Abschlussprüfer

Tabelle > [40](#) zeigt die in den anderen Verwaltungsaufwendungen enthaltenen Honorare der Abschlussprüfer.

#### [40](#) Honorare der Abschlussprüfer

in Mio. Euro	
Abschlussprüfungsleistungen	0,4
Andere Bestätigungsleistungen	0,0
Steuerberatungsleistungen	0,0
Sonstige Leistungen	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>0,4</b>

### Risikovorsorge

Bei der Risikovorsorge wird von dem Wahlrecht auf Vollkompensation Gebrauch gemacht (§ 340f Abs. 3 HGB). Der ausgewiesene Saldo ergibt sich aus der Verrechnung des Aufwandspostens „Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft“ mit dem Ertragsposten „Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft“.

#### [39](#) Genussrechtskapital

	Zinssatz	Kapitalrückzahlung	Rückzahlungsanspruch nach Verlustzuweisung 2016	Rückzahlungsanspruch nach Verlustzuweisung 2015	Rückzahlungsanspruch vor Verlustzuweisung 2011
	in %		in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro
Emissionsjahr 2006	5,1	2017	7,8	7,8	10,0
Emissionsjahr 2006	5,1	2017	3,1	3,1	4,0
Emissionsjahr 2006	4,9	2017	8,7	11,4	22,0
Emissionsjahr 2007	5,6	2018	7,8	7,8	10,0
Emissionsjahr 2007	5,6	2018	7,8	7,8	10,0
Emissionsjahr 2007	5,6	2018	8,6	11,3	21,8
<b>Gesamt</b>			<b>43,9</b>	<b>49,3</b>	<b>77,8</b>



**Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere**

Es wird von dem Wahlrecht (§ 340c Abs. 2 HGB) Gebrauch gemacht, „Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere“ mit „Erträgen aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere“ voll zu kompensieren.

**Außergewöhnliche Aufwands- und Ertragsposten**

Die Zinsaufwendungen beinhalten 181,6 Millionen Euro und die Zinserträge 75,0 Millionen Euro aus der vorzeitigen Beendigung von Derivaten. In den anderen Verwaltungsaufwendungen sind Belastungen aus der Bankenabgabe in Höhe von 13,9 Millionen Euro enthalten. In der Risikovorsorge bzw. den Erträgen aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren sind Wertaufholungen auf das ehemalige Heta-Engagement in Höhe von 68,5 Millionen Euro bzw. 71,2 Millionen Euro enthalten.

**SONSTIGE ANGABEN**

**Ergänzende Angaben zur Kapitalflussrechnung**

Die Kapitalflussrechnung wurde auf Basis des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 21 aufgestellt. Sie gliedert die Veränderung des Zahlungsmittelbestands in die Zahlungsströme aus operativer Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit. Die Zuordnung der Zahlungsströme zur operativen Tätigkeit erfolgt in Anlehnung an die Zusammensetzung des Betriebsergebnisses. Die Zahlungsströme aus Investitionstätigkeit enthalten im Wesentlichen Cashflows bei Finanzanlagen und aus der Finanzierungstätigkeit. Letztere stammen im Wesentlichen aus Transaktionen mit dem Aktionär. Der Finanzmittelfonds umfasst den Kassenbestand und die Guthaben bei Zentralnotenbanken. Änderungen in der Definition wurden nicht vorgenommen.

**Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen**

Die Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen betreffen im Unterposten 1b) in voller Höhe sonstige Bürgschaften.

Die unter dem Strich ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sind Bestandteil unseres originären Kreditgeschäfts und unterliegen denselben konservativen Bewertungskriterien wie alle übrigen mit Adressenausfallrisiken behafteten Forderungen. Aus heutiger Sicht bestehen keine erkennbaren Ausfallrisiken, die eine Passivierung erfordern.

Die im Rahmen der Bankenabgabe abgegebene unwiderrufliche Zahlungsverpflichtung beträgt zum 31. Dezember 2016 2,5 Millionen Euro. Eine Inanspruchnahme ist derzeit nicht absehbar.

**Zins- und währungsbezogene Termingeschäfte**

Zum Bilanzstichtag bestehen folgende noch nicht abgewickelte, nicht zu Handelszwecken dienende, zins- und fremdwährungsbezogene Termingeschäfte: Zinsswaps, Zinswährungsswaps, Schuldscheindarlehen mit Gläubigerkündigungsrecht, Pfandbriefemissionen mit Schuldnerkündigungsrecht. Es handelt sich in allen Fällen um OTC-Produkte. > 41

Die Swap-Partner der Bank gehören ausnahmslos Kreditinstitutgruppen aus Ländern der OECD an, die geeignete Kreditinstitute im Sinne von § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 Pfandbriefgesetz sind. Die Ermittlung des Adressenausfallrisikos der Zinsswaps erfolgt nach der Marktbewertungsmethode.

Den saldierten negativen Marktwerten der Derivate in Höhe von –3,8 Milliarden Euro (ohne anteilige Zinsen) stehen zinsinduzierte stille Reserven von mehr als 3,8 Milliarden Euro in den Buchwerten der Bilanzposten „Forderungen an Kreditinstitute“, „Forderungen an Kunden“, „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“, „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“, „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ und „Verbriefte Verbindlichkeiten“ gegenüber.

Die Barwerte der Derivate werden mithilfe von Zerobondabzinsungsfaktoren sowie der zukünftigen Cashflows unter Zugrundelegung der Marktwertmethode errechnet. Die arbitragefreien Zerobondabzinsungsfaktoren werden arbeitstäglich aus der aktuellen Swap-Mid-Zinskurve ermittelt. Zur Diskontierung wird die Overnight-Index-Swapkurve verwendet. Handelsgeschäfte mit derivativen Produkten wurden nicht getätigt.

Die anderen Forderungen an Kreditinstitute/Kunden enthalten 498,2 Millionen Euro und die anderen Verbindlichkeiten

**41 Volumen im Derivategeschäft nach Restlaufzeiten**

in Mio. Euro	Nominalvolumen				Marktwerte		
	Bis 1 Jahr	1–5 Jahre	Länger als 5 Jahre	Gesamt	Positiv	Negativ	Gesamt
Zinsswaps	4.645,3	14.117,9	31.391,4	50.154,7	5.851,5	–8.885,2	–3.033,8
Cross-Currency-Swaps	85,9	45,8	1.062,0	1.193,7	7,1	–812,1	–805,0
<b>Gesamt</b>	<b>4.731,3</b>	<b>14.163,7</b>	<b>32.453,5</b>	<b>51.348,4</b>	<b>5.858,5</b>	<b>–9.697,3</b>	<b>–3.838,8</b>

gegenüber Kreditinstituten/Kunden 513,1 Millionen Euro anteilige Zinsen aus derivativen Geschäften. Geleistete Ausgleichszahlungen werden unter den „Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten“ mit 66,3 Millionen Euro und die erhaltenen Ausgleichszahlungen unter den „Passiven Rechnungsabgrenzungsposten“ mit 163,0 Millionen Euro ausgewiesen. Die „Sonstigen Verbindlichkeiten“ enthalten einen Ausgleichsposten aus der Fremdwährungsbewertung von Swaps in Höhe von 275,3 Millionen Euro.

### Deckungsrechnung

Auf die Deckungswerte der Öffentlichen Pfandbriefe sind wie zum Vorjahresstichtag keine Leistungen mehr als 90 Tage rückständig. > [42](#) [43](#) [44](#) [45](#) [46](#) [47](#) [48](#)

### Kredite an Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder

Zum Bilanzstichtag waren keine Kredite und Vorschüsse an Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats gewährt.

### Mitarbeiterzahl

Im Jahresdurchschnitt waren 81 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Davon entfallen 40 auf den tariflichen und 41 auf den außertariflichen Bereich. Zum Jahresende 2016 beschäftigte die Bank 81 (Vorjahr: 78) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

### Nachtragsbericht

In Bezug auf die bestehenden Rechtsrisiken der Bank wurde im Februar 2017 in einem Rechtsstreit vom Berufungsgericht zugunsten der Bank entschieden. Der Fall betrifft ein Darlehen, dessen Verzinsung an die Wechselkursentwicklung des Schweizer Franken zum Euro gekoppelt ist. Die Gegenseite hat das Revisionsverfahren angestrengt. Hinsichtlich der

detaillierten Darstellung der Rechtsrisiken wird auf die Darstellung im Abschnitt Operationelle Risiken verwiesen.

Nach dem Abschluss des Geschäftsjahres 2016 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die eine andere Darstellung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Bank nach sich gezogen hätte.

### Generalinformation

Die Dexia Kommunalbank Deutschland AG, Berlin, ist unter der Nummer HRB 36928 im Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg eingetragen.

### Konzernzugehörigkeit

Die Dexia Crédit Local S. A., Paris, ist am Kapital der Bank zu 100 % beteiligt. Die Muttergesellschaft stellt einen Teilkonzernabschluss (kleinster Konsolidierungskreis) nach den International Financial Reporting Standards auf, in den die Dexia Kommunalbank Deutschland einbezogen ist. Der Teilkonzernabschluss ist beim Handelsregister in Paris hinterlegt. Die Dexia S. A., Brüssel, ist am Kapital der Dexia Crédit Local S. A., Paris, zu 100 % beteiligt. Die Dexia S. A., Brüssel, stellt einen Konzernabschluss (größter Konsolidierungskreis) nach den International Financial Reporting Standards auf, in den die Dexia Kommunalbank Deutschland einbezogen ist. Dieser wird beim Handelsregister in Brüssel hinterlegt.

Die gemäß Teil 8 Artikel 435 bis 455 der CRR offenzulegenden Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Hinsichtlich der weiteren Angaben verweist die Dexia Kommunalbank Deutschland auf den Offenlegungsbericht (Risk Report) der Dexia-Gruppe. Dieser wird auf der Internetseite der Dexia-Gruppe unter [www.dexia.com](http://www.dexia.com) veröffentlicht.

#### 42 Öffentliche Pfandbriefe

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
<b>Ordentliche Deckung</b>		
Forderungen an Kreditinstitute (Kommunalkredite)	343,3	430,1
Forderungen an Kunden (Kommunalkredite)	13.671,6	14.576,5
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.578,2	4.913,6
Als Sicherheit für echte Pensionsgeschäfte erhalten	517,4	947,2
<b>Sonstige Deckung</b>		
Forderungen an Kreditinstitute (Kommunalkredite)	–	92,1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	–	–
<b>Gesamt</b>	<b>19.110,5</b>	<b>20.959,5</b>

#### 43 Deckungswerte nach § 20 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG

in Mio. Euro	Nominal 31.12.2016	31.12.2015
Schweiz	–	92,1
<b>Gesamt</b>	<b>–</b>	<b>92,1</b>

Der Gesamtbetrag der Forderungen nach § 20 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG liegt unterhalb der Begrenzungen des § 20 Abs. 2 (Angabe gem. § 28 Abs. 1 Nr. 8 PfandBG). In den Deckungswerten nach § 20 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG sind keine Forderungen i. S. d. Artikels 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (gedeckte Schuldverschreibungen) enthalten.



**44 Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe**

		Nominal		Barwert		Risikobarwert	
		31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
<b>Öffentliche Pfandbriefe</b>	in Mio. Euro	17.629,2	19.301,6	22.334,9	24.071,9	20.543,1	22.375,3
davon Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	in %	87,6	87,6	–	–	–	–
<b>Deckungsmasse</b>	in Mio. Euro	19.110,5	20.959,5	26.197,9	28.035,2	23.397,5	25.123,6
davon Anteil festverzinslicher Deckungsmasse	in %	85,4	84,7	–	–	–	–
davon Derivate	in Mio. Euro	–	–	–	–	–	–
<b>Überdeckung</b>	in Mio. Euro	<b>1.481,3</b>	<b>1.657,9</b>	<b>3.863,0</b>	<b>3.963,3</b>	<b>2.854,4</b>	<b>2.748,3</b>

**45 Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse**

in Mio. Euro	Öffentliche Pfandbriefe		Deckungsmasse	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Bis zu 6 Monate	1.190,9	1.166,5	855,1	675,0
Mehr als 6 Monate bis einschließlich 12 Monate	524,8	583,5	1.015,8	576,4
Mehr als 12 Monate bis einschließlich 18 Monate	1.328,6	1.170,3	717,4	726,9
Mehr als 18 Monate bis einschließlich 2 Jahre	195,8	524,8	489,9	1.000,5
Mehr als 2 Jahre bis einschließlich 3 Jahre	1.999,0	1.524,0	749,5	1.165,6
Mehr als 3 Jahre bis einschließlich 4 Jahre	1.295,6	1.999,0	1.055,0	785,3
Mehr als 4 Jahre bis einschließlich 5 Jahre	1.439,1	1.295,0	491,8	1.107,0
Mehr als 5 Jahre bis einschließlich 10 Jahre	4.888,3	4.986,8	4.869,6	3.849,6
Mehr als 10 Jahre	4.767,1	6.051,7	8.866,4	11.073,2
<b>Gesamt</b>	<b>17.629,2</b>	<b>19.301,6</b>	<b>19.110,5</b>	<b>20.959,5</b>

**46 Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen**

Ordentliche Deckung gem. §20 Abs. 1 PfandBG

in Mio. Euro	Summe		davon									
	31.12.2016	31.12.2015	In der Summe enthaltene Gewähr- leistungen aus Gründen der Exportförderung		Staat		Regionale Gebietskörper- schaften		Örtliche Gebietskörper- schaften		Sonstige Schuldner	
			31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Belgien	1.196,3	1.253,5	-	-	-	-	1.196,3	1.253,5	-	-	-	-
Deutschland	12.967,5	13.616,8	-	3,2	51,1	54,4	8.420,6	8.463,0	4.099,4	4.607,0	396,4	492,4
davon mit Haftung öffentlicher Stellen	197,1	203,9	-	-	-	-	-	-	-	-	197,1	203,9
Finnland	23,1	24,7	-	-	-	-	-	-	23,1	24,7	-	-
Frankreich	12,0	13,2	-	-	-	-	-	-	12,0	13,2	-	-
Italien	2.452,3	2.095,0	-	-	1.681,2	1.279,2	176,7	191,5	594,4	624,3	-	-
Japan	232,7	663,3	-	-	-	443,6	124,9	118,1	107,8	101,6	-	-
Österreich	1.047,4	1.090,8	-	-	65,0	75,2	982,4	1.015,6	-	-	-	-
Polen	-	182,0	-	-	-	182,0	-	-	-	-	-	-
Portugal	522,5	625,0	-	-	422,5	525,0	100,0	100,0	-	-	-	-
Schweden	78,5	81,8	-	-	-	-	-	-	78,5	81,8	-	-
Spanien	78,8	578,8	-	-	18,7	18,7	60,1	560,1	-	-	-	-
Ungarn	81,7	155,6	-	-	81,7	155,6	-	-	-	-	-	-
USA	226,5	270,7	-	-	-	-	169,8	215,7	56,7	55,0	-	-
EU-Institutionen	87,2	112,2	-	-	-	-	-	-	-	-	87,2	112,2
Übrige Staaten/ Institutionen	104,0	104,0	-	-	-	-	-	-	-	-	104,0	104,0
<b>Gesamt</b>	<b>19.110,5</b>	<b>20.867,4</b>	<b>-</b>	<b>3,2</b>	<b>2.320,2</b>	<b>2.733,7</b>	<b>11.230,8</b>	<b>11.917,5</b>	<b>4.971,9</b>	<b>5.507,6</b>	<b>587,6</b>	<b>708,6</b>

**47 Nettobarwert nach § 6 der Pfandbrief-Barwertverordnung je Fremdwährung**

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
CHF	-	92,9
GBP	120,4	149,2
JPY	1.000,0	1.422,1
NOK	-11,5	-11,1
SEK	82,2	87,8
USD	268,7	317,1

**48 Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen nach Größengruppen**

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Bis einschließlich 10 Mio. Euro	1.070,8	1.190,6
Mehr als 10 Mio. Euro bis einschließlich 100 Mio. Euro	3.484,3	3.833,5
Mehr als 100 Mio. Euro	14.555,4	15.935,4
<b>Summe</b>	<b>19.110,5</b>	<b>20.959,5</b>



## ORGANE DER BANK

### AUFSICHTSRAT

#### **Benoît Debroise**

Member of the Management Board of  
Dexia S. A. with responsibility for funding and markets  
Member of the Management Board of  
Dexia Crédit Local S. A. with responsibility  
for funding and markets  
Executive Vice President of Dexia Crédit Local S. A.  
Vorsitzender

#### **Véronique Hugues**

Chief Financial Officer and  
Member of the Management Board of  
Dexia S. A. with responsibility for finance  
Executive Vice President of Dexia Crédit Local S. A.  
Stellvertretende Vorsitzende

#### **Eric Bouthors**

Bankangestellter der  
Dexia Kommunalbank Deutschland AG

#### **Isabelle Bouvet**

Group Head of Market Risk of  
Dexia S. A. and Dexia Crédit Local S. A.  
(seit dem 1. November 2016)

#### **Stefanie Gregorius**

Bankangestellte der  
Dexia Kommunalbank Deutschland AG

#### **Jürgen Jung**

Consultant  
(seit dem 1. Juli 2016)

#### **Dr. Dirk Hoffmann**

Rechtsanwalt und Consultant  
(bis 30. Juni 2016)

#### **Claude Piret**

Member of the Management Board of  
Dexia S. A. with responsibility for asset management  
Executive Vice President of Dexia Crédit Local S. A.  
(bis 31. Oktober 2016)

### VORSTAND

#### **Friedrich Munsberg**

Marktvorstand  
Vorsitzender

#### **Laurent Fritsch**

Marktfolgevorstand

### TREUHÄNDER

#### **Victor von Bothmer**

Rechtsanwalt

#### **Josef Baiz**

Selbstständiger Berater  
in Finanz- und Wirtschaftsfragen  
(seit 1. November 2016)

#### **Werner Graf**

Bundesbankdirektor i. R.  
(bis 30. November 2016)




# VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER

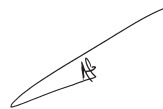
Wir versichern, dass der Jahresabschluss nach unserem besten Wissen unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Wir versichern weiterhin, dass im Lagebericht nach unserem besten Wissen der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und dass die wesentlichen Chancen und Risiken im Sinne des § 289 Abs. 1 Satz 4 HGB beschrieben sind.

Berlin, den 13. März 2017

Dexia Kommunalbank Deutschland AG

Der Vorstand

  
**Munsberg**

  
**Fritsch**



# BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Jahresbilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalpiegel sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Dexia Kommunalbank Deutschland AG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Bank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Bank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der Dexia Kommunalbank Deutschland AG, Berlin, den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Bank und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 14. März 2017

DELOITTE GMBH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

**gez. Björn Grüneberg**

Wirtschaftsprüfer

**gez. Maik Pehla**

Wirtschaftsprüfer





